

# DAS PARLAMENT

Nr. 21 | Berlin, 17. Mai 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am Mittwoch bei seiner ersten Regierungserklärung im Bundestag

© picture-alliance/dpa/Katharina Kausche

## Regierungserklärung

# »Im Dienst aller Bürger«

Friedrich Merz kündigt bei seiner ersten Kanzlerrede im Bundestag einen Politikwechsel »in vielerlei Hinsicht« an

Es war eine Premiere, die zu Recht mit Spannung erwartet werden durfte: die erste Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU). Wie wird sich der Mann, der in der zurückliegenden Legislaturperiode als scharfzüngiger Oppositionsführer zu erleben war, nun im Parlament als Inhaber der Richtlinienkompetenz präsentieren, acht Tage nach seiner Wahl? Schon die ersten Sätze des neuen Regierungschefs ließen am Mittwoch erkennen, dass seine Rede viele mitnehmen sollte: Seine Regierung, betonte Merz, stehe im Dienst aller 84 Millionen Bürger des Landes, wolle neue Sicherheit geben, die Freiheit verteidigen, das „Versprechen vom Wohlstand für alle“ erneuern und Zusammenhalt in der Gesellschaft stiften. Dazu brauche es in vielerlei Hinsicht einen Politikwechsel. Deutschland könne die Herausforderungen der Zeit aus eigener Kraft bestehen „und daraus etwas Gutes machen“. Dabei wolle die Koalition die Probleme „aus der demokratischen Mitte unseres Landes heraus“ lösen.

erhaften, tragfähigen Frieden in der Ukraine“. Auf dem Weg dorthin werde man die Ukraine weiter kraftvoll unterstützen. Dabei sei Deutschland nicht Kriegspartei und werde dies auch nicht, stehe aber „ohne Wenn und Aber“ an der Seite der Ukrainer. Die Hilfe für die Ukraine nannte der Kanzler eine gemeinsame Anstrengung der Europäer und Amerikaner „in unserem ureigensten Interesse“. Wer glaube, Russland gäbe sich mit einem Sieg über die Ukraine oder der Annexion von Teilen des Landes zufrieden, irre, warnte er und betonte die „überragende Bedeutung, dass der politische Westen sich nicht spalten lässt“. Deshalb wolle er alle Anstrengungen unternehmen, um „größtmögliche Einigkeit zwischen

ben entschlossen, Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Dabei werde die Regierung die Wettbewerbsfähigkeit zum Maßstab ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik machen. Auch mahnte Merz, mit der möglichen Aufnahme neuer Schulden „äußerst behutsam“ umzugehen. Zu den erforderlichen Reformen gehört dem Kanzler zufolge ein „beherzter Rückbau der überbordenden Bürokratie“. An den deutschen, europäischen und internationalen Klimazielen werde seine Regierung festhalten, aber zu ihrer Erreichung auch neue Wege gehen, fügte Merz hinzu. Er verteidigte zudem die Verschärfung der deutschen Migrationspolitik. „Wir ordnen Migration: mit mehr Begrenzung, mehr Zurückweisungen, mehr Steuerung, mehr Rückführungen“, sagte er. Dabei mache die Bundesregierung keinen nationalen Alleingang, sondern verhalte sich im Einklang mit europäischem Recht. Deutschland bleibe ein Einwanderungsland, doch habe es in den vergangenen zehn Jahren zu viel ungesteuerte Einwanderung zugelassen.

SPD-Fraktionschef Matthias Miersch sagte, seine Fraktion werde die Regierungspolitik „selbstbewusst, konstruktiv und auch zielführend begleiten“. Man habe vier spannende Jahre vor sich, „die das Land voranbringen werden“. Für die Sozialdemokraten seien Solidarität und Zusammenhalt das Leitbild, das sie in diesen Jahren im Parlament vertreten wollten. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge wünschte der neuen Regierung trotz aller Differenzen „viel Erfolg für die nächsten Jahre“. Merz habe bei vielen Gelegenheiten polarisiert, in seiner Rede nun indes „einen anderen Ton“ gefunden. Sie erwarte von ihm, dass er ein „Kanzler aller Menschen in diesem Land“ sei.

### Spahn: Koalition wird Vertrauen zurückgewinnen

Unions-Fraktionschef Jens Spahn (CDU) sah im Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar einen massiven Vertrauensverlust. Die „Volksparteien der politischen Mitte“ seien geschwächt, die extreme Rechte sowie die „populistisch-radikale Linke“ dagegen erstarkt. Die neue Koalition werde jedoch „positiv überraschen“ und Vertrauen wiedergewinnen durch gute Politik. Für Die Linke kritisierte ihr Fraktionschef Sören Pellmann dagegen, die Koalition stehe „für Hoffungslosigkeit, für soziale Kälte, für Stillstand“. Der Koalitionsvertrag sei ein „Dokument des Scheiterns“. Er enthalte „keine Visionen, keine Entschlossenheit und keinen Plan für den sozialen Ausgleich“.

Helmut Stoltenberg

Wir wollen regieren, um Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stiften.

BUNDESKANZLER FRIEDRICH MERZ

### Dank und Anerkennung von Merz für den Amtsvorgänger

Merz dankte zugleich seinem Amtsvorgänger Olaf Scholz (SPD), der das Land „durch Zeiten außergewöhnlicher Krisen geführt“ habe. Scholz' Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sei wegweisend und historisch gewesen. Dafür gelte ihm Dank und Anerkennung. Der Regierungschef bekräftigte den Wunsch nach einem „gerechten, dau-

den europäischen und den amerikanischen Partnern herzustellen“. Für Deutschland gelte zugleich, seine Verteidigungsfähigkeit auszubauen. „Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen“, sagte Merz und kündigte an, dass die Bundeswehr alle erforderlichen finanziellen Mittel erhalte, „um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden“ (siehe Seite 13). Der Regierungschef zeigte sich dane-

### AfD wirft dem Kanzler Bruch von Wahlversprechen vor

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel nannte Merz mit Blick auf dessen Wahl erst im zweiten Wahlgang einen „Kanzler der zweiten Wahl“. Die Signale, die von diesem „Fehlstart“ ausgingen, seien Schwäche und Instabilität, sagte Weidel. Merz' Weg ins Kanzleramt sei von gebrochenen Wahlversprechen und „Kapitulation vor Linken und Grünen“ gesäumt.

## KOPF DER WOCHE

### Designierter neuer Wehrbeauftragter

**Henning Otte** (CDU) soll neuer Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages werden und die Nachfolge von Eva Högl (SPD) antreten, deren fünfjährige Amtszeit als



© picture-alliance/photothek

Wehrbeauftragte Ende Mai ausläuft. Der 56-jährige Abgeordnete aus Niedersachsen zog 2005 erstmals in den Bundestag ein und gilt als ausgewiesener Kenner der Bundeswehr. Der Reserveoffizier war in der vergangenen Legislaturperiode verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion und stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Sein Wahlkreis Celle – Uelzen, den er als gewählter Direktkandidat vertritt, beheimatet in Unterlüß einen Produktionsstandort des Rüstungskonzerns Rheinmetall. aw

## ZAHL DER WOCHE

# Fünf

Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen die Nato-Staaten nach dem Willen von Nato-Generalsekretär Mark Rutte zukünftig für Verteidigung, einschließlich militärisch nutzbarer, Infrastruktur ausgeben.

## ZITAT DER WOCHE

### »Die konventionell stärkste Armee Europas«

Bundeskanzler Friedrich Merz will die Bundeswehr massiv aufrüsten und dafür alle erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
34123 Kassel



## INTERVIEW MIT DIRK WIESE (SPD)

## »Ich sehe viele Gemeinsamkeiten«

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Dirk Wiese, über manchmal schwierige Gespräche in den Koalitionsverhandlungen, das Regieren mit knappen Mehrheiten und den Willen, wichtige Projekte noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen

**Herr Wiese, als Parlamentarischer Geschäftsführer haben Sie jetzt eine Schlüsselrolle für die Organisation der Parlamentsarbeit und damit auch für das Gelingen der Koalition. Mit wie viel Respekt gehen Sie diese Aufgabe an?**

Mit einem gehörigen Maß an Respekt tatsächlich. Es ist ein wichtiges Amt in den Fraktionen, insbesondere in den Regierungsfractionen, gerade auch in einer Situation, in der wir als schwarz-rote Koalition nur noch eine Zwölf-Stimmen-Mehrheit haben. Ich weiß um die Verantwortung, und, ehrlich gesagt, freue ich mich auch auf die Aufgabe.

**Die weltpolitische wie die wirtschaftliche Lage ist schwierig, und die neue Koalition startet Umfragen zufolge nicht gerade mit einem großen Vertrauensvorsprung. Was sollte Ihrer Meinung nach jetzt vordringlich angepackt werden?**

Ich glaube, wir erleben einen grundsätzlichen Vertrauensverlust in politische Entscheidungen. Dazu haben auch die Streitereien in der Ampelkoalition, insbesondere von Grünen und FDP, beigetragen. Von daher sind wir uns als neue Koalition dieser Verantwortung sehr bewusst und werden uns den außen- und innenpolitischen Herausforderungen stellen. Das haben auch Bundeskanzler Friedrich Merz und Lars Klingbeil in ihren Antrittsreden im Bundestag gerade noch einmal deutlich gemacht. Und wir haben als Handlungsgrundlage einen guten Koalitionsvertrag. Jetzt ist es wichtig, sich an die Arbeit zu machen, erste Entscheidungen noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen und den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass wir entschlossen sind, diese Herausforderungen anzupacken.

**Die vorangegangene Koalition ist ja auch mit guten Vorsitzenden gestartet, hat aber dann anders geendet. Was macht Sie zuversichtlich, dass es diesmal besser wird?**

Ein wichtiger Punkt kann tatsächlich sein, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen aus vorangegangenen Großen Koalitionen schon kennen in unterschiedlichsten Funktionen. Wir haben einen zugespitzten Wahlkampf gesehen, aber danach, in den Sondierungsgesprächen und den Koalitions-

gesprächen, ist auch Vertrauen erwachsen. Und das klare Votum der SPD-Mitglieder von 85 Prozent für den Koalitionsvertrag ist auch eine deutliche Unterstützung. Von daher bin ich zuversichtlich, weiß aber auch: Es wird nicht einfach, es wird sicher auch mal ruckeln. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben die klare Erwartungshaltung, dass das jetzt funktioniert und wir liefern.

**Es hat ja auch schon geruckelt mit dem Vorstoß der neuen Arbeitsministerin Bärbel Bas zur Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung und der prompten Ablehnung durch den Koalitionspartner. Geht es nicht doch schon wieder los?**

Nein, das würde ich nicht sagen. Mitunter wird das auch herbeigeschrieben. Wir haben als Koalition vereinbart, eine Reform der Sozialversicherungssysteme vorzunehmen. An dem Punkt muss man natürlich auch die Frage stellen, ob die Einzahlerbasis verbreitert wird. Und dazu hat die zuständige Ministerin Stellung genommen. Das ist auch ihre Aufgabe. Nehmen wir mal die Beamten beiseite und stellen uns einfach mal die Frage, warum nicht auch Bundestagsabgeordnete in die Rentenversicherung einzahlen oder auch Solo-Selbstständige und Selbstständige, die vielleicht in ihrem Berufsleben nicht vorgesorgt haben, das vielleicht nicht im Blick hatten oder nicht vorsorgen konnten. Wenn die dann in das Alter kommen, muss sowieso der Steuerzahler einspringen. Die Diskussion kann man durchaus führen, und man sollte sie mit etwas Gelassenheit führen. Zumal über die Reform der Sozialversicherungssysteme zu sprechen, sie zukunftsfähig zu machen, eine klare Verabredung im Koalitionsvertrag ist.

**Nun gibt es auch bei anderen Themen schon, gelinde gesagt, unterschiedliche Akzente, zum Beispiel zum Lieferkettengesetz. Hätte man sich bei den Koalitionsverhandlungen mehr Zeit lassen und detailliertere Verabredungen treffen müssen?**

Ich finde, wir haben einen guten Koalitionsvertrag. Thorsten Frei, der Chef des Kanzleramtes, hat gerade in dieser Woche bei der Regierungsbefragung deutlich gemacht, dass wir das deutsche Lieferkettengesetz ab-



© picture-alliance/photothek.de/Thomas Imo

schaffen wollen, weil es die Unternehmen wirklich belastet und bei diesen ganzen Berichtspflichten zurecht die Frage gestellt wird, wer das eigentlich liest. Aber er hat auch klar gesagt, dass wir uns als Bundesregierung dafür einsetzen wollen, dass auf europäischer Ebene ein handhabbares und bürokratiearmes Lieferkettengesetz auf den Weg gebracht wird. Das ist im Koalitionsvertrag vereinbart und dahinter wollen wir uns versammeln. Von daher: Es wird schon wieder geguckt, wo gibt es Meinungsverschiedenheiten, wo gibt es Streitereien. Ich sehe aber ehrlicherweise viele Gemeinsamkeiten und den Willen, wichtige Projekte vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen

**Sie haben das klare Votum der SPD-Mitglieder schon angesprochen. Aber gerade in der Migrationspolitik dürften viele Sozialdemokraten nur mit der Faust in der Tasche zugestimmt haben. Könnte hier nicht früher oder später doch noch ein echter Konflikt aufbrechen?**

Es waren keine leichten Gespräche mit CDU und CSU in den Koalitionsverhandlungen zu diesem Kapitel. Das ist gar keine Frage, weil das Thema auch im Wahlkampf sehr polarisiert hat. Ich glaube, uns ist es als Koalition gelungen, von den Schwarz-Weiß-Debatten wegzukommen. Und das ist wichtig, denn: Ja, wir haben Herausforderungen, ja, wir wollen beide, SPD und Union, die irreguläre Migration zurückdrängen. Aber

wir wollen auch ein weltoffenes Land bleiben, weil wir Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften in den nächsten Jahren brauchen – und zwar händelringend. Darauf sind wir angewiesen, um diesen Wirtschaftsstandort erfolgreich zu halten. Gerade bei den demografischen Herausforderungen müssen wir diesen Spagat hinbekommen: Migration stärker steuern und ordnen, illegale Migration zurückdrängen, aber gleichzeitig offen sein und ein Einwanderungsland bleiben. Und wir werden einen vernünftigen Spagat hinkriegen, da bin ich sehr sicher.

**Es gibt jetzt eine relativ lange Zeit ohne Landtagswahlen bis nächsten März. Liegt darin eine Chance, innerhalb der Koalition noch strittige Themen zu einer Einigung zu bringen?**

Ach, das ist unerheblich. Es gibt immer eine Wahl, wir haben im September schon wieder Kommunalwahlen im größten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen. Wichtig ist jetzt voranzukommen, erste wichtige Entscheidungen noch vor der Sommerpause auf den Weg zu bringen, insbesondere die Verlängerung der Mietpreisbremse, die Investitionsbooster für Unternehmen oder auch die Entlastungen bei den Energiepreisen, die Deckelung der Netzentgelte. Wenn wir diese Vorhaben auf den Weg bringen, und wenn wir die Haushalte für 2025 und 2026 in diesem Jahr verabschieden, dann werden die Bürgerinnen und Bürger sehen: Wir packen an, wir sind am Ball, wir gehen die Dinge an, die ihr Leben spürbar einfacher und besser machen.

**In den Fraktionen ist derzeit die Vorbereitung der Ausschussarbeit in vollem Gange. Sollten, anders als bisher, auch AfD-Abgeordnete zu Ausschussvorsitzenden gewählt werden, befürchten Sie nun, dass es in dieser Frage zu uneinheitlichem Abstimmungsverhalten der Koalitionspartner kommen könnte?**

Nein. Die Koalition stimmt zusammen ab.

Das Interview führte Peter Stützel. ■

Dirk Wiese (SPD) ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2025 erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

## PARLAMENTARISCHES PROFIL

## Die Aufholjägerin: Ines Schwerdtner

Bei ihrer ersten Rede im Bundestag halfen ihr eine Stoppuhr und Jens Spahn. „Ich fand sie zuerst nicht“, erinnert sich Ines Schwerdtner einige Stunden später mit Blick auf die im Rednerpult eingebauten roten Ziffern. Und dann setzte sich der frisch gewählte Unionsfraktionschef ihr gegenüber, und sie legte los. Es ist kurz vor zwölf, in einem Besprechungsraum des Jakob-Kaiser-Hauses nippt sie an einem Kaffeebecher; ein paar Minuten bleiben noch, dann erwartet sie hier eine Gruppe von Gewerkschafterinnen und Betriebsrätinnen. „Bei meiner Rede konnte ich dann Jens Spahn anschauen, das half der Konzentration.“

Für Schwerdtner, direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Berlin-Lichtenberg und Co-Vorsitzende der Linken, ist es der erste richtige Parlamentsalltag heute: Die Fraktion hat sich zusammen organisiert, die Infrastruktur in der neuen Legislatur steht nahezu, „ein paar Abgeordnete arbeiten wie ich noch in einem provisorischen Büro, ich werde bald umziehen“. Gerade fehlten noch etwa Mappen und Briefumschläge. Wie fand sie das Plenumsleben? „Es kam mir ein wenig vor wie im Theater“, sagt sie lächelnd. „Jeder klatscht, wann es sein muss. Und man schaut auf die Miemen.“ Das klingt nicht abwertend, eher reflektiv. Das scheint sie auszumachen. Schwerdtner redet bedächtig, aber nicht ausschweifend. Ruhig sortiert sie ihre Gedanken. Friedrich Merz jedenfalls brachte sie in seiner ersten Rede als Kanzler nicht auf die Barrikaden. „Ich fand sie überraschend langatmig. Entweder hatte er Kreide gegessen und wollte nach den turbulenten Wochen Demut zeigen – oder er spart sich

das für später auf.“ Einen hohen Puls habe sie während der einstündigen Rede nicht gehabt.

Die letzten Monate kann man für Schwerdtner auch als turbulent bezeichnen. Seit Oktober 2024 führt sie mit Jan van Aken die Linkspartei, begann mit ihr eine fulminante Aufholjagd und kehrte den negativen Umfrage-



Ich spürte die Ungerechtigkeiten und wollte etwas dagegen unternehmen.

INES SCHWERDTNER



© Olaf Krostitz

trend im Bundestagswahlkampf in einen Triumph um. Viele sprachen vom Erfolg der Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek. Weniger Leute dagegen erkannten, dass sich die Partei unter Schwerdtners Co-Führung neu aufstellte, Konflikte beiseite stellte und mit einer Graswurzelstrategie die Basis mobilisierte. Im Vorfeld ihrer Wahl hatte sie gefordert, es gehe darum, „revolutionäre Freundlichkeit“ und Solidarität zu leben. Dass das Leben nicht nur aus Händchenhalten besteht, erzählten ihr die Brüche der frü-

hen Neunziger, sie machten sie zu einem „Wendekind“. Im sächsischen Werdau geboren, zog sie mit dreieinhalb Jahren nach Hamburg; ihre Eltern hatten in der Heimat ihre Jobs verloren, Schwerdtner wuchs in Harburg auf. „Die graue Platte dort war auch nicht schöner als die Platte im Osten.“ Glück habe sie mit der sozialdemokratisch geprägten Gesamtschule gehabt, die in ihr die Lust auf Bildung weckte. Daheim gab es kaum Bücher, Politik spielte im Leben ihrer Eltern eine untergeordnete Rolle – der Vater, ein Schiffskoch, wurde Gerichtsbeamter, und die Mutter, eine Spinnerin, ging in die Altenpflege.

Ihre Tochter jedenfalls begeisterte sich für Politik. Verfolgte als Zehnjährige die Bundestagsdebatten bei Phoenix, schnitt Politiker-Porträts aus der „Bild“-Zeitung aus. Sie merkte: Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit, bei der alle die gleichen Chancen erhalten sollten. Schwerdtner ergriff sie. Wurde Schulsprecherin, engagierte sich für Reformen.

Wenn Politiker über ihre Motive sprechen, warum sie mit einem politischen Engagement begannen, reden sie oft von der Faszination der Gestaltung, des Machens. Schwerdtner dagegen sagt: „Ich spürte die Ungerechtigkeiten und wollte etwas dagegen unternehmen.“

Nach einem Master in Politischer Theorie und der Arbeit für sozialistische Zeitschriften, die sie leitete, dann also die volle Verantwortung in der Politik. Bei der ersten Rede übrigens halfen die Stoppuhr und Jens Spahn nur bedingt. „Ich überzog ein wenig, und irgendwann blickte ich hinauf zu den Zuschauern – um sie zu erreichen.“ Das sieht man im Bundestag selten.

Jan Rübel ■



Das Paul-Löbe-Haus des Bundestages: In den Rotunden befinden sich insgesamt 21 Sitzungssäle für die Ausschüsse.

© picture alliance/ Geisler-Photopress/Christoph Hardt

Das Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin ist ein imposanter Bau. Steht man mitten in der weitläufigen, lichtdurchfluteten Halle des 200 Meter langen, 23 Meter hohen und bis zu 102 Meter breiten Gebäudes, fällt der Blick durch die Glasfassaden nach Westen auf das Bundeskanzleramt und nach Osten über die Spree auf das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Die Galerien erstrecken sich über sieben Stockwerke und sind über Treppen und vollverglaste Aufzüge zu erreichen, drei Hallenbrücken verbinden die beiden Flügel.

Fast unscheinbar wirken die acht betongrauen, siloartigen Rotunden an den Seiten. Doch in den 21 Sitzungssälen, die sich einschließlich der Besuchertribünen über mehrere Etagen in den Rotunden befinden, pulsiert vor allem mittwochs in Sitzungswochen das parlamentarische Leben. Wer das Arbeitsparlament Bundestag sucht, wird hier fündig: Abgeordnete und ihre Mitarbeiter eilen zu Sitzungen, Delegationen aus den Ministerien warten auf ihren Tagesordnungspunkt, Sachverständige auf Anhörungen; der Saaldienst sorgt dafür, dass sich die Parlamentarier in die Anwesenheitslisten eintragen und niemand unbefugt einen Saal betritt. Bei besonders brisanten Sitzungen wartet die Presse vor den Sälen auf Informationen aus den oft nicht öffentlichen Sitzungen.

An diesem Mittwoch war es im PLH, wie das Gebäude im Bundestag genannt wird, noch ruhig. Denn bevor die Ausschüsse in der noch jungen Wahlperiode ihrer Arbeit aufnehmen können, müssen sie zunächst eingesetzt und dann konstituiert werden. Ersteres geschah an diesem Donnerstag, zweiteres wird am nächsten Mittwoch passieren.

### Ein Ausschuss weniger als im 20. Bundestag

24 Ausschüsse soll es nach Willen von CDU/CSU und SPD geben, den entsprechenden Antrag nahm das Parlament am Donnerstagmittag an. Damit hat der aktuelle Bundestag einen Ausschuss weniger als in der vergangenen Wahlperiode – weggefallen ist der Ausschuss für Klimaschutz und Energie.

Nicht nur die Zahl, auch die Namen und die Zuständigkeit der Ausschüsse haben sich teilweise geändert. So ist die Energiepolitik nun im Ausschuss für Wirtschaft und Energie angesiedelt, Klimaschutz ist nun Teil des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Grundsätzlich folgt der Zuschnitt der Ausschüsse dem Zuschnitt der Bun-

### Parlament setzt Ausschüsse ein

# Motoren des Parlaments

Nächste Woche werden sich 24 ständige Ausschüsse des Bundestag konstituieren. In ihnen findet die wesentliche Arbeit an Gesetzentwürfen statt. Streit dürfte es um die Posten der Vorsitzenden geben

desministerien. Allerdings gibt es auch Ausschüsse, die sich nur mit Teilaspekten eines Ressorts oder mit Querschnittsaufgaben befassen, wie etwa der eher nischige Ausschuss für Sport und Ehrenamt oder der mächtige Haushaltsausschuss.

Für den Petitionsausschuss gibt es bei den Ministerien überhaupt kein Pendant. Dieser Ausschuss ist – ebenso wie der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union, der Verteidigungsausschuss und der Auswärtige Ausschuss – im Grundgesetz vorgesehen, das Parlament muss diese Gremien also – anders als die übrigen ständigen Ausschüsse – auch tatsächlich einsetzen.

Jede Fraktion entsendet Mitglieder entsprechend ihrem Stärkeverhältnis in die Ausschüsse, ein spezielles mathematisches Verfahren sorgt dafür, dass es so genau wie möglich geschieht. Fraktionslose Abgeordnete können als beratende Mitglieder in die Ausschüsse, haben dort also kein Stimmrecht. Den größten Ausschüssen, darunter der Auswärtige und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, werden in dieser Wahlperiode 42 Mitglieder angehören; die kleinsten Ausschüsse, etwa der Ausschuss für Sport und Ehrenamt und der Ausschuss für Tourismus, haben 14 Mitglieder.

Die Größe der Fraktionen ist auch für die Verteilung der Vorsitzendenposten relevant. Der oder die Vorsitzende ist in Zusammenarbeit mit dem Ausschusssekretariat dafür zuständig, Sitzungen vorzubereiten, einzuberufen und zu leiten. Je nach Ausschuss kommt dem Vorsitzenden auch eine informelle, vor allem medienwirksame Repräsentationsfunktion zu, das gilt etwa für den Vorsitz im Haushalts-, Innen- oder Auswärtigen Ausschuss.

Der Einfluss der Vorsitzenden in der täglichen Arbeit ist jedoch begrenzt. Wesentliche Entscheidungen über die Sitzungen werden in der Runde der Obleute der Fraktionen im jeweiligen Ausschuss getroffen. Gibt es hier keine Einigung, beispielsweise über die kurzfristige Aufnahme oder Absetzung von Tagesordnungspunkten, wird ab-

gestimmt. Da die Koalitionsfraktionen auch in den Ausschüssen die Mehrheit haben, können sie Vorlagen der Opposition über Monate vertragen, wenn es ihnen politisch opportun erscheint.

### AfD will Ausschussvorsitze, findet aber keine Mehrheit

Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag ist die Besetzung der Ausschussvorsitze zu einem Streitthema geworden. Bis dahin einigten sich die Fraktionen untereinander, wer in welchem Ausschuss den Vorsitz beziehungsweise den stellvertretenden Vorsitz übernimmt; in der konstituierenden Sitzung wurden dann die Posten einvernehmlich bestimmt.

Inzwischen wird gewählt – und geklagt. In der ersten Wahlperiode war es der AfD noch gelungen, drei ihrer Abgeordneten zu Vorsitzenden wählen zu lassen. Einer von ihnen, der Abgeordnete Stephan Brandner, wurde später von den übrigen Ausschussmitgliedern wieder abgewählt. In der letzten Wahlperiode fand dann keiner der AfD-Kandidaten eine Mehrheit. Stattdessen übernahm jeweils der von einer anderen Fraktion gestellte und gewählte Stellvertreter die Aufgaben des Vorsitzenden. Klagen der AfD-Fraktion vor dem Bun-

desverfassungsgericht blieben erfolglos.

Auch in dieser Legislaturperiode zeichnen sich Konflikte ab. SPD, Grüne und Linke wollen keine AfD-Abgeordnete an der Spitze der Ausschüsse sehen. Auch die Union ist skeptisch, wengleich einzelne Stimmen für einen offeneren Umgang mit Vertretern der in Teilen rechtsextremen Partei plädieren. Ob es nach der Debatte um die zwischenzeitliche Höherstufung der AfD durch den Verfassungsschutz zu einer tatsächlichen Diskussion darüber kommt, wird sich in der kommenden Woche zeigen.

Nach der Konstituierung des Ausschusses kann die inhaltliche Arbeit beginnen. In jeder Sitzungswoche finden mehrstündige Sitzungen statt, manchmal auch mehrere. Hinzu kommen Reisen und informellere Treffen außerhalb der Sitzungszeiten. Zudem können Ausschüsse auch Unterausschüsse bilden, die ebenfalls Sitzungen ansetzen.

Die inhaltlichen Themen variieren je nach Ausschuss. Üblich ist, dass sich die Mitglieder mit der Bundesregierung und Experten über aktuelle Entwicklungen austauschen und dazu Berichte anfordern. Mal geht es beispielsweise im Sportausschuss um Olympiabewerbungen, mal im Innenausschuss um die Aufklärung von Ter-

roranschlägen. Wenn es in einem Bereich wenig Gesetzgebung gibt, machen Austausch und Fachgespräche den Schwerpunkt der Arbeit aus.

### Wichtige Rolle in der Gesetzgebung

Besonders wichtig ist die Rolle der Ausschüsse bei der Gesetzgebung. Entwürfe werden in der Regel an mehrere Ausschüsse überwiesen, aber nur einer ist federführend. In diesem Ausschuss findet meist die öffentliche Anhörung von Sachverständigen statt. Dort werden auch Änderungen am Gesetzentwurf beschlossen, diese Beschlussempfehlung ist dann auch entscheidend dafür, ob ein Gesetzentwurf im Plenum zur zweiten und dritten Lesung aufgerufen wird.

Wie genau die Ausschüsse ihre Arbeit handhaben, variiert. Im Rahmen der Geschäftsordnung haben sich sehr unterschiedliche Kulturen herausgebildet. In Ausschüssen wie dem Haushaltsausschuss steht die Detailarbeit, etwa bei den Haushaltsberatungen, im Vordergrund und weniger der Austausch politischer Positionen. In anderen Ausschüssen steht dies wiederum im Vordergrund. Auch die Regeln, etwa zur Redezeit, unterscheiden sich.

### Über Öffentlichkeit entscheiden die Ausschüsse selbst

Gleiches gilt für die Öffentlichkeit. Lange Zeit tagten die Ausschüsse in der Regel nicht öffentlich, bei besonders sensiblen Themen auch geheim. Nach einer Änderung der Geschäftsordnung durch die Ampel-Koalition in der vergangenen Legislaturperiode haben aber diverse Ausschüsse die öffentliche Sitzung zum Regelfall erklärt. Ob es dabei bleibt, ist noch unklar. Zumindest die Unionsfraktion war in der Vergangenheit kein großer Freund davon.

Neben den ständigen Ausschüssen kommen in jeder Wahlperiode noch spezielle Gremien dazu. Angekündigt sind von der Regierungskoalition eine Wahlrechtskommission und eine Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Sören C. Reimer



Öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses: Die Einsetzung dieses Ausschusses ist im Grundgesetz verankert.

© Deutscher Bundestag / Henning Schacht

## Migration und Sicherheit

# Neuer Kurs, alter Streit

Grüne und Linke wenden sich im Bundestag entschieden gegen die von der Regierungskoalition geplante »Migrationswende«, der AfD geht sie nicht weit genug. Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) verteidigt dagegen den Richtungswechsel in der deutschen Zuwanderungspolitik

Die deutsche Migrationspolitik ist schon im zurückliegenden Bundestagswahlkampf eines der zentralen Streitthemen gewesen, und das dürfte sie im Bundestag auch in der neuen Legislaturperiode bleiben. Dies zeigte nicht zuletzt am Freitag die Parlamentsdebatte über das Regierungsprogramm des neuen Bundesinnenministers Alexander Dobrindt (CSU). Darin wandten sich Grünen und Linke entschieden gegen die von der Bundesregierung angekündigte Verschärfung der Migrationspolitik, die von der AfD wiederum als völlig unzureichend kritisiert wurde. Dobrindt verteidigte den eingeschlagenen Kurs mit Nachdruck. Die Bürger erwarteten einen Politikwechsel, und dieser Politikwechsel habe be-

reits in der vergangenen Woche an den deutschen Grenzen begonnen. Deutschland bleibe ein weltoffenes Land, das auch für legale Migration in den Arbeitsmarkt offen sei, aber bei der illegalen Migration habe die Integrationsfähigkeit des Landes eine Belastungsgrenze. Hier seien die Kommunen am Limit und die Überforderung zeige sich an vielen Stellen.

## Minister will »Werkzeugkasten« der Sicherheitsbehörden erweitern

Daher sei im Koalitionsvertrag eine »Migrationswende« vereinbart worden mit mehr Rückführungen, schnelleren Verfahren und mehr Zurückweisungen an den deutschen Grenzen auch bei Asylgesuchen. Auch werde die Koalition das Ziel der

»Begrenzung« von Migration wieder in das Aufenthaltsgesetz aufnehmen, die »Express-Einbürgerung« abschaffen, den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten aussetzen, freiwillige Aufnahmeprogramme »wo möglich beenden«, die Liste asylrechtlich sicherer Herkunftsstaaten ausweiten sowie die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) umsetzen und nachschärfen. Zudem werde die Sicherung auch nach Afghanistan und Syrien abschieben und einen dauerhaften »Ausreisearrest« für ausreisepflichtige Gefährder und schwere Straftäter einführen. Für diese gebe es dann nur noch die Alternative zwischen »Haft oder Heimflug«. Dobrindt dankte zugleich den Polizisten in Deutschland für ihre Arbeit,

bei der sie selbst oft in Gefahr kämen. Die Sicherheitsbehörden brauchten die bestmögliche Ausstattung und entsprechende Befugnisse. Hier eröffne der Koalitionsvertrag Chancen für mehr Sicherheit und mehr Schutz. Dazu werde der »Werkzeugkasten von Polizei und Nachrichtendiensten« deutlich erweitert. So werde die Speicherung von IP-Adressen umgesetzt. Die IP-Adressen seien oft der einzige Ermittlungsansatz, um schwere Kriminalität zu bekämpfen. Damit werde ein »systematisches Entdeckungsrisiko für schwerstkriminelle« geschaffen. Auch werde der Bundespolizei die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (QuellenTKÜ) ermöglicht und das Bundespolizeigesetz modernisiert. Zudem werde die Regierungskoalition die Befugnisse der Nachrichtendienste ausweiten sowie einen »effizienten und effektiven Datenaustausch« zwischen den Diensten gewährleisten. Ebenso sollten die Behörden zum Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) befähigt werden, »um große Datenmengen effizienter auszuwerten«. Der Innenminister versicherte zugleich, dass die Bundesregierung Antisemitismus, Islamismus, Rechts- und Linksextremismus mit der gleichen Konsequenz bekämpfen werde. Mit Blick auf das von ihm ausgesprochene Verbot der Reichsbürgervereinigung »Königreich Deutschland« fügte Dobrindt hinzu: »Egal, ob jemand ein Königreich, ein Kalifat, den Faschismus oder den Kommunismus ausrufen will in Deutschland: Wir gehen entschlossen gegen diejenigen vor, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen.«

## AFD wirft Bundesregierung Etikettenschwindel vor

Gottfried Curio (AfD) warf der Bundesregierung bei ihrer Migrationspolitik »einen Etikettenschwindel nach dem anderen« vor. Von der Ankündigung des neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz (CDU), vom ersten Tag an ausnahmslos alle Unberechtigten

und Rechtsextremismus müsse konsequent begegnet werden. Investieren müsse man auch in die »Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und in die Resilienz unserer Gesellschaft«, fügte Eichwede hinzu und verwies darauf, dass »Projekte zur demokratischen Teilhabe« wie etwa das Programm »Demokratie leben!« laut Koalitionsvertrag weiter gefördert würden. Zum Schutz der Demokratie gehöre auch, die Sicherheitsbehörden zu stärken und gut auszustatten. Die Bundespolizei brauche endlich ein modernes Bundespolizeigesetz das nun schnell anzugehen sei.

## Grüne nennen Dobrindts Politikwechsel dysfunktional

Konstantin von Notz (Grüne) hielt Dobrindt vor, mit Mitteln wie der Vorratsdatenspeicherung, der »Abschottung innereuropäischer Grenzen« und »diffusen Forderungen nach Strafverschärfungen« anzutreten, die schon vor 20 Jahren nicht funktioniert hätten. »Wo ist der wichtige Schutz unserer Kritischen Infrastruktur? Wo ist die dringend benötigte Reform des Rechts der Nachrichtendienste? Wo ist die IT- und Cybersicherheit?«, fügte Notz hinzu. Mit Blick auf ein etwaiges AfD-Verbotsverfahren plädierte er dafür, »dass jetzt alle Informationen und Argumente zusammengetragen werden, damit man einen solchen Antrag in Karlsruhe stellen kann«. Zugleich warf Notz dem Minister vor, beim Thema Zurückweisungen ohne Rechtsgrundlage zu agieren und einen Großteil der europäischen Nachbarn zu »vergrätzen«. Dies lade Dobrindt bei den Bundespolizisten ab, die schon jetzt für die Sicherheit an Flughäfen und Bahnhöfen fehlten. Dobrindts Politikwechsel sei »dysfunktional« und kurzsichtig. Für Die Linke sagte Clara Bünger, die Regierung habe in der ersten Woche ihrer Amtszeit für ein Chaos gesorgt. Klar sei indes ihr Ziel, Grundrechte von Flüchtlingen an den Grenzen



Grenzkontrolle der Bundespolizei am Donnerstag an der Kontrollstelle Kiefersfelden

© picture-alliance/CHROMORANGE/Michael Bihlmayer

» Ob jemand ein Königreich, ein Kalifat, den Faschismus oder den Kommunismus ausrufen will in Deutschland: Wir gehen entschlossen gegen diejenigen vor, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen.

BUNDESINNENMINISTER ALEXANDER DOBRINDT (CSU)

zurückzuweisen, sei nichts mehr übrig. Die Inhaftnahme vollziehbar Ausreisepflichtiger sei ebenso verschunden wie die »Anwendung der Richtlinienkompetenz des Kanzlers zur ausnahmslosen Zurückweisung«. Illegale Migration solle dem Koalitionsvertrag zufolge nicht beendet, sondern lediglich zurückgedrängt werden. Auch der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte solle nicht beendet, sondern nur ausgesetzt werden. Afghanen und Syrer mit unberechtigtem Aufenthalt würden nicht abgeschoben, sondern nur Straftäter und Gefährder, und Geduldete sollten einen befristeten Aufenthaltstitel erhalten. Die »Herrschaft des Unrechts« werde weiter verstetigt.

Sonja Eichwede (SPD) zählte zu den wichtigen innenpolitischen Herausforderungen die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dieser wolle die Grundfesten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zerstören. Besonders besorgniserregend sei dabei auch der angestiegene und gewaltbereite Antisemitismus. Der Menschenfeindlichkeit von Antisemi-

auszusetzen. Sie wolle Menschen ohne Verfahren zurückweisen, obwohl diese Asyl beantragen. Dobrindt wolle das Asylrecht abschaffen und eine »Praxis außerhalb des Rechts«. Damit schaffe er einen »Einstieg in eine Herrschaft des Unrechts«, Die Linke werde dagegen das Grundrecht auf Asyl immer verteidigen. Dobrindt betreibe eine »politische Kapitulation vor der AfD«, deren Forderungen – Zurückweisung, Abschottung, Ende legaler Fluchtwege – der Minister übernehme, fügte Bünger hinzu. Dabei sei ein Verbotverfahren gegen die AfD »längst überfällig«. Günter Krings (CDU) betonte dagegen, dass sich der »Zustrom von Asylsuchenden« in den vergangenen Jahren nochmals verschärft habe. Dabei sei Deutschland im EU-Vergleich Hauptzielland von irregulärer Migration und weit überproportional belastet. »Unser Land ist durch diese unkontrollierte Zuwanderung insgesamt überfordert. Die Asilmigration muss daher deutlich reduziert werden«, sagte Krings. Dabei seien Zurückweisungen »ebenso zulässig wie notwendig«.

Helmut Stoltenberg

## Erster Digitalminister Deutschlands

## Umgeben von großen Erwartungen

Mit der Modernisierung und Digitalisierung des Staates wartet auf Politik-Neuling Karsten Wildberger eine Mammutaufgabe

Eine rudimentäre Webseite gibt es bereits. Personal und einen provisorischen Sitz in einer Liegenschaft des Innenministeriums nahe des Berliner Tiergartens auch: Karsten Wildberger (CDU), der erste Digitalminister Deutschlands, startet also nicht bei null in seine Aufgaben rund um die Verwaltungsdigitalisierung, Staatsmodernisierung, den Ausbau digitaler Infrastrukturen, Fragen digitaler Souveränität und internationaler Digitalpolitik sowie die Digitalisierung der Wirtschaft.

Und doch ist es die große Neuerung in der schwarz-roten Koalition: Nach jahrelanger Diskussion über die Notwendigkeit eines Digitalministeriums hat Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) das neue Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) nun mit zahlreichen Kompetenzen und Arbeitsbereichen ausgestattet: Der 55-jährige Wildberger, der erst kürzlich CDU-Mitglied wurde, hat rund zwei Dutzend Zuständigkeiten und Abteilungen aus sechs Ministerien erhalten. Auch ein Zustimmungsvorbehalt „für alle wesentlichen IT-Ausgaben der unmittelbaren Bundesverwaltung“ ist für Wildbergers Haus vorgesehen. Das Ziel: Die gesamte IT des Bundes besser steuern zu können.

## Enges Miteinander mit Ländern und Kommunen angestrebt

Welche Pläne er für das neue Ressort hat, erläuterte der ehemalige Manager aus der Wirtschaft am Freitag den Abgeordneten in seiner ersten Rede vor dem Parlament – und betrieb zugleich Erwartungsmanagement. „Für die Digitalisierung gibt es keinen Schalter, den man einfach umlegt“, sagte Wildberger. Sie sei vielmehr ein Prozess, der Zeit, Mut, Expertise und Geduld benötige. Er sei überzeugt, dass man mit Zeit und Beharrlichkeit vorankomme und spüre im und rund um das neu geschaffene Ressort „einen besonderen Spirit“ und große Ambitionen, die digitale Zukunft



Minister Karsten Wildberger (CDU) und sein Digitalministerium erhalten noch umfangreichere Kompetenzen als ursprünglich geplant.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Deutschlands zu gestalten. Auf den Überraschungskandidaten im Kabinett Merz warten neben dem Aufbau seines Ministeriums teils jahrzehntelange Versäumnisse und Baustellen. Hinzu kommen die hohen Erwartungen seiner Amtskollegen in den Ländern, denen er diese Woche bei der Digitalministerkonferenz in Ingelheim lauschte. So wurde unter anderem mehr Geld vom Bund für den Ausbau digitaler Infrastruktur, eine einheitliche Strategie im Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) und eine eigenständige europäische digitale Infrastruktur gefordert. Es sei an der Zeit, dass Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen, betonte die Vorsitzende der Digitalministerkonferenz, Dörte Schall (SPD): „Für die Bürger ist es egal, wer zuständig ist. Der Bürger möchte nur, dass es funktioniert.“ Wildberger, der Ex-Vorstandsvorsitzende von Ceconomy, der Mutterge-

sellschaft von MediaMarkt und Saturn, betonte in seiner Rede, er wolle ein „enges Miteinander mit Ländern und Kommunen.“ Es gehe um ein modernes und digitales Deutschland „schlank in seinen Prozessen und seiner Verwaltung“, sagte er. Ein zentrales Element sei die digitale Identität, ein Wallet, die das Leben der Menschen erleichtere, kündigte der neue Digitalminister weiter an. Auch müssten Unternehmensgründungen erleichtert werden, für Gründerinnen und Gründer müsse Deutschland die „erste Wahl“ sein.

## Schwierige Mission: Modernisierungsschub für Deutschland

Ralph Brinkhaus (CDU) betonte, das Ministerium sei „überfällig“ – gleichzeitig blieben Digitalisierung und Staatsmodernisierung eine Führungsaufgabe für jedes Ministerium und auch das Kanzleramt.

Zuspruch kam auch von Digitalpolitiker Armand Zorn (SPD). Die Staatsmodernisierung sei das Fundament für alle wichtigen politischen Vorhaben, aber auch für die politische Gestaltungsfähigkeit und das Vertrauen der Menschen in den Staat. Entscheidend seien weiter Souveränität und Innovation; es gelte, Abhängigkeiten zu reduzieren, da diese verwundbar machten, betonte Zorn. Auch die Abgeordneten der Oppositionsfaktionen begrüßten das neu geschaffene Ressort. Beatrix von Storch sagte für die AfD-Fraktion, dass eine Digitalpolitik nötig sei, die „unseren Bürgern dient“. Ihre Fraktion wolle „digitale Freiheit made in Germany“. Kritisch sehe sie insbesondere den „digital only“-Ansatz aus dem Koalitionsvertrag: Es müsse immer möglich bleiben, dass die Bürger ihren Staat persönlich erreichen könnten. Grünen-Politikerin Rebecca Lenhard betonte, Digitalisierung sei eine Ge-

genwartsaufgabe und auch eine Standortfrage. Die Erwartungen an das neue Ressort seien groß und ihre Fraktion werde es konstruktiv begleiten, damit es endlich vorangehe. In der Ampelkoalition sei viel Richtiges angestoßen worden, man habe aber auch gemerkt, wie lähmend „Zuständigkeiten auf zu vielen Schultern verteilt“ sein könnten, sagte sie. Lenhard betonte, Digitalisierung dürfe kein Risiko für die soziale Spaltung werden und müsse am Ende dem Gemeinwohl dienen.

Auch Donata Vogtschmidt (Die Linke) sagte, ihre Fraktion werde Wildbergers Arbeit genau beobachten. Mit Blick auf die als Allheilmittel geltende Künstliche Intelligenz forderte sie klare Qualitätsstandards – stattdessen: „kein Wort zu Energieverbrauch, Diskriminierung und Transparenz“, monierte Vogtschmidt. „Machen Sie Digitalpolitik für alle und nicht nur für Profite.“ Lisa Brüßler ■

## Schwarz-rote Rechtspolitik

## Hubig will neuen »Pakt für den Rechtsstaat«

Die angekündigte Rechtspolitik der Koalition erntet Widerspruch aus der Opposition

Auf die Kabinettsmitglieder, die nicht aus einer der Koalitionsfraktionen rekrutiert wurden, hatte sich bei der Regierungsbildung ein besonderes Augenmerk gerichtet. Das gilt auch für die neue Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Stefanie Hubig (SPD). Allerdings ist Hubig keine klassische Seiteneinsteigerin. Die Juristin war nicht nur Bildungsministerin in Rheinland-Pfalz, sondern zuvor auch beamtete Staatssekretärin im Bundesjustizministerium.

## Neue Ministerin will die Justiz stärken

In ihrer ersten Rede vor dem Bundestag nannte Hubig die Stärkung der Justiz einen der „wichtigsten Beiträge zur Stärkung unserer Demokratie“. Deshalb wolle die Regierung einen „neuen Pakt für den Rechtsstaat“ mit den Ländern schließen und diese bei der Digitalisierung und personellen Verstärkung der Justiz unterstützen. Die Dauer von Prozessen solle verkürzt, Online-Verfahren sollten eingeführt werden. Im Bereich der Migration und der inneren Sicherheit zeige sich Hubig „mit dem Innenminister einig“ im Ziel einer „Besserung der La-

ge auf rechtsstaatlichem Wege“. Als weiteres wichtiges Ziel nannte sie wirksamere Maßnahmen gegen häusliche Gewalt. Auf dem Feld des Verbraucherschutzes kündigte Hubig einen baldigen Gesetzentwurf zur Verlängerung der Mietprelsbremse an. Die Redner der AfD präsentierten sich dagegen als die wahren Vertreter der Rechtsstaatlichkeit, die von den anderen Parteien und dem Verfassungsschutz auf nicht rechtsstaatliche Weise angegriffen würden. Stefan Brandner (AfD) sprach von Geheimdiensten mit „Zehntausenden Mitarbeitern und Spitzeln, die unbequeme Personen und Parteien gnadenlos aushorchen, verfolgen und deren Räume und Wohnungen verwanzeln, sie öffentlich diffamieren, stigmatisieren, drangsaliieren und zersetzen“. Die wahren „Feinde der Demokratie und Totengräber des Rechtsstaats“, schloss Brandner, seien diejenigen, die „einen demokratischen Staat ausplündern, von innen zersetzen und die Opposition unterdrücken“.

Für die Bezeichnung der anderen im Parlament vertretenen Parteien als „Kartellparteien“ erteilte Bundestagsvizepräsident Bodo Ramelow (Linke) Brandner einen Ordnungsruf. Für den

daraufhin aus der AfD-Fraktion zu hörenden Zwischenruf „Amtsmissbrauch“ erteilte Ramelow einen weiteren Ordnungsruf.

Andere Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit von Vorhaben der Koalition kamen von der linken Seite des Plenarsaals. Helge Limburg (Grüne) sprach angesichts von Plänen etwa zur erweiterten Vorratsdatenspeicherung von einem „Überwachungskatalog des Grauens“. „Sie wollen die Privatsphäre auf ein Minimum zurückdrängen, Bürgerrechte zählen bei Ihnen praktisch nichts mehr“, beklagte Limburg. Heftig kritisierte er auch das Vorhaben, den vom Internationalen Strafgerichtshof als Kriegsverbrecher gesuchten israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu einzuladen.

## Harte Kritik von Grünen und Linken

Limburg wie auch Aaron Valent (Linke) kritisierten zudem geplante Maßnahmen in der Migrationspolitik, wie die Abschaffung des Anspruchs auf anwaltlichen Beistand bei Abschiebungen. Menschenrechte seien nicht verhandelbar, erklärte Valent. Die Rechtspolitik sei ein „Spiegelbild dessen, was in der

Gesellschaft falsch läuft“. Luke Hoß (Linke) ergänzte: „Sie sprechen von Rechtsstaat und fordern das Gegenteil: Überwachungsmaßnahmen ausbauen, Strafgesetze verschärfen.“

Dagegen begründete Günter Krings (CDU) die in der Koalition vereinbarten Rechtsänderungen mit Notwendigkeiten der Verbrechensbekämpfung. Insbesondere im Kampf gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern sei die Speicherung von IP-Adressen vorrangig, weil diese oft „der einzige Ansatzpunkt“ sei, um Verbrechen im Netz aufzuklären. Vorrang hätten daneben auch Maßnahmen gegen die unerträgliche Zunahme von Gewalt gegen Frauen. Deshalb müsse man „endlich Fußfesseln ermöglichen“. In schweren Fällen sollten nicht Frauen ins Frauenhaus flüchten müssen, sondern „Täter ins Täterhaus“ kommen – nämlich in Haft. In den Worten von Sonja Eichwede (SPD) gelte es angesichts von Angriffen auf Demokratie und Rechtsstaat zu zeigen, „dass sich die Justiz auf uns verlassen kann und dass nur ein starker, gut ausgestatteter und lebendiger Rechtsstaat unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen kann“.

Peter Stützel ■

## Neuer Direktor beim Deutschen Bundestag

Paul Göttke ist neuer Direktor beim Deutschen Bundestag. Der Politikwissenschaftler nahm zu Beginn der Sitzung am Mittwoch zum ersten Mal den Platz des Direktors hinter Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) ein. Göttke hatte das Amt am Montag angetreten und ist Nachfolger von Michael Schäfer, der es seit September 2022 innehatte. Göttke ist seit zwanzig Jahren in verschiedenen Funktionen im Deutschen Bundestag tätig. Er begann seine Arbeit im Bundestag als Fraktionsreferent und Büroleiter eines Abgeordneten und trat im Jahr 2006 als Mitarbeiter in die Parlamentsverwaltung ein. Zuletzt wirkte er als stellvertretender Fraktionsdirektor und damit stellvertretender Verwaltungschef der CDU/CSU-Fraktion.

Der Direktor beim Deutschen Bundestag leitet im Auftrag der Bundestagspräsidentin die Bundestagsverwaltung als Oberste Bundesbehörde und vertritt diese in Angelegenheiten der Verwaltung. Er wird von der Parlamentspräsidentin ernannt und arbeitet ihr unmittelbar zu. Gleichzeitig ist er Vorgesetzter aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung. Im parlamentarischen Bereich ist der Direktor Berater der Bundestagspräsidentin. Er bereitet die Sitzungen des Präsidiums, des Ältestenrates und des Plenums vor. eis ■

Reformen für den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik

# Bessere Verzahnung

Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) kündigt eine Kommission zur Zukunft der Rente und eine weitere für eine Reform des Sozialstaats an, um dessen Leistungen sinnvoller abzustimmen

In der ersten Debatte über die künftige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in der 21. Wahlperiode haben Bundesregierung, Regierungs- und Oppositionsfraktionen ihre Ziele und Erwartungen weitgehend ohne Überraschungseffekte abgesteckt. Ob Rente, Mindestlohn, Fachkräftemangel oder Inklusion, kaum ein sozialpolitisches Thema fehlte in der Aussprache am Donnerstag. Es ging dabei nicht um detailreiche Lösungsansätze, sondern eher um den roten Faden für die kommenden vier Jahre.

Dass es der neuen Bundesregierung auch um das Drehen großer Schrauben geht, machte die neue Bundesministerin für Arbeit und Soziales und ehemalige Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) unter anderem klar, als sie ankündigte, zwei Kommissionen, eine zur Zukunft der Rentenfinanzierung und eine zweite zur Reform des Sozialstaats, einsetzen zu wollen.

## Bärbel Bas fordert eine Erweiterung des Versichertenkreises

Zum Thema Rente hatte die Ministerin bereits am vergangenen Wochenende eine Debatte auch innerhalb der Koalition entfacht, als sie in einem Interview vorschlug, den Versichertenkreis in der Rentenversicherung zu erweitern. Auch Beamte sollten nach den Vorstellungen von Bas in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, um den Effekt auszugleichen, dass immer weniger Beitragszahler immer mehr Renten finanzieren müssen. Eine demografischer Entwicklung, die sich in den nächsten Jahren noch stärker auf die Finanzlage der Rentenkasse auswirken wird als bisher schon. Seit vielen

ohne Berufsabschluss und niedrigere Steuern für kleine und mittlere Einkommen.

Carsten Linnemann (CDU) sagte, die Sozialpartnerschaft sei ein wichtiger Schlüssel des wirtschaftlichen Erfolgs der Bundesrepublik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewesen. Heute zeigten sich jedoch vielfach Risse im wirtschaftspolitischen Fundament: „Es braucht also einen Politikwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.“ Der Sozialstaat müsse sich auf jene konzentrieren, die ihn wirklich bräuchten. „Wer aber arbeiten kann, muss arbeiten gehen. Leistung muss sich auch für Ältere lohnen“, weshalb die Koalition die Aktivrente einführen wolle. Linnemann zeigte sich überzeugt, dass der Koalitionsvertrag „alles mitbringt, was es jetzt braucht. Wir müssen jetzt einfach machen.“

Die ehemalige Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) warf Union und SPD vor, das Thema Inklusion zu vernachlässigen. Was dazu im Koalitionsvertrag unter dem Stichwort „Pauschalierung“ von Leistungen formuliert sei, bedeute nichts anderes als Leistungskürzungen für Menschen mit Behinderungen.

## Die SPD betont, die Wirtschaft sei für die Menschen da

Anne Zerr (Die Linke) wurde noch etwas deutlicher in ihrer Kritik an den bisherigen Plänen von Schwarz-Rot: „Bei Arbeitnehmern müssen nun alle Alarmglocken schrillen“, sagte sie in Bezug auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag, die tägliche Höchstarbeitszeit durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen. „Es geht um nichts anderes, als uns den Acht-Stunden-Tag zu nehmen. Aber



Es geht um nichts anderes, als uns den 8-Stunden-Tag zu nehmen.

ANNE ZERR (DIE LINKE)



© seppi - stock.adobe.com

Jahren trommeln SPD und auch Grüne für eine Art Bürgerversicherung, auch für die Krankenkasse. Bisher jedoch finden sich dafür keine politischen Mehrheiten. Das zeigte auch die Debatte vom Anfang der Woche, denn der Koalitionspartner CDU/CSU kritisierte die Idee umgehend, weil es das eigentliche Problem nicht löse, denn mehr Versicherte würden auch mehr Kosten bedeuten.

## Die AfD kritisiert einmal mehr die Einwanderungspolitik

In der Debatte im Bundestag war von diesem koalitionsinternen Dissens nicht viel zu spüren. Die Koalitionsfraktionen bemühten sich um Einigkeit, wozu auch gehörte, die Diskussion über eine Erhöhung des Mindestlohns nicht zu vertiefen. Hier legte vor allem Die Linke den Finger in die Wunde.

Bärbel Bas betonte stattdessen, die Lage auf dem Arbeitsmarkt werde schwieriger werden: „Wir werden um viele Arbeitsplätze kämpfen müssen. Dafür brauchen wir eine starke Sozialpartnerschaft.“ Sie stünde dabei klar auf der Seite der Beschäftigten, so die Ministerin weiter. Eine Reform des Sozialstaats sei nötig, denn in seiner aktuellen Verfassung sei dieser zu kompliziert, bürokratisch und vielfach intransparent. Um mehr Gerechtigkeit herzustellen, müsse aber auch der Missbrauch von Sozialleistungen konsequenter bekämpft werden, forderte sie.

René Springer (AfD) knüpfte an seine während der vergangenen Legislaturperiode vielfach geäußerte Kritik an der Einwanderungspolitik an. Es müsse endlich einen „Stopp der Einwanderung in die Sozialsysteme“ geben, dies würde vermutlich aber erst passieren, wenn die AfD regiere. Er forderte außerdem strenge Sanktionen in der Grundsicherung, die Förderung der beruflichen Qualifikation von rund 1,5 Millionen Jugendlichen

wir werden uns den nicht nehmen lassen“, betonte sie.

Annika Klose (SPD) wies den Linken-Hinweis zurück, wonach sich die SPD entscheiden müsse, auf welcher Seite sie stehe: „Unsere Entscheidung ist klar. Wir stehen an der Seite der Arbeitnehmer in diesem Land.“ Die Wirtschaft sei für die Menschen da und nicht umgekehrt. Dies bedeute demokratische Mitbestimmung in den Betrieben und ein Lohn, von dem man leben könne, sagte Klose. Die SPD werde deshalb für einen höheren Mindestlohn kämpfen und sich außerdem für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Einwanderern und von Frauen einsetzen. „Die Instrumente dafür haben wir“, sagte Klose.

Claudia Heine

## STICHWORT

> **Rente** Im Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD auf die Sicherung des aktuellen Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2031 geeinigt. Wie es danach weitergeht, auch mit der Finanzierung der Rentenkasse, soll eine Kommission klären.

> **Mindestlohn** Über die Höhe des Mindestlohns entscheiden nicht Politiker, sondern eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Mindestlohnkommission. Derzeit liegt der Mindestlohn bei 12,82 Euro/Stunde. Die SPD hätte gern 15 Euro ab 2026. Ob das so kommt, ist aber unklar.

> **Bürgergeld** Die Union kritisiert das Bürgergeld seit dessen Einführung 2023 und fordert unter anderem schärfere Sanktionen. Union und SPD wollen es nun durch eine neue Grundsicherung ersetzen.

## Gesundheit und Pflege

# Mut zu großen Reformen

Die neue Bundesgesundheitsministerin Warken muss viele Probleme lösen. Vor allem die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung bereitet zunehmend Sorgen

Gesundheitsexperten rätseln, was die neue Koalition unternehmen will, um die prekären Finanzen der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung (GKV/SPV) langfristig zu stabilisieren und damit Beitragsprünge künftig zu verhindern. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD gibt dazu wenig her und ist eher von Absichtserklärungen geprägt als von konkreten Vorhaben.

Die Krankenversicherungen machen sich Sorgen über die weitere Entwicklung und kritisieren, dass die Problemlösung auf Kommissionen verlagert worden sei, die im Fall der GKV erst 2027 Reformvorschläge vorlegen solle. Das sei angesichts der drängenden Finanzprobleme zu spät. Bei der Pflegeversicherung soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf Ministerbene unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände noch 2025 Ergebnisse präsentieren. Beide Versicherungen waren 2024 defizitär.

## Vorgezogene Finanzspritze für den Gesundheitsfonds

Die Finanzlage in der GKV hat sich nach Informationen des „Handelsblatts“ zwischenzeitlich so verschärft, dass der Bund den Gesundheitsfonds mit einer vorgezogenen Finanzspritze stützen muss. Das Bundesgesundheitsministerium teilte der Zeitung mit: „Wir haben uns mit dem Finanzministerium geeinigt, 800 Millionen Euro Bundeszuschuss bereits Mitte Mai zum Auffüllen der Liquiditätsreserve zur Verfügung zu stellen.“

Die Liquiditätsreserve ist dem Bericht zufolge unter den gesetzlich festgelegten Wert gefallen, der bei 20 Prozent der Monatsausgaben des Gesundheitsfonds liegt. Im Gesundheitsfonds fließen Beitragsmittel und Steuerzuschüsse zusammen, die an die Krankenkassen verteilt werden. „Die Lage der GKV ist dramatischer als ohnehin angenommen“, sagte Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) der Zeitung. Sie übernehme ein System in „tiefroten Zah-

len“. Die zu geringe Rücklage sei ein „erster Warnschuss“. Es müsse nun schnell gehandelt werden.

Nach Ansicht der Betriebskrankenkassen (BKK) ist das Gesundheitssystem „überreguliert und detailversessen“. Der Vorstandschef des BKK-Dachverbandes, Franz Knieps, sagte, GKV und SPV stünden unter Druck wie nie zuvor. Es brauche Mut und Sachverstand für Reformen.

## Große Herausforderungen in Gesundheit und Pflege

In der ersten Gesundheitsdebatte der neuen Legislatur gingen Fachpolitiker am Donnerstag auf die zentralen Probleme im Gesundheitswesen ein und signalisierten ihren Willen, substantielle Veränderungen auf den Weg zu bringen. Ein Thema waren die ungelösten Finanzierungsfragen. Warken sagte, die Koalition wolle das Vertrauen der Menschen in die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems stärken. Sie räumte ein, dass die Herausforderungen in Gesundheit und Pflege gewaltig sind.

Die von ihrem Amtsvorgänger Karl Lauterbach (SPD) in Gang gesetzte Krankenhausreform soll ebenso weiterentwickelt werden wie die Digitalisierung im Gesundheitswesen. Auch die Reform der Notfallversorgung soll rasch angegangen werden. Ein weiteres Ziel sei die bessere Patientenversorgung in der ambulanten Versorgung. Eine Kommission solle überdies Vorschläge unterbreiten, um die Beiträge der GKV langfristig zu stabilisieren.

Das gelte auch für die Pflegeversicherung. „Die angespannte Finanzsituation erfordert ein mehrgleisiges Herangehen.“ Kurzfristig wolle sie Vorschläge vorlegen, um der Pflegeversicherung über den Jahreswechsel hinaus Spielraum zu verschaffen. Mittel- und langfristig würden andere Lösungen gebraucht.

Der AfD-Gesundheitspolitiker Martin Sichert kritisierte, dass Vorschläge der Expertenkommission zur langfristigen Finanzierung der GKV erst

2027 kommen sollen. „Union und SPD bilden eine Stillstandskoalition.“ Er stellte auch infrage, ob Warken überhaupt die notwendige Kompetenz für das Ministeramt mitbringe. Sie habe vorher nie etwas mit Gesundheitspolitik zu tun gehabt.

Dagmar Schmidt (SPD) betonte, es sei eine fundamentale Frage der Gerechtigkeit, allen Menschen einen gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Viele Versicherte seien auch bereit, höhere Beiträge zu zahlen, wenn die Leistungen gut und gerecht ausfielen.

Janosch Dahmen (Grüne) warnte, viele Menschen schauten mit großer Sorge auf die aktuelle Lage. Die GKV sei selbst zum Notfallpatienten geworden, sagte er und fügte hinzu: „Es ist mit Finanzspritzen allein nicht getan, um diesem chronisch kranken Patienten zu helfen.“ Nötig seien umfassende Strukturreformen. Allein mit der Notfallreform ließen sich pro Jahr drei Milliarden Euro einsparen. Wichtig sei auch eine effizientere Patientensteuerung mit hausarztzentrierter Versorgung. Er forderte Warken auf: „Warten Sie nicht auf Kommissionen, handeln Sie jetzt mutig.“

## Schwierige Arbeitsbedingungen in Praxen und Kliniken

Die Kinderkrankenschwester Julia-Christina Stange (Linke) berichtete von schwierigen Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und „endlosen Überstunden“. Sie forderte zügige Innovationen, denn die Zeit dränge. „Wir brauchen keine wohlklingenden Phrasen, sondern eine Revolution.“ Das Gesundheitssystem orientiere sich zu sehr am Markt, Gesundheit sei „keine Ware, und die Beschäftigten sind kein Kostenfaktor“.

Simone Borchardt (CDU) betonte, das Gesundheitssystem sei eine Säule der Demokratie und spiele in viele gesellschaftliche Bereiche hinein. Was jetzt gebraucht werde, sei ein systematischer Blick auf die Versorgung und Finanzierung im Gesundheitswesen. *Claus Peter Kosfeld*



Wie sich die Zusammenlegung der Bildungs- und Familienpolitik konkret auf den Alltag an Schulen auswirkt, ist noch offen.

© picture-alliance/dpa/Matthias Balk

## Bildung und Familie kommen zusammen

# Ganzheitlich gedacht

Karin Prien leitet das »Ermöglichungsministerium«

Bildungs- und Familienpolitik aus einem Guss – dafür will in dieser Legislaturperiode Karin Prien (CDU) sorgen. Die langjährige Bildungsministerin Schleswig-Holsteins leitet das neu zugeschnittene Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Der neue Zuschnitt sei mehr als nur eine strukturelle Veränderung, sagte Prien am Donnerstag bei ihrer ersten Rede vor dem Bundestag. Er ermögliche einen echten Aufbruch für die Bildung in Deutschland, „weil die Bildung von Anfang an entlang der Bildungsbiografie gedacht wird“.

Künftig soll also ganzheitlich gedacht werden – beginnend mit der frühkindlichen Bildung in Familie und Kita über die allgemeinbildenden Schulen und die außerschulische Bildung bis zur beruflichen Bildung und dem lebenslangen Lernen. Ganz besonders in den Blick genommen würden die Übergänge, sagte die Bildungs- und Familienministerin. Prien machte deutlich, dass sie die berufliche und die akademische Bildung als gleichwertig erachtet.

## Das Miteinander der Generationen muss neu austariert werden

Die Ministerin warb zugleich dafür, in den kommenden Jahren eine neue Debatte über Fragen der Generationengerechtigkeit zu führen. In einer sich verändernden Welt, geprägt vom demografischen Wandel und von multiplen Krisen und Konflikten, müsse das Miteinander der Generationen neu austariert werden. Eine zentrale Fragestellung in ihrem Ministerium sei, wie es gelingen könne, Chancen für möglichst alle Kinder und Jugendlichen auf eine gute Zukunft und auf den sozialen Aufstieg zu schaffen. Daher verstehe die Bundesregierung dieses Ressort auch als ein „Ermöglichungsministerium“. Massive Kritik an Prien kam von Martin Reichardt (AfD). Prien stehe allgemein wie auch bildungs- und familienpolitisch „für nichts, was eine konservative Politik ausmachen müsste“. Strategisch rate sie ihrer Partei zur Zusammenarbeit mit der „Rechtsnachfolgerin der SED-Diktatur“, deren Parteivorsitzende unlängst zur erneuten Errichtung einer sozialistischen Zwangsherrschaft aufgerufen habe. Prien sei der verlängerte Arm sozialistischer Umstürzler auf der Regierungsbank und deshalb eine Fehlbesetzung, befand der AfD-Abgeordnete.

Dass die „richtigen Ziele“ der von der Ampel geplanten Kindergrundsicherung, „die wir leider nicht in das Ziel gebracht haben“, im neuen Koalitionsvertrag enthalten seien, begrüßte Dagmar Schmidt (SPD). Es würden nun die Schnittstellen in den Blick genommen, „um Leistungen von einer Hand zu ermöglichen“. Schmidt sprach sich für eine große Sozialstaatsreform „im Sinne von Transparenz, Einfachheit und Funktionalität“ aus. Derzeit gebe es in Deutschland mehr als 150 verschiedene Leistungen für Familien. Es sei aber kompliziert, diese zu beantragen.

## Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch

Dank des auch von ihrer Fraktion mitbeschlossenen Sondervermögens mangle es der Ministerin nicht an Geld, sagte Denise Loop (Grüne). „Es hängt jetzt von Ihnen ab, die richtigen Schwerpunkte zu setzen“, sagte sie an Prien gewandt. „Kein Geld“ sei kein Argument mehr.

Loop begrüßte es, dass laut Koalitionsvertrag an viele Ampel-Projekte angeschlossen werden solle. Erhebliche Lücken habe der Vertrag aber bei der Gleichstellungspolitik. „Sie vergessen die Frauen in diesem Land“, so der Vorwurf Loops, die sich für die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch aussprach. „Schwangerschaftsabbrüche müssen endlich entkriminalisiert werden“, betonte die Grünen-Abgeordnete.

## Ist die Fusion eine Riesenchance oder ein Armutszeugnis?

Aus Sicht von Maren Kaminski (Die Linke) hat Bildung in der Koalition „nicht den Stellenwert, den sie eigentlich braucht“. Statt einer mutigen Wende zur Bildungsgerechtigkeit gehe der Weg aber weiter wie immer. Die Eingliederung des Bildungsbereichs in ein ohnehin überfrachtetes Ministerium sei kein Aufbruch, sondern ein Armutszeugnis, befand die Abgeordnete.

Anja Weisgerber (CSU) sieht indes eine Riesenchance darin, den Bildungsweg von Kindern und Jugendlichen von der Kita über die Schule bis hin zur Ausbildung, „in dem Rahmen, in dem der Bund zuständig ist“, innerhalb eines Ministeriums zu regeln. Mit Karin Prien stehe eine der profiliertesten Bildungspolitikerinnen des Landes dafür in der Verantwortung, betonte sie. *Götz Hausding*



Die finanzielle Schieflage in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung erfordert nach Ansicht von Gesundheitsexperten rasche Reformen. Die Koalition will Fachkommissionen damit beauftragen, konkrete Vorschläge zu erarbeiten.

© picture-alliance/imageBROKER/JanTepass

# GASTKOMMENTARE: GEHEIMHALTUNG BEI WAFFENLIEFERUNGEN?

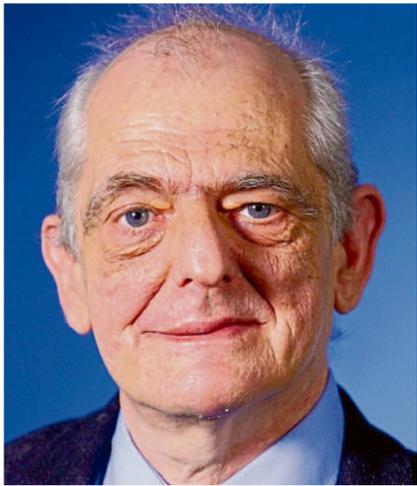
## Grundsätzlich richtig

### PRO

**D**er Beschluss der neuen Bundesregierung, Art und Umfang von Waffenlieferungen an die Ukraine künftig nicht mehr zu veröffentlichen, ist grundsätzlich richtig. Denn die bisherige Praxis, genau darzulegen, was und wie viel die Ukraine an Kriegsgüter erhält, kommt vor allem dem Aggressor Russland zugute, der sich so im Voraus militärtaktisch darauf einstellen kann.

Klärer ist es, die Invasoren darüber im Unklaren zu lassen, was sie an Feuerkraft auf dem Schlachtfeld erwartet. Zudem haben die deutschen Endlosdebatten über das Für und Wider einzelner Waffenlieferungen nur den Effekt, dringend benötigte Hilfe für die ukrainische Armee zu verschleppen. Überdies nutzt sie Putins Propaganda- und Desinformationsapparat als Einfallstor, um Ängste in der hiesigen Bevölkerung zu schüren, die Bereitstellung dieses oder jenes Waffentyps könne Deutschland zur „Kriegspartei“ werden lassen.

Ob die Ukraine der russischen Aggression standhalten kann, entscheidet über die Zukunft des gesamten demokratischen Europa. Es darf daher kein Zögern mehr geben, dem überfallenen Land uneingeschränkt jede erforderliche militärische Ausrüstung zukommen zu lassen – ein-



Richard Herzinger © Matthias Giordano

schließlich der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Sinn ergibt das neue Verfahren daher nur, wenn die Bundesregierung dieser Aufgabe nun ohne öffentliches Aufheben konsequent nachkommt – nicht aber, falls die Geheimhaltung der Verschleierung fehlender Energie und mangelnden Willens bei der Stärkung der ukrainischen Kampfkraft dienen sollte. Doch scheint die Entscheidung Berlins mit der ukrainischen Regierung abgesprochen zu sein. Und sollte die neue Regelung doch auf Kosten der Ukraine gehen, wird sie ihren Protest dagegen gewiss nicht geheimhalten.

Richard Herzinger

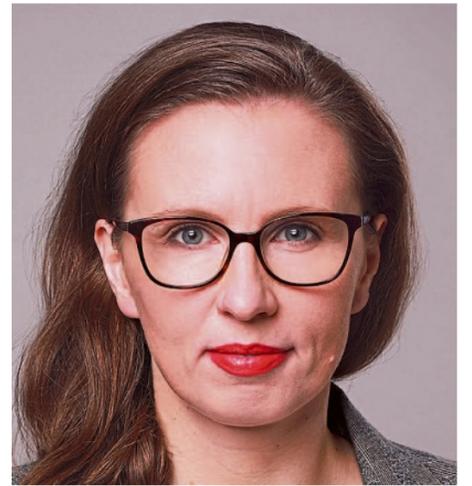
Der Autor arbeitet als freier Publizist.

## Klare Angaben als starkes Signal

### CONTRA

**B**undeskanzler Friedrich Merz (CDU) will Waffenlieferungen Deutschlands zukünftig nicht mehr veröffentlichen. Er verkauft das als „strategische Ambiguität“ im Dienst der Ukraine. Damit schneidet Merz sich gleich zweimal ins eigene Fleisch. Erstens, was sein eigentliches Ziel angeht. Denn man muss weder Clausewitz noch Sun Tsu gelesen haben, um zu erkennen, dass die CDU damit Wählerstimmen von AfD- und BSW-Sympathisanten abfischen will, denen ein Diktatfrieden zu Lasten der Ukraine nicht schnell genug kommen kann. Die Idee: Wenn über Waffenlieferungen weniger gesprochen wird, gibt es auch weniger Empörung darüber. Mit dieser unterkomplexen Vorstellung wird Merz jedoch nicht durchkommen, denn der Krieg wird weitergehen und Medien werden weiter darüber berichten. Die CDU sollte vielmehr von der SPD lernen, dass Wahlplakate mit Aufdruck „Frieden“ nicht ziehen.

Zweitens verliert auch die Ukraine durch Merz' Entscheidung. Denn das überfallene Land braucht Beistand durch militärisches Gerät genauso wie politisches Kapital: Wenn die Länder, die vom untergegangenen Label „Der Westen“ noch übrig geblieben sind, sehen, wie viel Deutschland gibt, nehmen sie wahr, dass sie in guter Gesellschaft sind. Auch in Richtung Russland sind klare Angaben über umfangreiche



Julia Weigelt © Inga Sommer

Waffenlieferungen ein starkes Signal, dass „Whatever it takes“ noch gilt. Das sieht auch der ehemalige Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, so. Eine Bundesregierung, die mit Symbolpolitik versucht, Vertrauen und Zusammenhalt zu erreichen, wird damit genau das verspielen. Deswegen darf sie stattdessen lieber schon jetzt den anstrengenden Weg gehen: Raum schaffen, in dem Angst vor Krieg und Wohlstandsverlust da sein darf, ohne als „Putin-Freund“ beschimpft zu werden. Einräumen, dass es 2025 tatsächliche Ambiguität gibt. Und dass ein „Weiter so“ oder ein Zurück zur „guten alten Zeit“ nicht mehr möglich sind.

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin.

## DAS PARLAMENT

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Leserservice/Abonnement:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

**Anschrift der Redaktion** (außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-3 05 15, Telefax (0 30) 227-3 65 24

**Internet:** http://www.das-parlament.de  
**E-Mail:** redaktion@das-parlament.de

**Chefredakteur:** N.N.

**Stellvertretender Chefredakteur:**  
Alexander Heinrich (ahe) V.i.S.d.P.

**Redaktion:** Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) CvD, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

**Fotos:** Stephan Roters

**Redaktionsschluss:** 16. Mai 2025

**Layout:** DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

**Druck:** Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG  
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

**Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:**  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen  
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

**Abonnement:**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

**GOGREEN PLUS**  
Wir vermeiden CO<sub>2</sub>, durch den Versand mit der Deutschen Post

## LESERPOST

Zur Ausgabe 20 vom 10. Mai 2025, „Schwarz-rote Startschwierigkeiten“ auf Seite 1:  
„18 Verräter“ – wer sie waren, wird wohl niemals festgestellt werden. Fakt ist aber, ein solcher Verrat ist ein besonderer Vertrauensbruch

mit G'schmäckle! Loyalität scheint diesen Damen und Herren ein ad absurdum zu sein. Etwas Gutes hat es aber doch: Kanzler Merz wurde im zweiten Wahlgang gewählt – ein historisches Novum, das es bisher noch nie gab! Die Verräter wollten

ihm einen Denkartel verpassen und haben ihn – optimistisch gesehen – zu einem fulminanten Start herausgefordert. Deutschland, Europa und die Welt warten!  
**Ursula Reichert, Hanau**

## SEITENBLICKE

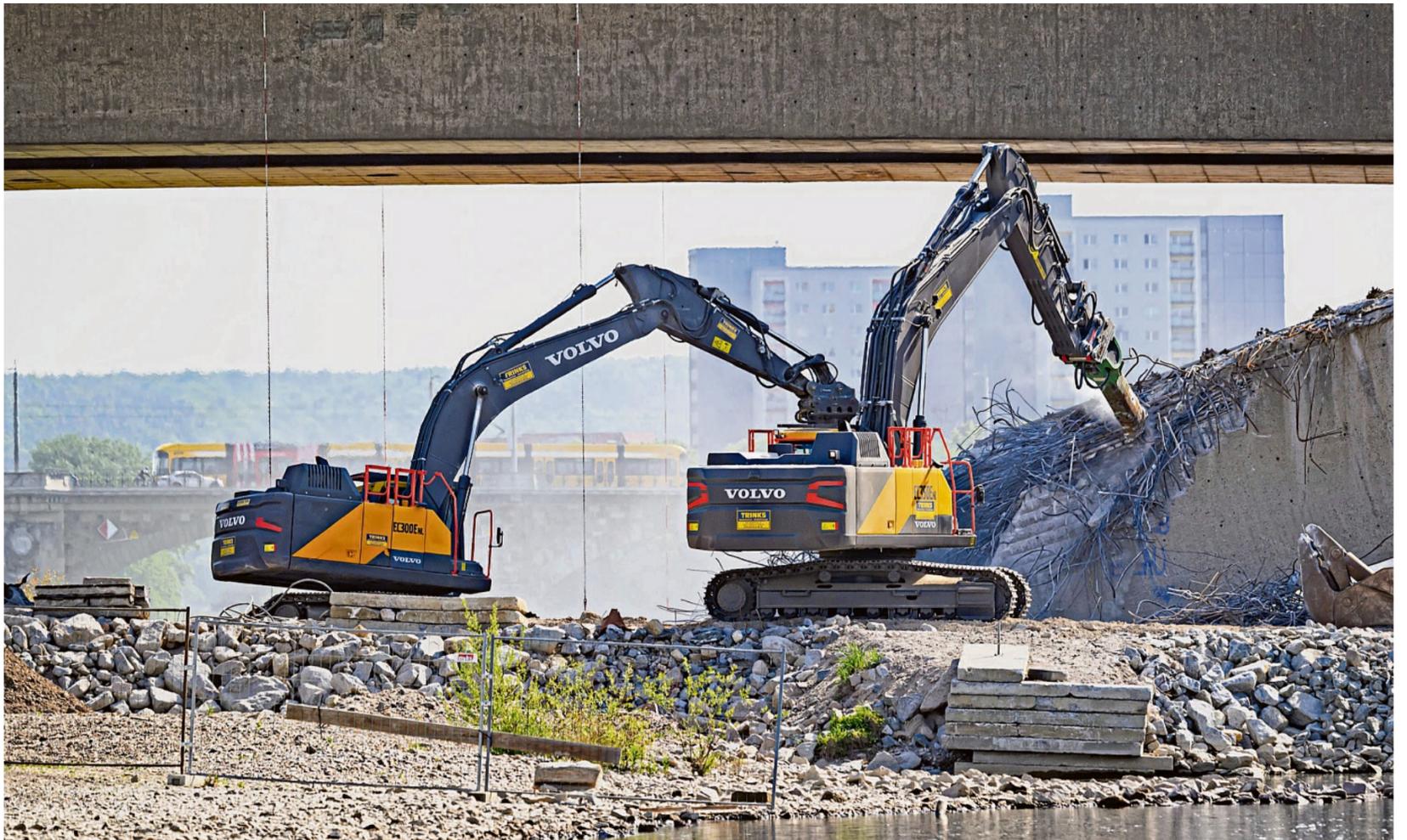


## AUFGEKEHRT

### Gott schütze Rheinland-Pfalz

**K**ommen ein Sauerländer und ein Amerikaner in die Pfalz... Was wie der Anfang eines Witzes klingt, könnte doch Realität werden. Deutschlands neuer Bundeskanzler zündet den außenpolitischen Turbo zur Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses und hat Präsident Donald Trump nach Kallstadt in der Pfalz eingeladen. Aus der kleinen beschaulichen Gemeinde an der Deutschen Weinstraße stammen Trumps Großeltern väterlicherseits, die im 19. Jahrhundert auswanderten. „Dumm gebabbelt is glei“, grummeln da viele Pfälzer. In Hamburg sagen sie: „Fritze Merz erzählt gerne Tünkram.“ Der „Dollbohrer“ und „Iwwerzwerch aus Amiland genießt bei den „pälzer Kriechern“ nur überschaubare Sympathien. Die Absicht von Merz ist natürlich durchschaubar: Wenige Kilometer von Kallstadt entfernt machte einst ein anderer deutscher Kanzler Weltpolitik. In Deidesheim bewirtete Helmut Kohl Frankreichs Präsident Jacques Chirac, befestigte die neue deutsch-sowjetisch-russische Männerfreundschaft zu Michail Gorbatschow und Boris Jelzin mit Saumagen und ertränkte die Vorbehalte der britischen Premierministerin Margaret Thatcher gegen ein wiedervereinigtes Deutschland in Strömen von Riesling. Bereits Angela Merkel hatte vergeblich an Kohls Saumagen-Politik anknüpfen und Trump nach Kallstadt leiten wollen. Guten Saumagen gibt es auch dort und eine gleichnamige Weinlage obendrauf. Wohin hätten Merkel und Merz den Führer der freien Welt auch sonst einladen sollen? Etwa in die Uckermark? Oder ins Sauerland? „Jo, kumm, geh fort“, würden die Pfälzer sagen. Aber auch: „Alla gut“ – Gastfreundschaft wird groß geschrieben in der Pfalz. Und zur Not gelten die berühmten Abschiedsworte des ehemaligen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel: „Gott schütze Rheinland-Pfalz!“

Alexander Weinlein



An der Carolabrücke in Dresden wird nach deren Einsturz in der Nacht zum 11. September der eingestürzte Brückenzug eingerissen. Bald soll der Bau einer neuen Elbüberquerung starten.

© picture alliance/dpa/Robert Michael

Finanzen und Haushalt

# Die Bagger sollen rollen

Um die Wirtschaft anzukurbeln, kündigt Finanzminister Lars Klingbeil einen „Investitionsbooster“ an. Für die Haushaltsplanung hat er sich einen straffen Zeitplan vorgenommen

**E**rläuterung für den neuen Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD): Er muss fürs laufende Jahr mit nur rund 0,7 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen rechnen als bisher erwartet. Diese Zahl präsentierte er am Donnerstagmittag bei der Vorstellung der Steuerschätzung 2025. „Die Ergebnisse der Steuerschätzung erschweren uns den Start nicht“, sagte der Vizekanzler und SPD-Chef. Sie machten aber auch „die Haushaltsaufstellung nicht leichter“, ergänzte er – nicht ohne Grund: Für 2026 beträgt das Minus denn auch schon satte 10,2 Milliarden Euro. Die Steuerschätzung bildet die Basis für die Haushaltsaufstellung. Der Finanzminister will nun Tempo machen. Der Haushalt 2025 soll bereits am 25. Juni im Kabinett beschlossen werden und anschließend ins parlamentarische Verfahren gehen. Das hatte Klingbeil bereits bei der Regierungsbefragung am vergangenen Mittwoch angekündigt. Der Haushaltsentwurf 2026 solle dann einen Monat später von der Regierung beschlossen werden, sagte er bei der Vorstellung der Steuerschätzung. Für Klingbeil ist entscheidend: „Wir müssen unser Land wieder auf Wachstumskurs bringen und müssen die Arbeitsplätze in diesem Land sichern.“ Wachstum, das weiß der Minister, ist auch die Basis für die Finanzierung der Sozialsysteme. Deshalb will Klingbeil im Kabinett auch noch vor der Sommerpause den

im Koalitionsvertrag verabredeten „Investitionsbooster“ für den privaten Sektor beschließen: In den nächsten drei Jahren sollen Unternehmen massive Investitionsanreize durch eine 30-prozentige degressive Ab-



Minister Klingbeil bei der Sitzungseröffnung am Donnerstag. © picture-alliance/Jens Krick

schreibungsregel erhalten. Ab 2028 sollen sukzessive auch die Steuersätze für Unternehmen sinken.

### Höhere Schulden für höhere Investitionen

Neben den Haushaltsentwürfen und dem Investitionsbooster soll vor der Sommerpause – ebenfalls am 25. Juni – auch der Gesetzentwurf für die Einrichtung des Sondervermögens Infrastruktur ins Parlament kommen. „Wir wollen, dass die Bagger rollen“, erklärte der Minister bei der Finanz- und Haushaltsdebatte im Bundestag. Die Basis für die neuen Möglichkeiten zur Staatsverschuldung hatte nach der Wahl 2025 noch der 2021 gewählte Bundestag kurz vor der Konstituierung des neuen Bundes-

tags gelegt. Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten mit ihrer Zweidrittelmehrheit das Sondervermögen Infrastruktur, also 500 Milliarden Euro schwere Kreditermächtigungen, im Grundgesetz verankert, zusammen mit der Ausnahme für Verteidigungsausgaben von der Schuldengrenze des Grundgesetzes. Im bestehenden 21. Bundestag haben die drei Fraktionen keine Zweidrittelmehrheit mehr. „Wir investieren in Kitas, in Schulen, in Schiene, in Straße, in schnelles Internet, in Klimaschutz, in zusätzlichen Wohnraum, und, ja, wir investieren auch in unsere Bundeswehr“, versprach Finanzminister Klingbeil. Dazu kommt noch die geplante Erhöhung der Konsumausgaben im Sozialbereich, insbesondere der Rente. Auf all das haben sich Klingbeils Sozialdemokraten mit CDU und CSU im Koalitionsvertrag verständigt. Dazu sagte Mathias Middelberg (CDU) für die CDU/CSU-Fraktion in der Finanzdebatte: „Deutschland ist international nicht mehr wettbewerbsfähig. Wir verlieren jeden Monat tausende Arbeitsplätze.“ Der VW-Konzern lasse seinen neuen Kleinwagen ID1 in Portugal produzieren, BMW habe in Ungarn investiert. „Deswegen werden wir an der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes arbeiten müssen.“ Ob sich CDU/CSU und SPD bei den Prioritäten der Haushaltsaufstellung und in der Finanzpolitik einig sind, stellte für die AfD-Fraktion Michael Ependiller infrage. Er sprach von „zwei Parteien, die sich nicht über den Weg trauen und schon auf die nächste Wahl schauen“. Vom Schuldenkurs der Koalition hält die AfD-Fraktion wenig: Deutschland werde bereits jetzt von der bestehenden Zins- und Schuldenlast „erdrückt“, rechnete Ependiller vor: Diese betrage derzeit pro Kopf 30.400 Euro. Felix Banaszak stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an Finanz-

minister Klingbeil gerichtet fest: „Bei Ihrer Rede haben häufig beide Koalitionspartner geklatscht.“ Das sei tags zuvor bei der Rede von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) noch anders gewesen. „Ich habe mich ein bisschen an die Ampelzeit erinnert gefühlt – allerdings nicht an den Start, sondern eher an das Ende“, sagte Banaszak.

### Grüne fordern Maßnahmen im Cum-Cum-Skandal

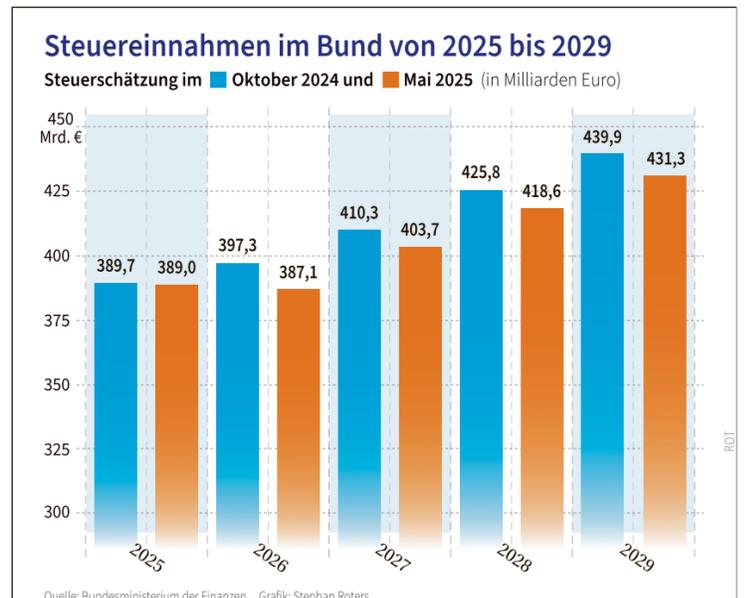
Inhaltlich kritisierte er die aus seiner Sicht geringe Stellung des Klimaschutzes in der neuen Koalition. Besonders thematisierten die Grünen den Steuerskandal Cum-Cum. Es sei eine zentrale Aufgabe des Finanzministers, das Ausmaß dieses Steuerbetrugs von 28,5 Milliarden Euro aufzuklären. „Vertiefen Sie sich da rein“, forderte später Banaszaks Fraktions-

kollegin Katharina Beck Finanzminister Klingbeil auf. Dies sei dringend, da die Aufbewahrungsfristen wichtiger Dokumente Ende des Jahres auslaufen. Beck forderte ferner, „Gerechtigkeitslücken im Steuersystem“ zu schließen. Das betreffe Ausnahmeregelungen für Großvermögende und eine Summe im zweistelligen Milliardenbetrag. Als Beispiel nannte sie die Möglichkeit, dass man „300 Wohnungen einfach steuerfrei vererben oder verschenken könne“. Zugespitzt formuliert das Doris Achelwilm von der Fraktion Die Linke: „Diese Koalition wird die Reichen reicher machen“, prangerte sie an. Auch Achelwilm verlangte, dass die neue Koalition Steuerpraktiken beenden solle, „bei denen sich Hochvermögende mit halblegalen Tricks armrechnen und die Allgemeinheit um wichtige Milliarden prellen“.

Stephan Balling |

Wir werden an der Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes arbeiten müssen.

MATHIAS MITTELBERG, CDU/CSU-FRAKTION



## Zukünftige Ausrichtung der Verkehrspolitik

## Schnieder ohne »Kettensägenrhetorik«

Der neue Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder plant dort durchgreifende Änderungen in der Verkehrspolitik, »wo sie notwendig sind«

Patrick Schnieder (CDU) hat Großes vor. Der neue Bundesverkehrsminister will Autobahnbrücken und Straßen sanieren, den Schienenausbau im Blick behalten, das Deutschlandticket auf eine verlässliche finanzielle Basis stellen, den Automobilstandort Deutschland sichern, den Luftverkehrsstandort attraktiver machen und gleichzeitig an den Klimazielen festhalten. Geld dafür scheint ausreichend vorhanden – nicht zuletzt dank des 500-Milliarden-Euro schweren Sondervermögens Infrastruktur. Das zur Verfügung stehende Geld müsse nun „möglichst schnell verbaut werden“, machte Schnieder während seiner ersten Bundestagsrede als Verkehrsminister am Donnerstag deutlich. Was es dafür braucht, stand schon auf der Agenda der Vorgänger wie auch der Vor-Vorgängerregierung: eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Schnieder forderte mehr Mut. Es gelte, die Verfahren konsequent zu digitalisieren und flexibler zu gestalten, ein einheitliches Verfahrensrecht für Infrastrukturvorhaben zu schaffen, Doppelprüfungen abzubauen, Stichtagsregelungen einzuführen, Fristen zu verkürzen und das Verbandsklagerecht zu straffen, sagte der Verkehrsminister. „In einigen Fällen wird das dem einen oder anderen wehtun“, räumte Schnieder ein.

## Neubau von Autobahnen ist für Verkehrsminister kein Tabu

Ein weiterer wichtiger Punkt bei seinen Ausführungen: Die freie Wahl der Fortbewegungsmittel. Alle müssten gleichermaßen funktionieren – egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Daher müsse der Sanierungsstau in der Infrastruktur beendet werden, und zwar unter dem Grundsatz: Erhalt vor Neubau. Doch auch der Neu-



Der Verkehrsminister will Brücken und Straßen sanieren. Ein 500-Milliarden-Sondervermögen macht es möglich. © pa/dpa/Ebner-Pressfoto/Jrdan Fuessman

bau von Straßen ist für den Verkehrsminister kein Tabu, weil seiner Aussage nach die Schließung von Autobahnlücken Umwege erspart und mithin Klimaschutz ist. Und dem fühlt sich auch Schnieder verpflichtet. „An den Klimazielen halten wir ausdrücklich fest“, betonte er. Festhalten will er auch an der Generalsanierung der Schiene. Ob dabei jeweils längere Vollsperrungen nötig sind, bleibe zu klären. Außerdem dürfe der Ausbau in der Fläche nicht unter den Generalsanierungen leiden, machte er deutlich. Der Minister lieferte auch ein klares Bekenntnis zum „Automobilstandort Deutschland und seinen Arbeitsplätzen“. Man setze auf Technologieoffenheit und auf „Fortschritt und Verantwortung bei der Elektromobilität“.

Attraktiver machen wolle die Bundesregierung auch den Luftverkehrsstandort Deutschland. Dazu sollen Steuern, Gebühren und Abgaben reduziert werden. „Wir ändern nicht aus Prinzip alles“, erläuterte Schnieder seinen Politikstil. Eine „Kettensägenrhetorik“ sei ihm fremd. „Es wird dort durchgreifende Änderungen geben, wo sie notwendig sind“, betonte der Minister. Wolfgang Wiehle (AfD) zog die Erfolgsaussichten Schnieders in Zweifel. „Wie wollen Sie einen Neuanfang nach der Ampelregierung hinbekommen, wenn Sie sich mit einem ihrer Erfinder verbünden“, fragte der AfD-Abgeordnete. Sowohl für die von der Union im Wahlkampf versprochene solide Finanzierung der Infrastruktur als auch für die Absage an ein allge-

meines Tempolimit und den Erhalt des Verbrennungsmotors gäbe es nur mit der AfD zusammen eine Mehrheit im Bundestag. Armand Zorn (SPD) sicherte dem Verkehrsminister die konstruktive Mitarbeit seiner Fraktion zu. „Wir wollen Zukunft gestalten und nicht nur Asphalt verwalten“, sagte der SPD-Abgeordnete. Es müsse Bewegung in die Mobilitätspolitik kommen. Die Deutsche Bahn AG wolle man strukturell reformieren, so der SPD-Abgeordnete. Dazu gehöre eine stärkere Trennung von Netz und Betrieb. Auch werde auf den Deutschlandtakt hingearbeitet. Das Ziel sei eine attraktive, zuverlässige und klimafreundliche Bahn für alle. „Mobilität ist Freiheit, aber nur dann, wenn diese Freiheit wirklich

für alle gilt“, sagte Tarek Al-Wazir (Grüne), ehemaliger Wirtschaftsminister in Hessen. Auch auf dem Land, so der Grünen-Abgeordnete weiter, müssten die Menschen, die kein Auto fahren können oder wollen, die Freiheit haben, von A nach B zu kommen.

## Koalitionsvertrag aus Sicht der Grünen eine große Enttäuschung

Fuß- oder Radverkehr spiele aber im Koalitionsvertrag „keinerlei Rolle“, kritisierte Al-Wazir. Ohnehin sei der Koalitionsvertrag eine einzige große Enttäuschung, befand er. Offenbar sei das Motto der Koalition gewesen, keine Ziele zu nennen, damit man auch keine Ziele verfehlen kann. Die Union, so Luigi Pantisano (Die Linke), verkaufe schon seit Jahren eine Autopolitik als Freiheit. Freiheit aber bedeute nicht, „dass man in der Theorie alles darf“. Freiheit bedeute, „dass Menschen praktisch entscheiden können, wie sie leben und sich fortbewegen können“. Freiheit bedeute daher auch, ohne Auto zur Arbeit kommen zu können. Daher brauche es einen gut ausgebauten und bezahlbaren ÖPNV – „auch und gerade im ländlichen Raum“, sagte Pantisano. Björn Simon (CDU) betonte das „Ja zum Auto“. Individuelle Mobilität bedeute Freiheit und sei nicht zuletzt im ländlichen Raum unverzichtbar, sagte er. Die Union setze explizit auf Technologieoffenheit – vom modernen Verbrenner bis hin zur Elektromobilität. „Wir werden unterschiedliche Verkehrsmittel nicht gegeneinander ausspielen“, machte er deutlich. Man werde hingegen den Rad- und Fußverkehr als Bestandteil nachhaltiger Mobilität stärken und fördern. Radwegebau müsse künftig unbürokratischer vonstattengehen, sagte Simon. Götz Hausding

## Alternative Wege zur Ankurbelung der Bautätigkeit

## Stein auf Stein muss nicht sein

Ministerin Hubertz kündigt Turbo-Programm an. Verlängerung der Mietpreisbremse

Der Wohnungsbau soll mit einem „Bau-Turbo“ wieder angekurbelt werden. „Ich will, dass wir mehr bauen, und ich will, dass wir preiswerter bauen“, sagte Verena Hubertz (SPD), Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen am Donnerstag in der Bau- und Wohnen-Debatte des Bundestages. „Keine Aufgabe erfüllt mich so sehr mit Freude, wie als Bauministerin dafür zu sorgen, dass die Bagger wieder rollen“, sagte die Ministerin. Die Grundsätze ihrer Politik fasste Hubertz in den drei Begriffen Tempo, Technologie und Toleranz zusammen. Tempo bedeute, dass Genehmigungsverfahren nicht länger als der Bau dauern dürften. Bei der Technologie sei einiges möglich: Stein auf Stein müsse nicht mehr sein. Die Ministerin sprach sich für serielles Bauen, die Nutzung von 3D-Druck und für die Verwendung von Holz auch im Hochhausbau aus. Toleranz sei auch sehr wichtig, wenn gebaut werden solle. Es gehe nicht mehr, das Bauen im eigenen Hinterhof abzulehnen, sondern es müsse in großem Umfang zur Ausweisung von Bauland, zu Aufstockungen und Nachverdichtungen kommen. Hubertz kündigte in den ersten 100 Tagen einen „Wohnungsbau-Turbo“ an, mit dem die Kommunen in die Lage versetzt werden sollten, Bauprojekte schneller durchzusetzen. Außer-

dem wolle sie eine Verlängerung der Mietpreisbremse und mehr sozialen Wohnungsbau. Das Volumen der Städtebauförderung solle verdoppelt werden. Esra Limbacher (SPD) erklärte, Wohnen sei ein Grundbedürfnis, kein Luxus. Wer Wohnraum schaffe, schaffe soziale Stabilität.

## Linke setzt auf gemeinnützigen Wohnungsbausektor wie in Wien

Marc Bernhard (AfD) stellte fest, in den letzten drei Jahren, in denen die Sozialdemokraten die Bauministerin gestellt haben, habe sie mit Klimahysterie und Vorschriften-Wut bis in den Heizungskeller hinein dafür gesorgt, dass die Mieten über 20 Prozent und die Baukosten um 42 Prozent explodiert seien. Der Wohnungsbau habe sich halbiert. Die Wohnungsnot habe zwei Ursachen: Einerseits sei Bauen durch Energieauflagen und Dämmzwang so teuer gemacht worden, dass fast niemand mehr die Mieten bezahlen könne. Das zweite Problem sei die ungebremste Zuwanderung. Jedes Jahr komme netto eine halbe Million Menschen ins Land. Das bedeute, dass jedes Jahr eine Stadt wie Hannover völlig neu gebaut werden müsse. Jan-Marco Luczak (CDU) sagte, mehr bauen, schneller bauen und kostengünstiger bauen sei der richtige Weg, um die angespannten Wohnungs-

märkte wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die steigenden Mietpreise in den Griff zu bekommen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei es sehr wichtig, dass die Menschen ein bezahlbares Zuhause hätten. Luczak forderte, die Bauwirtschaft schnell aus der Krise zu führen. Daher begrüßte der CDU-Abgeordnete den „Wohnungsbau-Turbo“. Kassem Taher Saleh (Grüne) verwies auf die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Dieser Zusammenhalt hänge maßgeblich davon ab, dass klimagerechter und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werde. Er sprach sich dafür aus, den Baubestand durch Dachgeschossausbau und den Umbau von leerstehenden Bürogebäuden zu Wohnungen stärker zu nutzen. Caren Lay (Linke) kritisierte, für Panzer, Brücken und Straßen sei Geld durch Sonderprogramme da, „aber wo bleibt denn ein Sonderprogramm für bezahlbares Wohnen?“. Es sei in der Vergangenheit nicht zu wenig, sondern falsch gebaut worden. Der Bau von Luxus-Lofts löse die Wohnungsnot nicht. Lay forderte einen bundesweiten Mietendeckel, eine Bekämpfung der Spekulation und die Schaffung eines gemeinnützigen Wohnungssektors. Die Stadt Wien biete sich dabei als Vorbild an. „Wohnungen gehören nicht an die Börse“, sagte Lay. hle

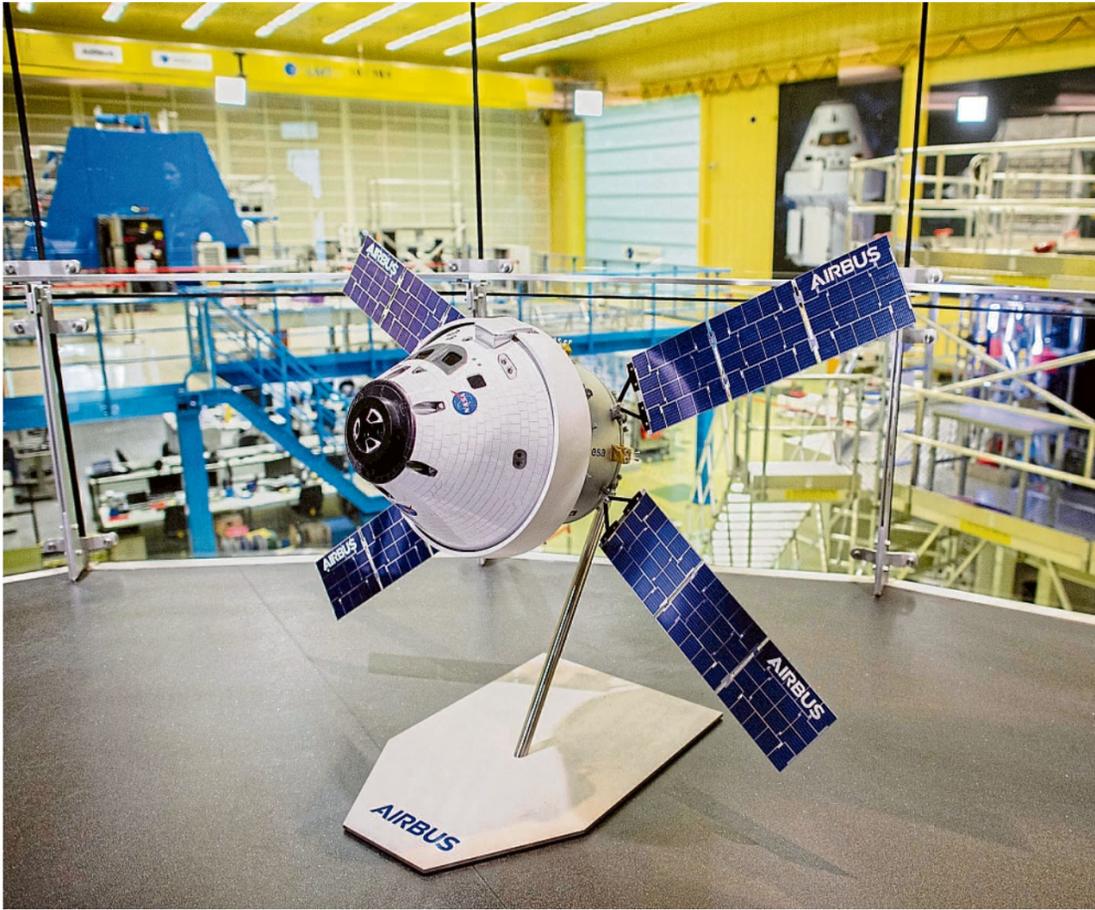
## Änderungen in der Energiepolitik

## Kein Weiter so

Reiche kündigt neue Gaskraftwerke an

Die Wirtschaft soll wieder in Schwung kommen und wachsen. Die Regierungsparteien Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag auf zahlreiche Maßnahmen verständigt. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) stellte in einer Bundestagsdebatte am Freitagnachmittag (nach Redaktionsschluss dieser Zeitung) ihre Vorhaben vor. In den vergangenen Tagen hatte Reiche eine „pragmatische Energiepolitik“ angekündigt und damit aufgezeigt, wo die Schwerpunkte ihrer Amtszeit liegen sollen. Union und SPD hatten sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft „wieder auf deutlich über ein Prozent zu erhöhen“. Aktuell liegt das jährliche Wachstumspotenzial bei 0,5 Prozent. Schwarz-Rot will das durch günstigere Energiepreise erreichen. Die Strompreise sollen pro Kilowattstunde um mindestens fünf Cent fallen. Für einige energieintensive Unternehmen ist ein Industriestrompreis vorgesehen. Wie im Koalitionsvertrag festgehalten, kündigte Reiche Mitte der Woche den Bau von Gaskraftwerken mit einer Leistung von 20 Gigawatt bis 2030 an. „Wir müssen anerkennen, dass der Strom allein aus erneuerbaren Quellen keine günstigste Stromversorgung, schon gar nicht für energieintensive Unternehmen, erreicht. Wir brauchen neue

Gaskraftwerke.“ Die Ausschreibungen sollten so schnell wie möglich starten. Eine Rückkehr zur Atomkraft sieht der Koalitionsvertrag nicht vor. Dafür sollen die CO<sub>2</sub>-Einnahmen an Unternehmen und Bürger zurückgegeben werden: durch Förderungen bei Wohnen und Verkehr. Das umstrittene Heizungsgesetz von Amtsvorgänger Robert Habeck (Grüne) soll abgeschrieben werden. Das Gleiche ist für das Lieferkettengesetz vorgesehen. Noch vor der Sommerpause soll dagegen ein CO<sub>2</sub>-Speicher- und Transportgesetz abgeschlossen werden. Die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage, CCS) an Land oder unter Wasser gilt als wichtiges Instrument bei der Transformation der Industrie. Zudem haben sich Union und SPD auf Förderprogramme geeinigt. Die Klimaschutzverträge und die Subventionierung von Chipfabriken werden fortgesetzt. Der Automobilwirtschaft soll durch steuerliche Kaufanreize und eine Sonderabschreibung sowie die Befreiung von der Kfz-Steuer für Elektroautos geholfen werden. Für einen Bürokratieabbau ist ein sofortiges Moratorium für alle neuen Statistikpflichten vorgesehen. Schließlich strebt die neue Bundesregierung weitere Handels- und Investitionsabkommen an und unterstützt entsprechende Bemühungen der EU. nki



Forschungsministerin Dorothee Bär hat die Raumfahrt zur Top-Priorität erklärt. Mit Förderprogrammen und Investitionen will sie Deutschland und Europa als Forschungsstandort stärken.

© picture-alliance/dpa/Hauke-Christian Dittich

## Von Künstlicher Intelligenz bis Raumfahrt

# Bär will hoch hinaus

Das Forschungsministerium will in Innovationen und Schlüsseltechnologien investieren. Und verliert dabei grundlegende Probleme aus den Augen, kritisiert die Opposition

Ob sie „gemeinsam nach den Sternen greifen“ wollen, „auf dem Boden der Tatsachen bleiben“ oder sich lieber den „irdischen Problemen“ widmen sollten: Bei der ersten Debatte zum Vorhaben des neu zugeschnittenen Ministeriums für Forschung, Technik und Raumfahrt (BMFTR) haben die Abgeordneten tief in die Metaphern-Kiste gegriffen.

Dabei sei Raumfahrt mehr als nur ein Begriff, der „wahnsinnig cool klingt“, sondern von immenser Bedeutung. Sie werde daher die neue Top-Priorität des Ministeriums, betonte Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) am Donnerstag bei der Vorstellung ihres Regierungsprogramms. Die Raumfahrtforschung sei „entscheidend für unsere Sicherheit“, so Bär. Laut Koalitionsvertrag will die Regierung die deutsche Raumfahrtindustrie stärken, „eine resiliente Satelliteninfrastruktur, beispielsweise für Krisenkommunikation und Internetkonnektivität, aufbauen“ sowie von Europa aus Satelliten ins Weltall schicken. Doch auch im Alltag würden die Menschen in diesem Land von der Raumfahrt profitieren, betonte Bär. Ob der Strichcode im Supermarkt oder Materialien für feuerfeste Schutzkleidung: Bei der Entwicklung dieser Dinge sei die Raumfahrtforschung mit im Spiel gewesen.

### »Zukunftsministerium« soll Forschung in Deutschland stärken

Deutschland hat laut Bär bereits den Anschluss an viele Zukunftstechnologien verloren. Dies gefährde „massiv unsere Wirtschaft, unser Lebensmodell und vor allem unsere Souveränität“. Daher wolle ihr „Zukunftsministerium“ unter anderem mit der sogenannten Hightech-Agenda Anreize schaffen, um besonders in den Schlüsseltechnologien Künstliche Intelligenz, Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, klimaneutrale Mobilität und klimaneutrale Energieerzeugung Innovationen zu ermöglichen.

Laut Koalitionsvertrag soll die Hightech-Agenda unter Einbindung der Länder erarbeitet werden. In den genannten Forschungsfeldern will der Staat nach klaren Zielen fördern und dabei sowohl universitäre als auch außeruniversitäre Akteure sowie Industrie und Start-ups einbeziehen. Im Bereich der Künstlichen Intelligenz will die Bundesregierung beispielsweise KI-Spitzenzentren errichten.

### Mehr Innovationen, weniger Bürokratie

Ein weiteres Projekt des Ministeriums ist laut Bär das sogenannte Innovationsfreiheitsgesetz, das bereits Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner Regierungserklärung angesprochen hatte. Durch dieses Gesetz soll die Forschung in Deutschland laut Koalitionsvertrag mehr Freiheit bekommen und die Förderbürokratie entschlackt werden. So sollen Ausgründungen künftig binnen 24 Stunden möglich sein und Förderentscheidungen beschleunigt werden. Ein wichtiger Schritt, betonte auch Florian Müller (CDU) in der Aussprache. Denn es gebe zwar viele Ideen in Deutschland, das Geld damit werde aber oftmals woanders verdient, „weil wir häufig überreguliert sind und Innovationen damit im Keim erstickt werden“. Ausgründungen und die Förderung eines innovativen Mittelstandes müssten daher Priorität erhalten, schließlich seien kleine und mittlere Unternehmen „das Rückgrat unserer Wirtschaft“.

### Opposition kritisiert neuen Zuschnitt des Ministeriums

Die Opposition zeigte sich grundsätzlich offen gegenüber vielen Vorhaben der Forschungsministerin. Kritischer sah sie jedoch den neuen Zuschnitt des Ministeriums. Im Gegensatz zur Ampel-Koalition hat sich die Regierung unter Friedrich Merz dazu entschieden, den Komplex Bildung künftig beim Familienministerium anzugliedern.

Dadurch werde die „Bildungskrise“ nicht gelöst, sondern „unsichtbar gemacht“, kritisierte Nicole Höchst (AfD). Um die „Abwärtsspirale in der Schulbildung“ aufzuhalten, brauche es eine höhere Grundfinanzierung für Bildung und Hochschulen.

Auch Linken-Politikerin Nicole Gohlke zeigte sich besorgt, dass der neue Zuschnitt und der Fokus auf Technologie und Raumfahrt die „irdischen Probleme in der Wissenschaft“ überschattete. „Marode Gebäude, schlechte Arbeitsverhältnisse, von Armut betroffene Studierende und Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit“ sind laut Gohlke dringende Probleme, die die neue Regierung angehen muss.

### SPD: Wissenschaftsfreiheit muss gesichert werden

Um gute Forschung zu gewährleisten, müssten auch die Arbeitsbedingungen stimmen, sagte Wiebke Esdar (SPD). Die Koalition wolle daher das Wissenschaftszeitvertragsgesetz reformieren und Mindestvertragslaufzeiten sowie Schutzregelungen einführen. Auch müsse die Frauenförderung gestärkt werden, „weil eine freie und starke Wissenschaft auch eine geschlechtergerechte Wissenschaft ist“.

Ein weiterer Aspekt für gute Forschung sei der Schutz der Wissenschaftsfreiheit, sagte Esdar. Es sei Aufgabe der Politik, diese Freiheit zu sichern, das gebe sogar das Grundgesetz vor.

Mit Blick auf die USA, wo in die Wissenschaftsfreiheit derzeit massiv angegriffen werde, betonte Grünen-Politikerin Ayse Asar, dass dieser Einschnitt den wissenschaftlichen Fortschritt weltweit schwäche: „Lösungen für globale Herausforderungen wie Gesundheitskrisen, Klimawandel oder neue Therapien für Krankheiten werden massiv erschwert.“ Daher sei es umso wichtiger, dass Europa ein Kontinent des Fortschritts bleibe. Dies gelinge allerdings nur, wenn die Wissenschaftsfreiheit dort verteidigt werde.

Denise Schwarz

## Umwelt, Natur- und Klimaschutz

# Mit Ambition ans Werk

Carsten Schneider stellt Leitlinien seiner Politik vor

Carsten Schneider (SPD) geht sein neues Amt als Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit ambitioniert an. Als der vormalige Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland am Donnerstag im Bundestag sein Regierungsprogramm vorstellte, wirkte er zum einen auch im Detail vertraut mit der Materie – und scheute zugleich vor starken Worten für das große Ganze seines neuen Arbeitsfeldes nicht zurück. So kündigte er an, Umwelt, Klima und Naturschutz „wieder ins Zentrum des gesellschaftlichen Interesses“ rücken zu wollen. Dabei sei ihm besonders wichtig, Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen, „hier im Parlament, aber auch in der Gesellschaft“. Zweitens wolle er zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum, nachhaltige Industriepolitik und Umweltschutz miteinander einhergehen könnten. Drittens gelte es die soziale Frage immer im Blick zu behalten, das sei in der Vergangenheit „nicht immer gut gelungen“. Und viertens sei „unser Sicherheitsbegriff“ zu sehr auf das Militärische reduziert, heute seien jedoch eine sichere Trinkwasser- und Nahrungsmittelversorgung, und eine klimaresiliente Infrastruktur und Energieversorgung ebenfalls schützenswert.

In der anschließenden Debatte hielt Karsten Hilde (AfD) der Regierung vor, mit nun zwei Ministerien, die sich ums Klima kümmern, würden „die Menschen im Lande weiter ausgeplündert und die Wirtschaft ein für alle Mal aus dem Land getrieben“.

Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wünsche sich, dass Umwelt, Natur und Klima erhalten und geschützt werden, widersprach An-

dreas Jung (CDU) und erinnerte zudem an „unsere Verantwortung auch für künftige Generationen“. Dieser Verantwortung habe die Politik gerecht zu werden, indem sie Klimaschutz zu einer ihrer Prioritäten mache.

Jan-Niclas Gesenhues von den Grünen stieg mit einer Frage ein und beantwortete sie selbst: Was haben Europäische Zentralbank, Weltwirtschaftsforum und die Nato gemeinsam? Sie alle warnen eindrücklich vor Sicherheits- und Wohlstandsrisiken, die dadurch entstehen, dass unsere Ökosysteme kollabieren. „Sie alle fordern uns auf, mehr zu tun.“

Fabian Fahl (Die Linke) kritisierte, der Koalitionsvertrag sei ein Rückschritt für den Klimaschutz. Zu Erneuerbaren stehe wenig darin, stattdessen gehe es um Gaskraftwerke als Reserve in Zeiten von Dunkelflauten. Auch Fahl mahnte dringend mehr soziale Gerechtigkeit an: „Klimaschutz geht nur sozial.“ Das habe schon die Ampelregierung nicht verstanden. Mit ihrem Klimaschutz für Besserdienende und der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes habe die Ampel den Klimaschutz generell diskreditiert.

Esra Limbacher (SPD) erinnerte an das Pfingsthochwasser im vergangenen Frühling, als der gesamte Südwesten im Ausnahmezustand gewesen sei. Die vielen „Jahrhunderthochwasser in Deutschland und anderswo seien nicht normal, sondern Folgen der Klimakrise. Deswegen sei Klimaschutz nichts anderes als Menschen-schutz. Damit solche Katastrophen nicht noch verheerender werden, „müssen wir handeln und wir werden handeln“, sagte Limbacher.

mis

## Landwirtschaft

# Kurskorrektur

Bundesagrarminister Alois Rainer stellt Programm vor

Der neue Bundesagrarminister Alois Rainer (CSU) hat bei der Vorstellung seines Regierungsprogramms am Donnerstag mehr „gesellschaftliche Wertschätzung“ für die Landwirtschaft und einen „Bürokratieabbau“ angekündigt. „Schnellstmöglich“ solle die im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigte Rückkehr von Steuervergünstigungen beim Agrardiesel umgesetzt werden. Das von der Ampel-Koalition beschlossene Aus dafür hatte heftige Bauernproteste ausgelöst. Generell gelte es, die landwirtschaftliche Produktion zu sichern und gleichzeitig ökologische Ziele zu erreichen. „Wir werden zeigen, dass dies kein Widerspruch ist, genauso wie konventionell und Bio kein Widerspruch ist.“ Die Koalition wolle mit dem Abbau unnötiger Bürokratie für „mehr Beifreiheit“ sorgen, sagte er. „Wer Tiere versorgt oder Felder bestellt, braucht Freiräume statt Formulare.“ Zudem kündigte der Minister ein Förderprogramm für Tierwohlställe an, das langfristige Planungssicherheit schaffe. Wenn die Tierhaltung ins Ausland abwandere, diene das sicherlich nicht dem Tierwohl.

### Union spricht von Wirtschaftsmi-nister des ländlichen Raums

Hochzufrieden mit der Präsentation Rainers zeigte sich Albert Stegemann (CDU) und sprach von einem „Wirtschaftsminister für den ländlichen Raum“. Stegemann unterstrich die Position seiner Fraktion mit den Worten: „Wir sagen ja zur Landwirtschaft, ja zur Produktion landwirtschaftlicher Produktion und Tierhaltung in

Deutschland und ja zur Wissenschaft und zu einer wirklichen Technologie-offenheit.“

Heftige Kritik an den Ankündigungen vom Minister kam von den Fraktionen der Grünen und der Linken. Zoe Mayer (Grüne) bemängelte, anstatt die Empfehlungen des Bürgerrates Ernährung aus der letzten Wahlperiode aufzugreifen und umzusetzen, fordere der Landwirtschaftsminister „mehr Fleisch in KITAS und Schulen“. Das sei ein Programm aus den 1990er Jahren.

Ina Latendorf (Die Linke) kritisierte ebenfalls, dass „von den Empfehlungen des Bürgerrates sich nichts im Koalitionsvertrag wiederfindet“. Zudem würden soziale Fragen wie Arbeitnehmerrechte in der Landwirtschaft „ignoriert“, so fehlten im Koalitionsvertrag Lösungen für eine bessere soziale Absicherung von Bäuerinnen im Alter.

Stephan Protschka (AfD) erinnerte den Minister an das Höfesterben. Seit 2010 seien 40.000 Bauernhöfe verschwunden, „meistens kleine oder mittelständische Betriebe“. Die Vorgängerinnen und Vorgänger von Rainer hätten dazu keinerlei Lösungsvorschläge gehabt, sondern dem „schleichenden Bauernhofsterben zugesehen“. Er habe deshalb wenig Vertrauen in die Ankündigungen des neuen Landwirtschaftsministers.

Esra Limbacher (SPD) bekräftigte, die SPD trete für eine „zukunfts-fähige Landwirtschaft“ ein. „Wir wollen in den nächsten vier Jahren eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und wirtschaftlich tragfähige Landwirtschaft ermöglichen“, sagte der Sozialdemokrat.

Nina Jeglinski

## Nachruf auf Margot Friedländer

## »Versuche, dein Leben zu machen«

Die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer ist am 9. Mai im Alter von 103 Jahren gestorben. Bis zuletzt suchte die Zeitzeugin das Gespräch mit Jugendlichen

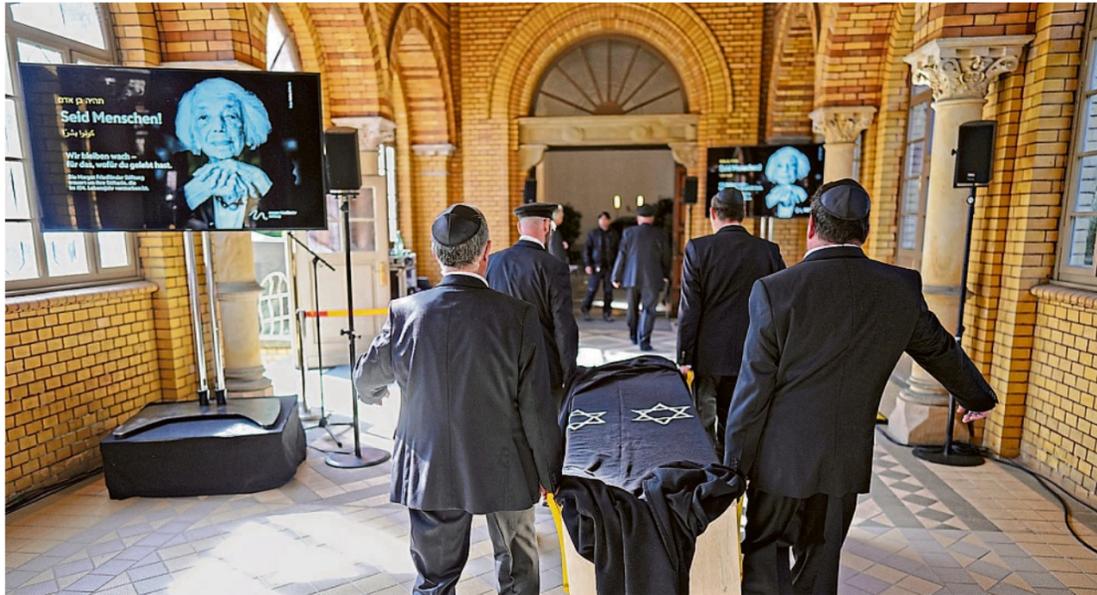
**B**is ins hohe Alter hinein ist die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer durch Deutschland gereist, hat ihre Geschichte erzählt und sich für Menschlichkeit und gegen Hass und Ausgrenzung stark gemacht. Mit 103 Jahren ist sie am 9. Mai in Berlin gestorben. Eigentlich sollte sie an diesem Tag mit dem Großen Verdienstkreuz geehrt werden – nur eine von vielen Auszeichnungen, die Friedländer für ihren Einsatz gegen das Vergessen erhielt. Mit ihr verliert Deutschland eine „der stärksten Stimmen unserer Zeit“, würdigte Bundeskanzler Friedrich Merz die Verstorbene. Sie habe uns ihre Geschichte anvertraut, jetzt sei es „unsere Aufgabe und unsere Pflicht, diese weiterzutragen“.

## Weggefährten und Politiker nehmen Abschied

Am Donnerstag wurde Friedländer auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt. Unter den Trauergästen befanden sich neben Merz viele aktive und ehemalige Politikerinnen und Politiker wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagspräsidentin Julia Klöckner, die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ex-Bundespräsident Joachim Gauck.

Auch viele Weggefährten und enge Freunde Friedländers fanden sich in der kleinen Trauerhalle zusammen, um ihr die letzte Ehre zu erweisen. „Margot, Du bist die eindringliche Stimme für Versöhnung, für Zusammenhalt, für Verständnis und Wachsamkeit“, schrieb Schauspielerinnen Iris Berben, eine enge Freundin Friedländers.

Bereits am Mittwoch gedachten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Friedländers und ihrer Lebensleistung. Die Holocaust-Überlebende war oft Gast bei Veranstaltungen im Hohen Haus gewesen, daran erinnerte Bundestagspräsidentin Julia Klöckner. „Margot Friedländers Leben war eines der Verständigung. Sie hat uns das Erinnern gelehrt, nicht als Rückblick, sondern als Auftrag für die Gegenwart und als Auftrag für die Zukunft. Sie hat vor Frohmut gestrahlt, trotz allem, was sie erleiden musste.“



Auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Weißensee hat Margot Friedländer ihre letzte Ruhe gefunden. Sie wurde dort am Donnerstag neben ihren Großeltern beerdigt.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Friedländers Jugend war geprägt durch die Diktatur der Nationalsozialisten: Sie wurde am 5. November 1921 als Anni Margot Bendheim in Berlin geboren. Nach der Scheidung ihrer Eltern lebte sie mit ihrem jüngeren Bruder Ralph bei der Mutter. Sie wollte Designerin werden, doch ihre Lehre zur Schneiderin durfte sie als Jüdin nicht mehr beenden.

## Mit gefärbten Haaren in den Untergrund

Versuche, in die USA oder nach China auszureisen, blieben erfolglos. Am 20. Januar 1943, wenige Stunden bevor die Familie aus Nazi-Deutschland

folgte ihm freiwillig; beide überlebten nicht. Friedländer erfuhr von Nachbarn von der Verhaftung. Ihre Mutter hinterließ ihr eine Botschaft: „Versuche, dein Leben zu machen.“

Die Worte ihrer Mutter hätten ihr die Kraft gegeben, sich allein in Deutschland zu verstecken, berichtete Friedländer später. Die damals 21-jährige tauchte unter, ließ ihre schwarzen Haare rot färben und ersetzte den Davidstern an ihrer Kette durch ein Kreuz. Selbst die Nase ließ sie sich korrigieren, um möglichst wenig den Propaganda-Karikaturen der Nazis zu entsprechen. 1944 wurde sie enttarnt und nach Theresienstadt deportiert.

ten und emigrierten 1946 in die USA. Über ihre Erlebnisse während des Nationalsozialismus sprach das Ehepaar nie miteinander. Nach dem Tod ihres Ehemanns begann Friedländer, sich mit ihrer Vergangenheit zu beschäftigen.

## Unermüdet gegen das Vergessen

Auch wenn sie die Verbindung zu ihrem Heimatland nie verloren hat, dauerte es beinahe sechs Jahrzehnte, bis sie erneut nach Deutschland reiste. Auf Einladung des Berliner Senats besuchte sie 2003 erstmals seit Kriegsende ihre Geburtsstadt Berlin. 2010 entschied sie sich, ihre Wahlheimat zu verlassen und zurück nach Deutschland zu ziehen. „Dass ich mich entschlossen habe, mit 88 Jahren New York aufzugeben, nachdem ich 64 Jahre dort gelebt habe, um zurückzukommen nach Berlin: Das ist, weil ich Berlinerin bin, ich gehöre hierher“, so Friedländer. Mit ihrer Rückkehr nach Deutschland begann für sie eine neue Phase ihres Lebens. Als Zeitzeugin besuchte sie unter anderem Schulklassen und Veranstaltungen, erzählte von ihren Erlebnissen als Jüdin in Nazi-Deutsch-

land. Besonders am Herzen lagen ihr dabei Gespräche mit jungen Menschen. Was geschehen sei, könne nicht rückgängig gemacht werden, aber diese Generation könne dafür sorgen, dass sich so etwas wie der Holocaust niemals wiederhole. „Es gibt kein christliches, kein muslimisches, kein jüdisches Blut. Es gibt nur menschliches Blut“, wiederholte Friedländer immer wieder nachdrücklich und machte sich gegen Ausgrenzung stark.

## Mit Sorge blickte sie auf einen erstarkenden Antisemitismus

Friedländer kam zurück nach Deutschland, um „die Hand zu reichen“, wie sie selbst sagte. Sie zeigte nie Wut oder Bitterkeit gegenüber dem Land, das ihr so viel genommen hatte. „Sie hat unserem Land Versöhnung geschenkt – trotz allem, was die Deutschen ihr als jungem Menschen angetan hatten. Für dieses Geschenk können wir nicht dankbar genug sein“, schrieb Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über die Verstorbene.

In einer Zeit, in der die Demokratie angegriffen werde und sich Antisemitismus wieder offen auf deutschen Straßen zeige, sei Friedländers Vermächtnis „Mahnung und Verpflichtung“, so Steinmeier weiter. Besonders die jüngeren Entwicklungen in der Bundesrepublik bereiten Friedländer Sorge. „So hat es damals auch begonnen“, mahnte sie mehrfach in Gesprächen.

Wie viel Kraft ihre Mission gekostet hat, davon berichtete Leeor Engländer, enger Vertrauter und Ziehnkel der Verstorbenen, während der Trauerfeier. Sichtlich betroffen und mit zitternder Stimme erzählte er den Anwesenden, wie jede einzelne Veranstaltung sie immense Kraft gekostet habe. Die Dämonen des Erlebten hätten sie nie ganz losgelassen. „Wie konnten Menschen anderen Menschen so etwas nur antun?“, habe Friedländer sich immer wieder gefragt.

Dennoch hat sie nie an ihrer Mission gezweifelt. Bis zuletzt wiederholte sie bei jeder Gelegenheit ihre Botschaft, damit diese auch über ihren Tod hinaus bestehen bleibt: „Seid Menschen.“

Denise Schwarz



Wir sind alle gleich. Es gibt kein christliches, kein muslimisches, kein jüdisches Blut. Es gibt nur menschliches Blut.

MARGOT FRIEDLÄNDER



© pa / PICONE | Günther Dorn

fliehen wollte, wurde Friedländers jüngerer Bruder verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Die Mutter

Dort begegnete sie Adolph Friedländer, den sie bereits aus Berlin kannte. Beide überlebten das Lager, heiratete

## PERSONALIA

## Berthold Wittich

## Bundestagsabgeordneter 1987-1998, SPD

Am 19. April starb Berthold Wittich im Alter von 91 Jahren. Der Konrektor aus Ludwigsau-Friedlos/Landkreis Hersfeld-Rotenburg schloss sich 1956 der SPD an, war Mitglied des Unterbezirksvorstands und engagierte sich gewerkschaftlich. Von 1977 bis 1989 gehörte er dem Kreistag an. Wittich betätigte sich im Bundestag im Landwirtschafts- sowie im Verkehrsausschuss.

## Hansjörg Häfele

## Bundestagsabgeordneter 1965-1990, CDU

Am 26. April starb Hansjörg Häfele im Alter von 93 Jahren. Der promovierte Jurist und Rechtsanwalt aus Bad Dürrenheim/Schwarzwald-Baar-Kreis, CDU-Mitglied seit 1961, engagierte sich von 1968 bis 1982 im Finanzausschuss. Von 1976 bis 1980 war er Vorsitzender des Arbeitskreises „Haushalt, Steuern, Geld und Kredit“ sowie von 1980 bis 1982 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Finanzen und Haushalt“ seiner Bundestagsfraktion. Von 1982 bis 1989 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Häfele ist auch als Autor zu steuerpolitischen Fragen hervorgetreten.

## Burkhard Ritz

## Bundestagsabgeordneter 1965-1980, CDU

Burkhard Ritz starb am 26. April im Alter von 93 Jahren. Der promovierte Landwirt aus Lingen schloss sich 1952 der CDU an, war von 1965 bis 1967 Mitglied des Bundesvorstands der Jungen Union und gehörte von 1975 bis 1983 dem CDU-Bundesvorstand an. Ritz, von 1972 bis 1980 stellv. Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, wirkte vorwiegend im Landwirtschaftsausschuss mit. Von 1982 bis 1994 war er Landtagsabgeordneter in Hannover und amtierte von 1980 bis 1986 als niedersächsischer Finanzminister sowie von 1986 bis 1990 als Landwirtschaftsminister, jeweils im Kabinett von Ernst Albrecht.

## Werner Kuhn

## Bundestagsabgeordneter 1994-1998, 2001-2005, CDU

Am 19. Mai wird Werner Kuhn 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Zingst trat 1992 der CDU bei und war Kreisvorsitzender in Güstrow. Von 1990 bis 1992

## 19. APRIL

amtierte er als Bürgermeister in Zingst und von 1992 bis 1994 als Landrat des Kreises Ribnitz-Damgarten. Von 2006 bis 2009 gehörte Kuhn dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und von 2009 bis 2019 dem Europäischen Parlament an. Im Bundestag wirkte er im Verkehrs-, im Tourismus- sowie im Vermittlungsausschuss mit. 2001 und 2002 war er Vorsitzender des Ausschusses für Angelegenheiten der Neuen Länder.

## 26. APRIL

Günter Wichert  
Bundestagsabgeordneter 1969-1974, SPD

Günter Wichert vollendet am 20. Mai sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Historiker und wissenschaftliche Mitarbeiter aus Göttingen, SPD-Mitglied seit 1960, war Mitglied des Unterbezirksvorstands Göttingen und gehörte von 1970 bis 1974 dem Bezirksvorstand Hannover an. Von 1974 bis 1976 amtierte er als Staatssekretär im niedersächsischen Wissenschaftsministerium. Von 1982 bis 2000 war er Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Wichert arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit.

## 26. APRIL

Eva Möllring  
Bundestagsabgeordnete 2005-2009, CDU

Eva Möllring wird am 20. Mai 70 Jahre alt. Die promovierte Juristin und Rechtsanwältin aus Hildesheim schloss sich 1989 der CDU an, war von 1995 bis 2003 stellv. Landesvorsitzende der Frauen Union in Niedersachsen und von 2003 bis 2015 Vorsitzende. 2001 wurde sie stellv. Bundesvorsitzende. 2003 zog sie in den CDU-Landesvorstand in Niedersachsen ein. Von 1991 bis 2005 gehörte Möllring dem Kreistag in Hildesheim an. Im Bundestag engagierte sie sich im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

## Christa Reichard

## Bundestagsabgeordnete 1994-2005, CDU

Christa Reichard wird am 20. Mai 70 Jahre alt. Die Diplom-Ingenieurin aus Dresden schloss sich 1990 der CDU an, war von 1990 bis 1995 stellv. Kreisvorsitzende und saß von 1993 bis 1995 im Bundesvorstand der Frauen Union. Von 1992 bis 1996 gehörte sie dem CDU-Bundesvorstand an. Im Bundestag wirkte

Reichard im Umwelt- sowie im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der Neuen Länder mit. Von 1994 bis 1998 war sie Vorstandsmitglied ihrer Bundestagsfraktion. Reichard war wiederholt als Bundesministerin im Gespräch.

## Werner Zywiets

## Bundestagsabgeordneter 1972-1983, 1987-1994, FDP

Am 21. Mai begeht Werner Zywiets seinen 85. Geburtstag. Der Diplom-Kaufmann aus Ammersbek/Kreis Stormarn trat 1964 der FDP bei, gehörte von 1970 bis 1994 dem FDP-Vorstand in Schleswig-Holstein an und war von 1983 bis 1985 Landesvorsitzender. Von 1984 bis 1990 gehörte er dem FDP-Bundesvorstand an. Von 1966 bis 1972 saß Zywiets im Stormarner Kreistag und von 1976 bis 1979 im Europäischen Parlament. Im Bundestag wirkte er vorwiegend im Haushaltsausschuss mit.

## Ulrich Klinkert

## Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 23. Mai wird Ulrich Klinkert 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Wittichenau/Landkreis Bautzen trat 1985 der CDU bei und war von 1990 bis 1997 Kreisvorsitzender in Kamenz-Hoyerswerda. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Klinkert, von 1990 bis 1994 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seiner Bundestagsfraktion, war danach bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Klinkert engagierte sich im Umwelt- sowie im Wirtschaftsausschuss und im Technologieausschuss.

## Ewa Klamt

## Bundestagsabgeordnete 2010-2013, CDU

Am 26. Mai wird Ewa Klamt 75 Jahre alt. Die Fremdsprachendozentin war von 1991 bis 1999 Ratsfrau sowie stellv. Bürgermeisterin in Gifhorn und von 1996 bis 2006 Mitglied des gleichnamigen Kreistags. Im Bundestag wirkte Klamt im Familien- sowie im Bildungsausschuss mit. Von 1999 bis 2009 gehörte sie dem Europäischen Parlament an.

85 JAHRE

90 JAHRE

70 JAHRE

70 JAHRE

70 JAHRE

70 JAHRE

bmh

## Verteidigungspolitik und Bundeswehr

## »Die konventionell stärkste Armee Europas«

Die neue Bundesregierung will die Bundeswehr massiv aufrüsten. Am Geld wird dies wegen der Entkopplung von Verteidigungsausgaben und Schuldenbremse nicht scheitern. Aber die Truppe hat massive Personalprobleme und es ist fraglich, ob sie ohne Wehrpflicht auskommt

Nicht weniger als die „konventionell stärkste Armee Europas“ soll die Bundeswehr in den kommenden Jahren werden. So kündigte es Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) am vergangenen Mittwoch in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag an. Das sei „dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Land Europas auch mehr als angemessen“ und die Bundesregierung werde den Streitkräften die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Rund fünf Stunden nach Merz' Regierungserklärung stellte denn auch Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in der Debatte zur Verteidigungspolitik der neuen Regierung fest: „Bedrohungslage geht vor Kas-

senlage.“ Nun muss sich Pistorius um das Geld in den kommenden Jahren keine oder deutlich weniger Sorgen machen als in der Vergangenheit. Durch die Entkopplung der Verteidigungsausgaben von mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von der Schuldenbremse, die der Bundestag noch in den letzten Tagen der zurückliegenden Legislaturperiode durch eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen hatte, habe man „deutlich mehr Flexibilität und Planungssicherheit“, sagte Pistorius.

Die Grünen-Abgeordnete Sara Nanni, deren Fraktion der Grundgesetzänderung zugestimmt hatte, bestätigte, dass die Bundesregierung das Geld brauchen werde, „um die Lücken beim Material zu stopfen, um die Lücken beim Personal anzugehen“. Zu-

gleich stellte Nanni aber auch fest: „Jetzt gibt es keine Ausreden mehr.“

## Verteidigungsausgaben der Nato sollen drastisch erhöht werden

Auf bis zu 3,5 Prozent des BIP könnten die Verteidigungsausgaben Deutschlands in den kommenden Jahren ansteigen müssen, stellte der CSU-Abgeordnete Thomas Erndl klar, wenn sich die Nato auf die von den USA und Nato-Generalsekretär Mark Rutte ausgegebene Zielmarke einigt. Bislang lag die geforderte Quote in der Nato bei mindestens zwei Prozent des BIP. Gemessen am deutschen BIP von 2024 würde der deutschen Wehretat auf rund 150 Milliarden Euro anwachsen. Hinzu kommen sollen jedoch weitere 1,5 Pro-

zent des BIP, die nach den Vorstellungen Ruttés auch für militärisch nutzbare Infrastruktur – etwa im Verkehrssektor – ausgegeben werden können. Für Deutschland würde sich das Gesamtaufkommen dann auf bis zu 215 Milliarden Euro belaufen. Wie realistisch dieses Fünf-Prozent-Ziel ist und wie viele der 32 Nato-Mitgliedstaaten es überhaupt finanzieren könnten, ist ungewiss. Außenminister Johann Wadephul (CDU) signalisierte jedoch auf dem Treffen der Nato-Außenminister in der Türkei am vergangenen Donnerstag schon mal Zustimmung zu Ruttés Vorschlag (siehe Seite 14).

Die stärkste konventionelle Armee Europas – diesen Status hat die Bundeswehr zuletzt in den 1980er Jahren während des Kalten Krieges für sich in Anspruch nehmen können – wenn man die Sowjetunion außen vor ließ. Mit einer Truppenstärke von rund 500.000 Soldaten, die im Verteidigungsfall durch die Einberufung von Reservisten auf 1,3 Millionen hätte anwachsen können, verfügte die Bundesrepublik nach den USA über die zweitstärkste konventionelle Streitmacht innerhalb der Nato.

Ein solcher Truppenumfang steht für die Bundeswehr allerdings nicht zur Diskussion. Allein schon, weil sich Deutschland im Zwei-plus-Vier-Vertrag verpflichtet hat, seine Streitkräfte auf maximal 370.000 Soldaten zu begrenzen. Zudem hat die Truppe schon jetzt größte Schwierigkeiten, die Soll-Stärke von 185.000 zu halten.

Teile der SPD stehen einer erneuten Wehrpflicht jedoch genau wie die Grünen- und die Linken-Fraktion ablehnend gegenüber. Sie sei dem „wehrdienst-kritischen Teil in der SPD“ dankbar, dass er sich in Koalitionsverhandlungen mit der Union durchgesetzt habe, befand Grünen-Abgeordnete Nanni.

## AfD fordert »ideelle Verteidigungsfähigkeit« der Bundeswehr

Der AfD-Abgeordnete Rüdiger Lucassen hingegen, der eigentlich für die Wehrpflicht ist und diese gerne auch auf Frauen ausweiten würde, hielt sich nach heftigen Auseinandersetzungen in seiner Partei um die Wehrpflicht vor der Bundestagswahl zurück in dieser Frage. Stattdessen mahnte Lucassen neben der materiellen und personellen Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr auch eine „ideelle Verteidigungsfähigkeit“, einen „uneingeschränkten Bezug der Soldaten zu Land und Volk“ an und verwies auf die Ukraine: Deren Soldaten kämpften seit drei Jahren gegen einen überlegenen Gegner und hielten Stand.

Die Linksfraktion wiederum lehnt eine Aufrüstung kategorisch ab. Die Bundesregierung wolle „mit dem historisch größten Aufrüstungsprogramm Deutschland ‚kriegstüchtig‘ machen, eine, wie ich finde, sehr verätherische Ausdrucksweise; denn Kriegstüchtigkeit geht bekanntlich weit über reine Verteidigungsfähig-



Rund 183.000 Soldaten dienen aktuell in der Bundeswehr. 203.000 sollen es bis 2031 sein.

© picture-alliance/dpa/Martin Schutt



Unsere Sicherheit darf nicht durch haushaltspolitische Zwänge gefährdet werden. Bedrohungslage geht vor Kas-

senlage.

VERTEIDIGUNGSMINISTER BORIS PISTORIUS



© picture-alliance/dpa-agentur

Es fehlen aktuell 2.000 Uniformierte. Bis 2031 soll die Bundeswehr eigentlich auf 203.000 Soldaten anwachsen, doch die Bewerberzahlen lassen dieses Ziel höchst unwahrscheinlich erscheinen.

## Pistorius setzt »zunächst« weiter auf freiwilligen Wehrdienst

Verteidigungsminister Pistorius kündigte deshalb in der vergangenen Woche an, die gesetzlichen Grundlagen für den „Neuen Wehrdienst“ zu schaffen, um den Truppenumfang mit der Ausweitung des freiwilligen Wehrdienstes zu erhöhen. Bereits in der vergangenen Legislatur hatte er eine entsprechende Gesetzesvorlage durch das Bundeskabinett gebracht, die aber wegen des vorzeitigen Bruchs der Ampelkoalition nicht mehr im Bundestag beschlossen werden konnte.

So sollen zukünftig alle jungen Männer bei Vollendung des 18. Lebensjahres verpflichtet werden, in einem Fragebogen Auskunft über eine mögliche Bereitschaft für einen Wehrdienst und ihren Fitnesszustand zu geben. Frauen sollen den Fragebogen auf freiwilliger Basis ausfüllen können. Aus dem Kreis der Willigen und Fitten sollen dann möglichst Wehrdienstleistende gewonnen werden. „Wir haben verabredet, dass wir zunächst auf Freiwilligkeit setzen“, führte Pistorius aus und fügte an: „Die Betonung liegt auf ‚zunächst‘, falls wir nicht hinreichend Freiwillige gewinnen können.“ Eine mögliche Rückkehr zur 2011 ausgesetzten Wehrpflicht ist für den Minister nicht vom Tisch.

keit hinaus“, monierte Ulrich Thoden. Zeitgleich plane die Bundesregierung Kürzungen bei den Sozialausgaben. Äußere und soziale Sicherheit dürften aber „nicht gegeneinander ausgespielt werden“.

Falko Droßmann (SPD) hielt entgegen, dass die territoriale Integrität eines Landes „leider“ die Voraussetzung für alle anderen Politikbereiche sei. Deshalb werde die Koalition Sorge tragen, dass „unsere Soldatinnen und Soldaten materiell und personell in der Lage sind, unser Land und unser Bündnis zu schützen“. Dazu gehöre auch der Schutz vor hybriden Angriffen auf Versorgungssysteme und kritische Infrastruktur, kündigte Droßmann an.

## Gesetz zum Schutz vor Sabotage, Spionage und Drohnen

So plant Verteidigungsminister Pistorius dem Bundestag ein Artikelgesetz zur militärischen Sicherheit vorzulegen: „Wir stärken die Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes, verbessern den Schutz vor Sabotage, Spionage und Drohnen und schaffen die Voraussetzungen, um die Brigade Litauen effektiv und dauerhaft zu schützen.“ Ebenso sollen die Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze, die im Fall eines Notstandes angewendet werden, reformiert werden. Sie stammten zum größten Teil noch aus den 70er- und 80er Jahren und „müssen umfassend und schnell ressortübergreifend und realitätsnah überarbeitet werden, angepasst an die technischen und strukturellen Rahmenbedingungen unserer Zeit“, führte Pistorius aus. Alexander Weinlein

## Auswärtiges Amt

# Der Neue schlägt einen Pflock ein

Außenminister Johann Wadepuhl will die Verteidigungsausgaben massiv steigern. Die Weltlage sei »brandgefährlich«, erklärt er im Bundestag

**A**ntrittsbesuch in Paris, Gespräche in Israel und in den Palästinensischen Gebieten, Nato-Treffen der Amtskollegen in der Türkei: Die Terminkalender von Chefdiplomaten sind rappendvoll, das bekommt auch Johann Wadepuhl als Außenminister im Kabinett Merz schnell zu spüren. Mit dem Juristen aus Schleswig-Holstein, seit 2009 Mitglied des Bundestages, lenkt seit bald sechs Jahrzehnten wieder ein Christdemokrat die Geschicke im Auswärtigen Amt.

Am Donnerstag schlug der Neue gleich einen Pflock ein. Wadepuhl stellte sich beim Treffen der Nato-Außenminister in Belek bei Antalya hinter die Forderung von US-Präsident Donald Trump nach einer massiven Steigerung der Verteidigungsausgaben der Nato-Staaten: auf fünf Prozent der Wirtschaftsleistung – 3,5 Prozent für Verteidigung, 1,5 Prozent für militärisch nutzbare Infrastruktur.

## Europäer und die USA sprechen von weiteren Sanktionen

Eine Botschaft richtete er in Richtung des russischen Präsidenten: Putin müsse realisieren, dass er im Ringen um einen Waffenstillstand im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine „dabei ist, seine Karten zu überreizen“, sagte der CDU-Politiker. Dass der Kreml-Chef das Angebot ausgeschlagen habe, in Istanbul direkt mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu verhandeln, werde Folgen haben. Es gebe in Europa eine große Entschlossenheit, über weitere Sanktionen zu entscheiden. Auch die US-Regierung gehe davon aus, dass vom Senat in Washington ein Sanktionspaket beschlossen werde, falls sich Putin nicht bewege.

Am Vortag hatte Wadepuhl in einer Erklärung zur Außen-, Europa- und Menschenrechtspolitik der neuen Bundesregierung im Bundestag Einblicke in seine Pläne als neuer Außenamtschef gegeben. „Brandgefährlich“ sei die Weltlage – mit Blick auf



Außenminister Johann Wadepuhl (rechts) mit seinem US-Amtskollegen Marco Rubio am Donnerstag in der Türkei

© picture-alliance/dpa

Israel und die Situation im Gazastreifen, mit Blick auf iranische Atomwaffenambitionen und mit Blick auf die russische Aggression gegen die Ukraine. „Die Ukraine hat jede Bereitschaft gezeigt, jetzt bedingungslos Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu führen“, betonte Wadepuhl. „Jeder, der Frieden in Europa will, muss jetzt verhandeln, und der Ball liegt im Feld von Herrn Putin.“ Markus Frohnmaier (AfD) rief in der Aussprache den neuen Außenamtschef zu einer „Zeitenwende hin zur Realität“ auf. Deutsche Interessen seien nicht deckungsgleich mit ukrainischen. „Es liegt nicht im Interesse Deutschlands, Milliarden an Steuergeldern und tonnenweise Waffen in das bodenlose Fass Ukraine zu werfen.“ Die Krim und weite Teile der Ostukraine würden nicht unter ukrai-

nische Kontrolle zurückkehren. „Diese Wahrheit anzunehmen, ist kein Verrat, sondern Realpolitik.“

## Freiheit, Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit von Grenzen

Siemtje Möller (SPD) kündigte für ihre Fraktion an, weiter an der Seite der Ukraine zu stehen. „Wir unterstützen die Ukraine politisch, humanitär, wirtschaftlich und auch militärisch. Nicht, weil wir den Krieg, sondern weil wir einen auf Souveränität, Gleichheit und Gerechtigkeit beruhenden Frieden wollen.“ Die Ukraine verteidige nicht nur ihr eigenes Land, sie kämpfe für Freiheit, Selbstbestimmung und die Unverletzlichkeit von Grenzen – mithin „für die Prinzipien, auf denen unsere internationale Ordnung beruht“, sagte Möller.

Agnieszka Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf eine Äußerung des CDU-Abgeordneten Thomas Bareiß zur Nord-Stream-Pipeline sowie auf ein Treffen des SPD-Abgeordneten Ralf Stegner mit russischen Vertretern und attestierte der Koalition ein Glaubwürdigkeitsproblem: „Kaum regieren Union und SPD wieder zusammen, erwachen die Zombies der alten Moskau-Connection wieder zum Leben.“ Nie wieder dürften sich die Fehler früherer Bundesregierungen wiederholen, „dass wir unsere Energieversorgung abhängig machen vom Kriegsverbrecher im Kreml und seine Kriegskassen erneut füllen“.

Lea Reinsner (Die Linke) forderte eine „neue, eine linke Außenpolitik“. Dazu gehörten ein Ende von Waffenexporten, ein Schuldenerlass für Länder

des globalen Südens, Klimagerechtigkeit und sichere Fluchtwege für Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Hunger fliehen. „Wir wollen keine Weltordnung, in der das Recht des Stärkeren gilt, sondern eine, in der die Menschenrechte nicht vom Pass abhängig sind.“

Norbert Röttgen (CDU) rief dazu auf, „Sicherheit in Europa als unsere europäische Aufgabe und Verantwortung“ anzunehmen und nicht mehr als in erster Linie amerikanische zu verstehen. Keinen Illusionen wollte sich Röttgen gegenüber Russlands Führung hingeben: „Putin will Krieg. Putin will nicht verhandeln. Er kommt nicht freiwillig zur politischen Lösung, sondern wir brauchen Druck auf Putin, und wir brauchen die militärische und zivile Unterstützung der Ukraine.“

Alexander Heinrich ■

## Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

# »Essenziell für die deutsche Sicherheitsarchitektur«

Ressortchefin Reem Alabali-Radovan (SPD) will die Entwicklungspolitik neu aufstellen – im Dreiklang mit Außen- und Verteidigungspolitik

Reem Alabali-Radovan ist mit 35 Jahren das jüngste Mitglied der neuen Bundesregierung – und die einzige Ministerin mit Migrationserfahrung. Sechs Jahre alt war sie, als ihre Eltern mit ihr vor den politischen Verhältnissen im Irak flohen. Als Flüchtlingskind wohnte Alabali-Radovan mit ihren Eltern in einer Aufnahmeeinrichtung in Mecklenburg-Vorpommern, wo sie Deutsch lernte und mit vielen Geflüchteten aus aller Welt auf engstem Raum zusammenlebte. Eine „harte Zeit“, über die ihre Familie bis heute kaum rede, berichtete sie 2023 in einem Interview mit der ZEIT.

Heute lebt Alabali-Radovan in Schwerin – und macht deutlich, dass ihre Erfahrungen auch ihr politisches Handeln prägen, nun als Chefin des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). „Durch meine familiären Wurzeln weiß ich, wie es den Menschen in Regionen geht, die von politischer Unsicherheit, Krisen, Kriegen und Perspektivlosigkeit geprägt sind“, sagte sie am Mittwoch, als sie im Bundestag ihr Regierungsprogramm vorstellte. Aber sie wisse auch, „welche Auswirkungen es auf uns in Deutschland hat, wenn wir für

diese Krisen keine gemeinsamen Lösungen finden, wenn Menschen keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Heimat verlassen zu müssen“. Für Alabali-Radovan führt angesichts der Herausforderungen in der Ukraine, in Gaza und anderswo, an einer Neuaufstellung der Entwicklungspolitik „kein Weg vorbei“. Erst recht, seit die USA sich aus der Entwicklungszusammenarbeit zurückgezogen haben. Entwicklungspolitik müsse heute als essenzieller Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur neu gedacht werden, im Dreiklang mit Außen- und Verteidigungspolitik, erklärte die Ministerin. Und kündigte zudem die Bildung einer „Nord-Süd-Kommission“ an, mit der die Beziehungen mit den Ländern des Globalen Südens ausgebaut werden sollen.

## AfD pocht weiter auf Abschaffung des Ministeriums

Die Gegenrede dazu kam erwartungsgemäß von der AfD-Fraktion, die das BMZ seit jeher abschaffen und die Mittel für Entwicklungspolitik massiv kürzen will, wie Markus Frohnmaier unterstrich. Der Kurswechsel in der Entwicklungszusam-

menarbeit müsse lauten: „Deutschland zuerst!“. Bei der Entwicklungshilfe sollte es um „Wirtschaftsförderung mit Lieferbindungen, freien Handel und Zugang zu Rohstoffen statt Gender-Gaga und Klimaideologie“ gehen.

Andreas Jung (CDU) mochte keinen Widerspruch zwischen Werten und Interessen sehen. Es gehe bei der Entwicklungspolitik darum, „Menschenrechte, Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit hier und außenpolitische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen dort“, zusammenzubringen. „Das muss eine Politik aus einem Guss sein.“

Sanae Abdi (SPD) forderte, die Strukturen zukunftsfähig zu machen, damit es in vier Jahren nicht erneut eine Diskussion über die Abschaffung des BMZ, die öffentlichen Entwicklungsleistungen „oder gar die Relevanz eines ganzen Politikfeldes“ gibt.

Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) appellierte an Alabali-Radovan, „eine wertegeleitete, feministische, menschenrechtsbasierte Entwicklungspolitik“ zu verteidigen. Auch warnte sie davor, insbesondere bei Klima und Biodiversität zu sparen. Der Klimawandel sei ein Risiko für Sicherheit, Stabilität und Menschenwürde weltweit.

Charlotte Neuhäuser (Die Linke) forderte eine globale Steuer für Superreiche, „echte Umverteilung“ und eine Wiedereinführung des deutschen Lieferkettengesetzes. Ihrer Ansicht nach hat sich die deutsche Entwicklungspolitik zuletzt immer stärker auf geopolitische Sicherheitsinteressen ausgerichtet.

Für die junge Ministerin, die mit einem Etat von derzeit etwas mehr als elf Milliarden Euro eines der kleineren Ministerien übernimmt, dürfte vor allem die Finanzierung ihrer Vorhaben zur Herausforderung werden; wie schon in den letzten Legislaturperioden sind weitere Kürzungen beim BMZ-Etat angesichts knapper Kassen zu erwarten.

Alabali-Radovan machte ihre Haltung dazu schon mal klar: „Wir müssen mehr investieren.“

Johanna Metz ■



Entwicklungministerin Reem Alabali-Radovan (SPD), jüngste Ministerin im Merz-Kabinett, traf am Mittwoch UN-Generalsekretär Antonio Guterres in Berlin.

© picture alliance/BMZ/photothek.de/Kira Hofmann

## Europapolitik der neuen Bundesregierung

## Brüssel erwartet Führung

Unter Olaf Scholz fiel die Bundesrepublik weitgehend als treibende Kraft in der EU aus. Nun hoffen viele, dass Friedrich Merz an seine Vorgänger Helmut Kohl und Angela Merkel anknüpft und seine Autorität in Brüssel nutzt

Beim nächsten EU-Gipfel am 26. Juni werden in Brüssel alle Augen auf Friedrich Merz gerichtet sein. Wird er eine Führungsrolle in Europa einnehmen, so wie es seine CDU-Vorgänger im Amt, Helmut Kohl und Angela Merkel, über Jahre getan haben? „Der deutsche Bundeskanzler hat als Regierungschef des größten Mitgliedslandes automatisch Gewicht am Verhandlungstisch“, sagt ein hoher EU-Beamter. Entsprechend hoch sind die Erwartungen. Nicht nur, weil Deutschland seit dem Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition Anfang November auf der europäischen Bühne so gut wie nicht präsent war. Merz' direkter Vorgänger Olaf Scholz (SPD) hat seine Autorität auf EU-Ebene außerdem kaum genutzt. Scholz habe nie wirklich seinen Platz im Rat der EU gefunden, urteilt Janis Emmanouilidis von der Brüsseler Denkfabrik European Policy Centre. Merz müsse nun eine „konstruktivere Rolle“ spielen. EU-Ratspräsident António Costa äußerte sich zuversichtlich: „Neues Führungspersonal heißt immer neue Energie und neue Ideen.“

## Merz hat sich Sachverstand ins Kanzleramt geholt

Die erste Brüssel-Reise des neuen Bundeskanzlers am 9. Mai fiel an seinem dritten Amtstag symbolträchtig mit dem Europa-Tag zusammen. Während seiner Antrittsbesuche bei den EU-Institutionen zeigte er, dass er bereit ist, Europa voranzubringen. Auch kommt in Brüssel gut an, dass sich Merz Sachverstand ins Kanzleramt geholt hat. Sein europapolitischer Berater Michael Clauss war seit 2018 deutscher EU-Botschafter in Brüssel und kennt die Fallstricke des EU-Betriebs wie kaum ein anderer. Auch sein Wirtschaftsberater Levin Holle, zuvor Vorstand bei der Deut-



Wird Merz in der EU vorangehen? Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wies Bundeskanzler Friedrich Merz bei dessen Antrittsbesuch am 9. Mai schon mal den Weg.

© picture alliance/Wiktor Dabkowski

schen Bahn, ist mit EU-Themen vertraut aus seiner Zeit im Bundesfinanzministerium. Und wenn Merz betont, dass er auch die Belange der kleinen EU-Mitgliedsländer berücksichtigen will, dann klingt das, als sei er bei Kohl in die Lehre gegangen. Gemessen wird Merz, der von 1989 bis 1994 Europa-Abgeordneter war, allerdings an seinen Taten – und da ergibt sich in den ersten Tagen ein sehr gemischtes Bild. Dass er an seinem zweiten Amtstag nach Paris und Warschau reiste, brachte ihm Beifall ein. Er signalisierte damit nicht nur den Willen, die deutsch-französischen Beziehungen zu beleben, die unter Scholz eingeschlafen wirkten.

Merz setzte damit auch das Zeichen, dass ihm die Erweiterung des Duos um Polen so wichtig ist wie einst Kohl und Merkel.

Beim Thema Ukraine hat Merz bewiesen, dass es ihm ernst ist mit dem Bau von Koalitionen – sogar jenseits der EU. Er weiß, dass ein Ex-Mitgliedstaat wie Großbritannien von zentraler Bedeutung ist. Kurzfristig überzeugte Merz Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Großbritanniens Premier Keir Starmer und Polens Premier Donald Tusk zu einer Reise in die Ukraine, wo sie ihre Solidarität bekundeten und in Abstimmung mit US-Präsident Donald Trump die Weichen für Friedensverhandlungen stellten.

Das Thema Verteidigung birgt indes Konfliktpotenzial. In der EU und Ländern wie Frankreich und Spanien gibt es viele Stimmen, die Europas Ausrüstung über gemeinsame Schulden finanzieren wollen. Die Ampel-Regierung hatte das abgelehnt. Merz zeigte sich zwar gesprächsbereit, machte aber auch klar, dass gemeinsame Schulden in Europa, wie sie etwa für den Corona-Wiederaufbauplan aufgenommen wurden, die „absolute Ausnahme“ bleiben müssten. Mächtig Ärger hat sich Merz in Brüssel mit seiner Migrationspolitik eingehandelt. Denn die Grenzkontrollen, die Deutschland seit neuestem praktiziert, waren nicht ausreichend

mit den Nachbarn abgestimmt. So herrscht in Polen Unmut über die Staus, die durch die Kontrollen entstehen – was Polens Ministerpräsident Tusk Merz auch deutlich kommunizierte. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen äußerte sich Merz gegenüber diplomatisch, wohl wissend, dass die Experten in ihrer Behörde den Ansatz von Merz sehr kritisch sehen. Sie wies aber darauf hin, dass das EU-Recht Kontrollen an den Binnengrenzen nur zeitlich begrenzt erlaube. Merz bemühte sich um Schadensbegrenzung. Doch der Umgang mit Schutzsuchenden an den deutschen Grenzen bleibt umstritten.

## Signal der Einigkeit im Zollstreit mit den USA

Im Zollstreit mit den USA liegt Merz auf einer Linie mit der EU-Kommission, die für die Handelspolitik zuständig ist. Trump machte er in einem Telefonat klar, dass die EU sich nicht auseinanderrücken lasse. Vor seinem noch nicht terminierten Besuch in Washington will er sich eng mit der Kommission abstimmen. In Brüssel sagte Merz, ihm wäre es am liebsten, wenn sich die EU und die USA einigen würden, die Zölle auf beiden Seiten auf null zu senken. Insgesamt pocht er auf mehr Tempo bei Freihandelsverträgen, etwa mit den Mercosur-Staaten in Lateinamerika. Ein Wunsch an die Adresse des neuen Bundeskanzlers eint Brüssel und die EU-Staaten: Alle wollen, dass in Deutschland nach Jahren der Stagnation das Wirtschaftswachstum wieder anspringt. „Deutschland ist essenziell für unsere gemeinsame Wirtschaft“, sagte EU-Ratspräsident António Costa. Auch daran wird sich Merz messen lassen müssen.

Silke Wettach

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Brüssel.

## Roderich Kiesewetter (CDU) zur deutschen und europäischen Ukrainepolitik

## »Lenkt Putin nicht ein, liefern wir Taurus«

Der Außenpolitiker warnt vor einem zu vorsichtigen Umgang mit Russland. Sicherheit in Europa könne es mit Putin nicht geben

**Herr Kiesewetter, erstmals seit Frühjahr 2022 haben Russland und die Ukraine wieder miteinander verhandelt. Wie erfolgreich können solche direkten Gespräche sein?**

Sie sind aktuell irrelevant. Putin wird nicht von seinen Positionen abweichen und die USA haben ihm schon reichlich Zugeständnisse gemacht, die für die Ukraine inakzeptabel sind: Sie soll auf die Krim und andere besetzte Gebiete verzichten, keine Waffen mehr erhalten und es dürfen keine westlichen Truppen stationiert werden. Russland geht es um die Unterwerfung der Ukraine, nicht um ihre Souveränität oder Frieden.

**Militärisch sieht es für Russland weiterhin nicht so aus, als könnte es den Krieg schnell gewinnen. Erhöht das nicht den Druck auf Putin?**

Es stimmt, militärisch beißt Russland sich die Zähne aus – die ukrainische Armee verteidigt sehr erfolgreich. Aber Russland ist noch auf zwei anderen Kriegsschauplätzen aktiv, und das erfolgreich: Es zerstört im zivilen Sektor jeden Tag Schulen, Elektrizitätswerke und Krankenhäuser und macht so die ukrainische Bevölkerung müde. Und die hybride Kriegsführung wirkt durch Sabotage, Spionage, Falsch- und Desinformation wie ein

schleichendes Gift auf die Menschen – vorrangig in Europa.

**Die USA haben mit einem Rückzug aus den Verhandlungen gedroht, wenn es nicht bald eine Lösung gibt. Was kann die EU dann noch tun?**

Sie muss die Ukraine schnell in die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen integrieren. Dazu gehört ein EU-Beitritt, sobald die Bedingungen erfüllt sind, und die Nato-Aufnahme. Das sind übrigens Kernpositionen von CDU und CSU, ich hoffe, dass die neue Bundesregierung sie weiter vertreten wird. Europa muss seine Sicherheit selbst organisieren – mit der Ukraine und gegen Russland.

**In Ihrer Partei, der CDU, gibt es Stimmen, die neue Gasimporte aus Russland und eine Normalisierung der Beziehungen nach einem möglichen Kriegsende in Betracht ziehen.**

Wer denkt, dass man mit Russland wieder Handel treiben und damit Sicherheit schaffen kann, verkennt, dass Putin genau auf diese Karte setzt und geopolitisches Erpressungspotential schaffen will. Wir sollten nicht vergessen, dass seine Forderungen an Europa dieselben sind wie im Dezember 2021: Abzug der Amerikaner und ihrer Nuklearwaffen, Austritt der frü-

heren Warschauer Pakt-Staaten aus der Nato und Austritt der Ex-Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen aus Nato und EU. Dass er davon nie abgerückt ist, sollten wir in der Realpolitik nüchtern anerkennen und auch jenen deutlich machen, die aus Hoffnung und Romantik heimlich in die Beziehungen zu Russland investieren wollen.

**Das Ultimatum für eine Waffenruhe hat Putin ungerührt verstreichen lassen, obwohl die EU noch schärfere Sanktionen vorbereitet. Beeindrucken die Putin überhaupt?**

Sie könnten ein gutes Druckmittel sein, aber leider haben Ungarn und Deutschland in der Vergangenheit notwendige Verschärfungen oft verhindert. Etwa liefern wir weiter Fräsmaschinen an Russland, obwohl man mit denen eben nicht nur Krankenhausbetten, sondern auch Artilleriegeschütze fräsen kann. Wir exportieren Nitrocellulose, mit der man Kohle zum Heizen abbauen, aber auch Sprengstoffe und Bomben herstellen kann. Wir sanktionieren bislang nur zirka 140 von mehr als tausend Schatenschiffen, die unter Umgehung der Sanktionen Öl liefern. Und wir schonen russische Banken, damit, wie es heißt, arme deutschstämmige Mütter

in Russland weiter ihre Rente bekommen. Es spricht viel dafür, dass die neue Bundesregierung bei dieser Zurückhaltung bleibt. Sie hat klar gemacht, dass sie in der Außenpolitik auf Kontinuität setzen will.

**Bundeskanzler Merz hat sich mit europäischen Amtskollegen in Kiew für eine Friedenslösung eingesetzt. Fehlenden Willen kann man ihm doch schwerlich unterstellen.**

Es war ein starkes Signal, dass die

Bundesrepublik mit ihm wieder der „Koalition der Willigen“ zur Unterstützung der Ukraine beigetreten ist. Aber entscheidend ist: Bekommt die Ukraine mehr Waffen? Gibt es ein Wiederaufbauprogramm? Werden die eingefrorenen russischen Vermögen für die Ukraine freigegeben? Bisher fließt nur ein Bruchteil der deutschen Ukraine-Hilfen in die Militärhilfe, das meiste an die ukrainischen Flüchtlinge. Das muss sich ändern.

**Sollte die Bundesregierung jetzt Taurus-Marschflugkörper liefern, mit denen die Ukraine auf russischem Gebiet angreifen kann? Merz äußert sich dazu öffentlich nicht mehr; Details über Waffenlieferungen will er ab sofort geheim halten.**

Es ist richtig, nicht ständig über einzelne Waffenlieferungen zu debattieren. Taurus wäre ein starkes Signal an Putin, deshalb sollten wir jetzt längst mit der Ausbildung der Ukrainer an den Systemen beginnen. Lenkt Putin nicht ein, liefern wir. Lenkt er weiter nicht ein, kommt Taurus zum Einsatz. Aber wenn wir mit Militärhilfe wirklich etwas bewegen wollen, müssen wir uns von der Symbolik einzelner Waffensysteme trennen – es kommt auf die Masse an.

Das Interview führte Johanna Metz

## ZUR PERSON

Roderich Kiesewetter (CDU) hat viele Jahre als Offizier bei der Bundeswehr gedient und sitzt seit 2009 als direkt gewählter Abgeordneter für seinen Wahlkreis Aalen-Heidenheim im Bundestag. Er ist bislang Obmann der Unionsfraktion im Auswärtigen Ausschuss und Vize-Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums.



© DBT/Stella von Saldern

## Mutmaßliche Sabotage am Meeresgrund

Seit dem Anschlag auf die Nordstream-Pipelines 2022 wurden wiederholt Kabel und eine Pipeline in der Ostsee beschädigt:



## Gefährliche Anker und Algorithmen

# Hybrider Krieg

Spähdrohnen, sabotierte Datenkabel, Cyberangriffe: Immer häufiger wird kritische Infrastruktur in Europa zum Ziel hybrider Attacken. Experten warnen schon lange vor der Gefahr, die etwa von Hackern und Schattenflotten feindlicher Mächte für digitale Netze, Verkehrswege und Energieanlagen ausgehen. Doch wie lassen sich diese Lebensadern unserer Gesellschaft besser schützen?

In der Weihnachtszeit 2024 machte die „Eagle S“ fette Beute in der Ostsee. Das Schiff warf dafür kein Netz aus, sondern seinen Anker. Den schleifte der Tanker rund hundert Kilometer hinter sich her und durchtrennte dabei ganze fünf Leitungen auf dem Meeresgrund. Vier Datenkabel und ein Stromkabel wurden beschädigt. Ein Versehen? Wohl kaum, sagt Hans-Werner Wiermann, Generalleutnant der Bundeswehr a.D. Denn die „Eagle S“ – Teil der russischen Schattenflotte – ist das dritte Schiff in Folge, das mit einem solchen Manöver wichtige Leitungen in der Ostsee zerstört. „Drei Schiffe, die nacheinander einen Anker über zig nautische Meilen hinter sich herziehen – und der Kapitän behauptet, er hätte das nicht gemerkt? Ich halte das für unglaubwürdig“, so Wiermann. Wiermann war viele Jahre für die Nato tätig. Eigentlich schon im Ruhestand, erreichte ihn 2023 ein Anruf aus dem Büro des Nato-Generalsekretärs in Brüssel. Er wurde gebeten, die Leitung einer Koordinierungszelle zum Schutz von Unterwasserinfrastruktur zu übernehmen. Der Anschlag auf die Nordstream-Pipeline 2022 hatte Öffentlichkeit und Politik aufgeschreckt. Und die Vorfälle rissen nicht ab: Im Herbst 2023 wurde die Pipeline Balticconnector zwischen Finnland und Estland gekappt, sowie Datenkabel in der Ostsee. Im November 2024 wurden zwei weitere Datenkabel in der Ostsee durchtrennt, die Finnland und Deutschland sowie Schweden und Litauen verbinden. In beiden Fällen werden chinesische Frachter verdächtigt, die ihre Anker über lange Strecken über den Meeresboden zogen. Doch Wiermann geht auch hier von russischer Einflussnahme aus. „Ich glaube, der russische Geheim-

dienst ist clever genug, die Spuren in Richtung China zu legen, ohne dass die Chinesen daran wirklich ernsthaft beteiligt sind.“ So entsteht das Bild, Europa habe es mit zwei geeinten Widersachern zu tun: China und Russland. Das helfe, „die destabilisierende Wirkung auf unsere Bevölkerung zu verstärken“.

### Russland greift Europas Staaten mit hybriden Mitteln an

Im Konflikt mit Europa setzen Länder wie Russland und China auf hybride Attacken, die sich leugnen lassen und unterhalb der Schwelle einer Kriegserklärung liegen. Diese reichen von Desinformation und Social-Media-Kampagnen bis hin zu Mordanschlägen. Auch Spionage und Sabotage gehören zum Arsenal. Dabei gerät vor allem die kritische Infrastruktur ins Fadenkreuz – an Land, aber auch unter Wasser. Sicherheitsexperten wie Frederik Mertens warnen davor schon länger: Sabotieren feindlich gesinnte Staaten Tiefseeleitungen, sprechen Fachleute wie er von „Seabed Warfare“ – Kriegsführung am Meeresgrund. Der Analyst und Militärhistoriker an der Denkfabrik The Hague Center for Strategic Studies im niederländischen Den Haag hat sich die möglichen Bedrohungen für Anlagen in der Nordsee genauer angeschaut. Neben der Ostsee ist sie ein ebenso lohnendes Ziel. Überall schlängeln sich Pipelines und Kabel über den Meeresboden, entstehen neue Windparks und Offshore-Umspannwerke. „Die Unterwasserinfrastruktur ist angreifbar, die Pipelines und Kabel. Es gibt die Knotenpunkte, an denen sie alle miteinander verbunden sind, und es gibt die Anlandepunkte. Das ist alles physisch verwundbar.“ Die Vorfälle in der Ostsee zeigen:

Manchmal reicht ein Anker. Doch längst gibt es auch autonome Drohnen, die in Tiefen von mehreren Tausend Metern vordringen und mit Werkzeugen und Sprengsätzen ausgerüstet werden können. Angriffe auf die Strom- oder Datenkabel könnten dazu führen, dass Internetseiten nicht mehr laden, Windräder sich nicht mehr drehen oder schlimmstenfalls in einer gesamten Region der Strom ausfällt, so Mertens. „Ein gut koordinierter Angriff könnte unsere Energiereserven ernsthaft beeinträchtigen.“ Auch vor Cyberangriffen ist kritische Infrastruktur nicht sicher. Als Ende April ein Blackout Spanien und Portugal über Stunden nahezu lahmlegte, waren die Befürchtungen groß, dass Hacker dafür verantwortlich gewesen sein könnten. Belege existieren dafür bislang zwar nicht. Doch in den vergangenen Jahren gab es immer wieder direkte oder indirekte Attacken gegen Offshore-Windanlagen. Unternehmen wie Deutsche Windtechnik, Vestas oder Enercon, berichteten von Schadsoftware, die ihre IT-Systeme lahmlegte und von Ransom-

Es geht darum, diese schwachen, verwundbaren Bereiche einer Gesellschaft zu finden, auf die wir uns verlassen, in die wir aber nicht genau investieren.

CYBEREXPERTE THADDEUS GRUGQ

ware-Angriffen. Dabei dringen Hacker in IT-Systeme ein, verschlüsseln Daten und fordern anschließend ein Lösegeld. Oft stecken staatliche Akteure oder kriminelle Gruppen dahinter, die von feindlichen Staaten toleriert werden.

Am Tag des russischen Einmarsches in die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde ein Satellitennetzwerk der US-Firma Viasat zum Ziel eines Cyberangriffs. Verdächtigt wurden russische Hacker. Unzählige Satellitenmodems in Europa fielen dadurch aus. Auch das deutsche Unternehmen Enercon war betroffen: Durch den Ausfall der Satellitenkommunikation konnten Mitarbeiter nicht mehr auf etwa 5.800 Windenergieanlagen zugreifen. Die Turbinen produzierten weiterhin autonom Strom, aber sie konnten nicht mehr aus der Ferne überwacht oder gesteuert werden. Auch Krankenhäuser geraten immer wieder ins Visier von Hackern. Kliniken von Barcelona bis Berlin wurden in den vergangenen fünf Jahren gezwungen, zeitweise ohne Computer auszukommen und auf Stift und Papier umzustellen. Tausende Operationen mussten abgesetzt werden. Rettungsstellen stellten ihre Arbeit ein. Mit teils tödlichen Folgen. Allein in Deutschland wurden dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 2024 mehr als

760 Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur gemeldet. Ein Anstieg von mehr als 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ein Beispiel aus der Ukraine zeigt aber: Manchmal erzielen Angreifer die größte Wirkung mit der Zerstörung weniger offensichtlicher Ziele.

Am ersten Weihnachtstag 2024 stoppten und beschlagnahmten finnische Behörden die „Eagle S“ in der Ostsee. Das Schiff steht im Verdacht, Schäden an einer Stromleitung zwischen Estland und Finnland sowie vier Datenkabeln vorsätzlich mit seinem Anker verursacht zu haben, indem es diesen über den Meeresboden schleifte. Nach Einschätzung der EU sowie finnischer Behörden gehört der auf den südpazifischen Cookinseln registrierte Öl-Tanker zur russischen Schattenflotte. © picture-alliance/dpa/Lehtikuva/Jussi Nukari



Im Dezember 2024 hackte Russland verschiedene Verwaltungsdatenbanken der Ukraine. Betroffen waren etwa Geburtenregister, Heiratsregister und Handelsregister, berichtete der Cyberexperte Thaddeus Grugq im Rahmen einer Veranstaltung des Think Tanks Interface Ende März. Den Hackern gelang es damit, Infrastruktur auszuschalten, die für die meisten Menschen unsichtbar war. „Es geht darum, diese schwachen, verwundbaren Bereiche einer Gesellschaft zu finden, auf die wir uns verlassen, in die wir aber nicht genug investieren“, so Grugq. „Gelingt es, ein paar dieser Dinge zu löschen, verursacht das wochenlang Probleme und ist sehr, sehr frustrierend für die betroffenen Menschen.“

### Das Ziel: Gesellschaften verunsichern und destabilisieren

Hybride Angriffe – egal ob Cyberattacken, Brandanschläge oder Desinformation – haben vor allem das Ziel, die getroffenen Gesellschaften zu verunsichern und das Vertrauen in die eigenen Institutionen zu schwächen. Eine neue Studie der niederländischen Denkfabrik Clingendael zeigt, dass das funktioniert: Die Niederländer halten Cyber-Sabotage und physische Sabotage kritischer Infrastruktur 2025 für die größten Bedrohungen. Was also tun, um sich gegen hybride Angriffe zu wehren? Cyberexperte Thaddeus Grugq empfiehlt, wichtige digitale Dienste in die Cloud zu verschieben, also Rechenzentren großer Anbieter zu nutzen. Diese könnten viel besser für die Sicherheit sorgen als etwa „der lokale IT-Verantwortliche im Landwirtschaftsamt“. „Die großen Cloud-Anbieter investieren, sie halten die Software auf dem neuesten Stand, erstellen Backups und verwalten



die Authentifizierung.“ Und sie haben das nötige Personal. Allein in Deutschland werden laut einer Studie des Digitalverbandes Bitkom im Jahr 2040 rund 663.000 IT-Fachleute fehlen. Schon jetzt können 149.000 offene Stellen im IT-Bereich nicht besetzt werden.

Die Ukraine habe innerhalb eines Monats die gesamte Regierungsarbeit digitalisiert, in die Cloud verlagert und so für größere Sicherheit gesorgt, so Grugq. Auch in Ländern wie den Niederlanden ist die Digitalisierung weit fortgeschritten. Dort wird jedoch debattiert, ob es sicher ist, sensible Daten weiterhin auf Servern ausländischer Firmen zu speichern. Denn die meisten Cloud-Anbieter sind US-amerikanische Firmen. Durch die Unberechenbarkeit der neuen Trump-Regierung sehen viele Politiker in der Abhängigkeit zunehmend eine Gefahr für die nationale Sicherheit.

Auf europäischer Ebene wünscht sich Thaddeus Grugq einen besseren Austausch von Informationen. „Eine gemeinsame Infrastruktur, um Wissen auszutauschen, wäre hilfreich.“ Denn Cyberangriffe sind so grenzüberschreitend wie das Internet. Das macht es oft schwer bis unmöglich, die Täter zu greifen.

In Brüssel versucht man das Problem anzugehen: Im Rahmen einer neuen Sicherheitsstrategie plant die EU-Kommission, Europol mit einem neuen Mandat auszustatten. So soll die Polizeibehörde künftig auch in Fällen hybrider Angriffe wie Sabotage und Desinformation ermitteln. Doch die Beweisführung ist schwierig, auf dem Meeresboden wie im Netz. Nach den Manövern der „Eagle S“ zeigten Bilder einer schwedischen Unterwasser-Drohne zwar Schleifspuren auf dem Meeresboden, die wahrscheinlich vom Anker des Öl-Tankers stammten. Außerdem konnten

die Behörden einen beschädigten Anker des Schiffs bergen, der bei der Aktion abgerissen wurde. Doch was Absicht und was Unfall war, lässt sich schwer beweisen.

#### Nato reagiert mit mehr militärischer Präsenz und Überwachung

Die Nato setzt deswegen auf Abschreckung, durch Präsenz und eine bessere Überwachung. Ende 2024 fand vor der finnischen Küste die jährliche Nato-Übung „Freezing Winds“ statt. Und Anfang 2025 begannen die Nato-Staaten mit der Mission „Baltic Sentry“. Seitdem fahren Marine-Schiffe in der Ostsee Patrouille. Wiermann und seine Nato-Kollegen haben zudem neue Konzepte entwickelt, um verdächtige Schiffe zu identifizieren.

„Es kommt ganz wesentlich darauf an, dass man verdächtige Bewegungen in der Nähe von kritischer Unterwasser-Infrastruktur in Echtzeit erkennen kann.“ So will man sicherstellen, „dass die andere Seite nicht behaupten kann, sie sei es nicht gewesen“. Die Daten für die Überwachung kommen aus drei Quellen: Von den häufig privaten Betreibern der Infrastruktur, von den Nachrichtendiensten der Nato-Länder und von den AIS-Sendern,

mit denen jedes Schiff die eigenen Standortdaten funkt. Zudem können Satellitenaufnahmen unterstützen, Schiffe zu identifizieren.

Künstliche Intelligenz soll helfen, all die Daten zu analysieren. Lässt man die Maschine dann noch wissen, wo die kritische Infrastruktur liegt, kann sie bei verdächtigen Bewegungen Alarm schlagen und einen Punkt auf der Karte aufleuchten lassen. „Die Technologie dazu ist in weiten Teilen verfügbar. Wir sind auch relativ weit, diese Teile miteinander zu verbinden. Aber natürlich werden wir lernen müssen“, so Hans-Werner Wiermann. „Wir wollen nicht jede Stunde hundert rote Punkte haben. Das müssen wirklich die Fälle sein, die kritisch sind. Alles andere würde unsere Ressourcen überfordern.“

Die neuen technischen Entwicklungen und zusätzliche militärische Präsenz können die Gefahren teilweise eindämmen. Aber Wiermann warnt: Eine 100-prozentige Sicherheit gibt es nicht. Es ist nicht möglich, die Weltmeere und alle Kabel und Pipelines lückenlos zu überwachen. Zumal die Infrastruktur jeden Tag wächst.

Marten Hahn

Der Autor ist freier Korrespondent in Brüssel.



Mission „Baltic Sentry“: Nach mutmaßlicher Sabotage an Seekabeln kündigte die Nato im Januar an, stärker auf der Ostsee zu patrouillieren.

© picture alliance/TT NEWS AGENCY

## GLOSSAR ZUM THEMA

**>Hybride Bedrohung:** Eine allgemein anerkannte Definition gibt es zwar nicht, doch im Kontext zwischenstaatlicher Beziehungen wird darunter meist der aufeinander abgestimmte Einsatz verschiedener Machtinstrumente verstanden, die auf die Verwundbarkeiten im gesamten Spektrum gesellschaftlicher Funktionen eines anderen Staates abzielen. Solchen hybriden Bedrohungen ist Deutschland bereits seit Jahren ausgesetzt. Gerade Russland hat seit seinem Überfall auf die Ukraine hybride Angriffe verstärkt.

**>Hybride Machtinstrumente:** Dazu gehören sowohl militärische als auch nicht-militärische Mittel, die mehr oder weniger verdeckt zum Einsatz kommen können. Hierzu zählen Cyberangriffe auf Unternehmen, Behörden und Privatpersonen, Desinformationskampagnen, Spionage und Abhöraktionen sowie Sabotage, die sich vor allem gegen kritische Infrastruktur richtet. Ziel ist es, andere Staaten durch Einflussnahme auf Gesellschaft und Regierung zu destabilisieren, um eigene Interessen durchzusetzen.

**> Kritische Infrastruktur:** Damit sind Anlagen, Systeme und Organisationen gemeint, die eine wichtige Bedeutung für die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Funktionen haben. Fielen sie aus, hätte das erhebliche Auswirkungen auf das Gemeinwesen, etwa in Form von Versorgungsengpässen und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. In Deutschland zählen mehrere Sektoren zur kritischen Infrastruktur, kurz KRITIS: Einrichtungen aus den Bereichen Energieversorgung, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung, Abfallentsorgung, Finanz- und Versicherungswesen, Staat und Verwaltung, Medien und Kultur.

**> KRITIS-Dachgesetz:** Angesichts zunehmender hybrider Attacken fordern Sicherheitsbehörden, kritische Infrastruktur besser zu schützen. Genau das sollte das KRITIS-Dachgesetz zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen leisten, für das die frühere Bundesregierung im November 2024 einen Entwurf vorgelegt hat. Geplant waren Mindeststandards für Betreiber kritischer Infrastrukturen, eine Meldepflicht für Vorfälle innerhalb von 24 Stunden, ein zentrales Meldesystem für Störungen sowie regelmäßige Risikoanalysen. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition fehlten aber die nötigen Mehrheiten, und das Gesetz wurde nicht mehr verabschiedet.

**> CER-Richtlinie:** Das Gesetz sollte auch die Critical Entities Resilience-Richtlinie der EU umsetzen. Diese gilt seit Januar 2023 und verpflichtet die Mitgliedstaaten, kritische Einrichtungen zu identifizieren und deren Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen wie Naturkatastrophen, Terrorattacken oder Sabotage zu stärken.

## Kulturhauptstadt Chemnitz

## Sehe das Ungesehene in der Ungesehenen

Der Sammelband »Kulturhauptstadt Chemnitz 2025« gibt tiefe Einblicke in die Geschichte und soziologische Entwicklung von Stadt und Region

**E**s sind bemerkenswert offene Worte, mit denen sich Chemnitz um den Titel der diesjährigen Kulturhauptstadt Europas beworben hat. „Ein Ort, an dem demokratische Grundwerte (...) sichtbar unter Druck geraten sind“ – so selbstkritisch stellte sich die Stadt in dem sogenannten „Bidbook“ dar. Auf dem Cover der Bewerbung ist eine Titelseite der „New York Times“ abgebildet, die sich 2018 mit den tagelangen Ausschreitungen in der Stadt befasst hatte: „Protestierender Mob demonstriert Stärke der extremen Rechten“, war dort zu lesen. Wie ein roter Faden zieht sich der offene Umgang mit der Geschichte auch durch den Sammelband „Kulturhauptstadt Chemnitz 2025. Sozialräumliche Erkundungen“, den die Chemnitzer Soziologen Ulf Bohmann und Thomas Laux zusammengestellt haben. Auf mehr als 350 Seiten blicken 30 Autoren aus ganz unterschiedlichen Winkeln auf die 250.000-Einwohner-Stadt. Von einer Hochglanzbroschüre ist das Buch so weit entfernt wie von einer Festschrift. Die Mehrzahl der Beiträge unternimmt stattdessen Tiefenbohrungen, die unterschiedliche Schichten einer seit Jahrzehnten von Zerrissenheit geprägten sächsischen Stadt freilegen.

#### Vier von zehn Sachsen glauben an politische Verschwörungen

Eins der fünf Kapitel heißt „Rechtsextremismus und Spaltung“ und öffnet den Blick für gesellschaftliche Zustände über Chemnitz hinaus auf ganz Sachsen. Anhand von Studien wird der Zusammenhang zwischen dem Gefühl des Abgehängt-Seins, dem Vertrauen in demokratische Institutionen und Verschwörungsglauben nachgezeichnet. Wie eng dieser ist, macht ebenso wenig Mut wie das Ausmaß letzteren, das sich aus Erhebungen wie der „Autoritarismus-Studie“ der Universität Leipzig und dem von der sächsischen Landesregierung in Auftrag gegebenen „Sachsen-Monitor“ ablesen lässt. Rund vier von zehn Menschen im Freistaat glauben demnach an Verschwörungen in politischen Institutionen.



Mitglieder des Erzgebirgsensembles musizieren bei der Eröffnung des Kunstpfades „Purple Path“ in der Unterführung des Kunstbahnhofs in Flöha. Der Kunstbahnhof ist Teil des „Purple Path“. Das Leuchtturmprojekt der Kulturhauptstadt Europas 2025 verbindet Chemnitz mit 38 weiteren Gemeinden im Umland.

© picture alliance/dpa/Hendrik Schmidt

Viele Beiträge schlagen jedoch auch optimistischere Töne an – und machen deutlich, welch großen Beitrag die Wissenschaft zur Gestaltung einer Kulturhauptstadt leisten kann. Denn ausnahmslos schreiben in dem Sammelband Soziologen, Kulturwissenschaftler, Historiker, Linguisten oder Erziehungswissenschaftler. Sie alle widmen sich Details und Entwicklungen in einer Stadt im sozialen und kulturellen Wandel, beschreiben die Rolle von Vereinen und der Zivilgesellschaft oder stellen eigene Projekte zur Kulturhauptstadt vor. Deren Motto lautet „C the Unseen“, und ist gezielt mehrdeutig gehalten. Denn liest man das C als Abkürzung für Chemnitz, verweist der Slogan auf eine – jenseits rechtsextremer Ausschreitungen – wenig bekannte Stadt. Liest man es als englisches „see“ (sehen), appelliert es, das Ungesehene wahrzunehmen.

Eine Studentengruppe der Interkulturellen Kommunikation wählte den zweiten Weg. Auf der Suche nach den wenig Gesehenen in Chemnitz und im Erzgebirge, wo Bergarbeiterfamilien seit Jahrhunderten Nussknacker und Räucherfiguren fertigen, stellten sie fest: Bis heute werden ausnahmslos männliche Figuren gedreht und als Souvenir angeboten. Also entwickelten die Studenten vielfältigere Räucherfiguren: eine Musikerin und eine Professorin; eine queere Räucherfigur, der man ihr Geschlecht nicht ansieht; eine migrantische Pflegerin. Über letztere halten sie fest: „Mit der Darstellung einer jungen, coolen Frau, die die Pausen ihres stressigen Arbeitsalltags nutzt, um in einem mit Graffiti besprühten Chemnitzer Hinterhof eine Zigarette zu rauchen, möchten wir die vietnamesische Krankenschwester als wichtigen Teil einer alternden Stadt sicht-

bar machen und ihr ein kleines Denkmal setzen“.

#### Spuren der Kolonialgeschichte in der einstigen Industriehochburg

Ein anderer Autor macht sich auf die Suche nach der bislang ungesesehenen Kolonialgeschichte. Anders als in Städten, in denen seit Jahren postkoloniale Spaziergänge und ähnliches stattfinden, musste er in Chemnitz ganz von vorn beginnen. Doch natürlich wurde er auch in der einstigen Industriehochburg schnell fündig, unter anderem in Form von Presseberichten über sogenannte Völker- oder Menschenschauen aus dem 19. Jahrhundert. In einem heißt es: „Die schwarzen Gäste (...) lassen sich, weil die Menschenfresserei hier ja doch nicht angehen würde, einfach gekochten Reis vortrefflich schmecken.“

Die beiden Beispiele zeigen nicht nur, wie vielfältig und ungewöhnlich die Beiträge des Sammelbandes sind. Sie machen auch deutlich, wie vielseitig und engagiert sich Menschen in Chemnitz mit Fragen rund um Transformation, Repräsentation und Inklusion auseinandersetzen. Wer die Kulturhauptstadt kennenlernen möchte, ob von zuhause oder vor Ort, ist mit diesem Buch schon einmal auf einem guten Weg. Jeannette Goddar



Ulf Bohmann, Thomas Laux (Hg.): Kulturhauptstadt Chemnitz 2025. Sozialräumliche Erkundungen.

Transcript, Bielefeld 2024; 366 S., 19,90 €

Anzeige

**Alles Wichtige aus dem Bundestag – seit 1951**

**DAS PARLAMENT**

Der Filmplan nach dem Anspiel. Ein Weg mit Hindernissen. Hätte Bundeskanzler Olaf Scholz auf seinem Zettelplan für Neuwahlen bestanden, wäre auf dem Weg nicht mehr viel passiert. Der gekündete Kompromiss hat nur den Weg frei gemacht.

Das Parlament hat den Weg für Sie bereitet. Kompromiss beim Wahlrecht. Ein Weg für Sie. Der Kompromiss hat Neuwahlen an 18 Orten möglich gemacht. Die Wahlrechtsgesetze sind im Bundestag beschlossen.

DER FAHRPLAN ZUR NEUWAHL.

Jetzt abonnieren!

#### KURZ REZENSIIERT

»Heute halten die Machthaber ihre Untertanen noch in Schach«

Die Februar-Revolution beendete 1917 die 300-jährige Herrschaft der Romanow-Dynastie. Sie schien aus dem Nichts zu kommen und erwischte sogar Wladimir Lenin, den Anführer der anti-monarchistischen Bolschewiken, in seinem Zürcher Exil auf dem falschen Fuß. Von der Dynamik der Ereignisse wurde auch in Sankt Petersburg sowohl der Hof und die Regierung als auch die konservativ-liberale und die sozialistische Opposition überrollt. Niemand hatte erwartet, dass die Panik in der Bevölkerung wegen der drohenden Hungersnot in einem chaotischen Massenaufstand enden würde und die Soldaten nicht auf das Volk schießen würden. Das Geschehen zeichnet der Historiker Jörg Baberowski in „Die letzte Fahrt des Zaren“ quasi im Stundentakt nach.

Über die Februar-Revolution, die erzwungene Abdankung des letzten russischen Zaren Nikolaus, die Festnahme und Exekution seiner Familie sowie die Tätigkeit der Provisorischen Regierung bis zu ihrem Sturz im Oktober 1917 wurden bereits zahlreiche Studien veröffent-



Jörg Baberowski: Die letzte Fahrt des Zaren. Als das alte Russland unterging.

C.H. Beck, München 2025; 380 S., 28,00 €

licht. Zu nennen sind vor allem die exzellenten Arbeiten von Manfred Hildermeier, dessen Schüler Baberowski einst war. Anhand der Auswertung zeitgenössischer Tagebücher und Dokumente gelingt es Baberowski, dem Leser das Gefühl zu vermitteln, selbst als Beobachter an der Revolution teilzunehmen. Dabei lässt es der Autor jedoch nicht bewenden. Im Vorwort schreibt er: „Heute halten die Machthaber ihre Untertanen noch in Schach, morgen fürchten sie schon selbst um Leib und Leben.“ Meint der Historiker damit den Kreml-Herrscher Wladimir Putin? Wie der Publizist Gerd Koenen in

seiner Rezension in „Die Zeit“ betont, begegne Baberowski Putin „seit dessen Kriegseröffnung gegen die Ukraine 2014 mit betont analytischer Neutralität“. Diese „analytische Neutralität“ zeigt sich auch in seinem Interview in der „Neuen Zürcher Zeitung“ in diesem März. Baberowski mutmaßt, der Krieg hätte „vermieden werden können, wenn man Putin signalisiert hätte, die Ukraine werde nicht Mitglied der Nato und der EU“, wenn also „alle Möglichkeiten der Verständigung ausgeschöpft worden wären. Womöglich hätte er sich damit zufriedengegeben.“ Zugleich erinnert er daran, dass die Deutschen sich mit dem Verlust der Ostgebiete erst abgefunden hätten, „als sie die Geschichte ruhen ließen“. Der Historiker ergänzt: „Es wird zwischen Russland und der Ukraine nur Frieden geben können, wenn man die Geschichte ruhen lässt und sich historische Vorrechte auf Territorien und Privilegien nicht länger vorrechnet.“ Ist das also Baberowskis Lehre aus der Geschichte? Aggression lohnt sich wieder? Aschot Manutscharjan



Bundeskanzler Friedrich Merz, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und die Premierminister von Großbritannien und Polen, Keir Starmer und Donald Tusk, bei ihrem Gipfeltreffen am 10. Mai in Kiew

Deutschlands Außenpolitik

# Zur Führung verdammt

Herfried Münkler plädiert in seinem Buch »Macht im Umbruch« für eine stärker Rolle Deutschlands in der EU - und Mehrheitsentscheidungen in deren Außenpolitik

**A**ktueller könnte die Frage kaum sein, der Herfried Münkler in seinem neuen Buch „Macht im Umbruch“ nachgeht: Welche Konsequenzen ergeben sich für Deutschland aus den weltpolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre? Im Mittelpunkt steht dabei für den emeritierten Politikwissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität ein weltweiter „Widerstreit zwischen den demokratischen Verfassungsstaaten und den autoritär-autokratischen Regimen“. Münkler, der bereits rund zwei Dutzend Bücher veröffentlicht hat, kommt zu einer klaren Antwort: Deutschland muss in der Europäischen Union die Führung übernehmen – und zwar nicht mit dem Ziel, deutsche Interessen durchzusetzen, sondern um die EU insgesamt als Gegenpol zu den autoritären Mächten Russland und China, den unberechenbar gewordenen Vereinigten Staaten und der aufstrebenden Wirtschaftsmacht Indien aufzubauen.

**Absage an eine erneute Annäherung an Putins Russland**

Eine Absage erteilt Münkler allen Forderungen, Deutschland solle sich wieder stärker an Russland annähern und die militärische Unterstützung der Ukraine zurückfahren oder gar ganz einstellen. Für ihn birgt eine solche Politik die große Gefahr, dass „Deutschlands langer Weg nach Westen“, wie er unter Bezug auf einen bekannten Buchtitel des Historikers Heinrich August Winkler schreibt, durch einen „kurzen Weg nach Osten“ abgelöst wird. Dies wäre aus seiner Sicht „eine grundlegende Revision der Entwicklung von 1989/90“ und würde in letzter Konsequenz „zum Vordringen eines vom Kreml dominierten autoritär-autokratischen Regimes bis zum Atlantik“ führen – für Münkler „ein Horrarszenario“. Anstelle den Drohungen und Lockungen des Kreml nachzugeben, solle sich Deutschland als bevölke-

rungsreichstes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland der EU darauf konzentrieren, die EU so zu reformieren, dass sie sich „als widerstandsfähig gegen Russland, selbstbewusst im Umgang mit China und notfalls auch als unabhängig von den USA“ erweisen könne. Ihm schwebt dabei eine „Hierarchiebildung im Zentrum“ vor, bei der die Außenpolitik der EU im Wesentlichen von Deutschland, Frankreich und Polen sowie Italien und/oder Spanien sowie von Vertretungen für die skandinavischen und baltischen Länder bestimmt wird. Entscheidungen sollten selbst in diesem kleinen Kreis nach dem Mehrheitsprinzip fallen, sodass es „keine Vetospieler“ mehr gebe. Kleinere Mitgliedsländer, die mit ihrer außenpolitischen Entmachtung unzufrieden seien, will Münkler vor die Alternative stellen, entweder unter den veränderten Bedingungen in der EU zu bleiben oder auszutreten „und danach gar keinen Einfluss mehr zu haben, sondern nur ein Spielball der großen Mächte zu sein“. Nicht ganz so gewagt, aber immer noch sehr ambitioniert ist sein zweiter Reformvorschlag, wonach die EU eine mehrstufige Mitgliedschaft einführen solle, bei der nicht mehr alle Rechtsakte der Gemeinschaft für alle Mitgliedsländer in gleichem Maße gelten sollen. Neben mehr Handlungsfähigkeit einer Kern-EU nach außen verspricht sich Münkler davon auch, „dass die Akzeptanz der Union in den Mitgliedsstaaten wieder wächst, dass der Anti-EU-Affekt als

Mobilisierungsressource populistischer Bewegungen schwindet und dass die EU in der Lage ist, die gefährdeten Räume an ihrer Peripherie politisch zu stabilisieren und wirtschaftlich zu stärken“. Es zählt zu den Stärken des Buches, dass Münkler seine Analysen und Schlussfolgerungen immer wieder mit historischen Exkursen begründet, von der athenischen Demokratie und dem Peloponnesischen Krieg über Karl den Großen und die Staufer bis hin zu Napoleon und den beiden Weltkriegen. Eher am Rande thematisiert er allerdings die Frage, ob nicht zuletzt die NS-Vergangenheit Deutschlands erhebliche Vorbehalte gegen eine (zu) starke Führung Deutschlands in Europa hervorrufen würde – und zwar nicht nur in den anderen Mitgliedsländern, sondern auch in der deutschen Gesellschaft.

**Kritik an einer Mentalität des Zögerns und Abwartens**

Stattdessen beklagt der Berliner Politologe eine „Mentalität des Zögerns und Abwartens in der politischen Klasse“ Deutschlands. Der typisch deutsche Politiker ist nach seinen Worten „einer, der auch in der EU keine Entscheidung überstürzt, der stattdessen die Sichtweise der Mitgliedsländer auslotet, Kompromisslinien findet und dann Vorschläge macht, die nach Möglichkeit für alle zustimmungsfähig sind“. Zwar räumt Münkler ein, dass die Bundesrepublik mit dieser Methode nicht ganz schlecht gefahren ist in den vergangenen Jahrzehnten. Er hält sie aber aufgrund der veränderten Weltlage für nicht mehr effektiv genug. Auch wenn sich bezweifeln lässt, ob Münklers Ideen auch nur die geringste Chance auf Durchsetzbarkeit hätten und ob sie für die Handlungsfähigkeit der EU überhaupt sinnvoll wären, hat er auf Grundlage einer präzisen Analyse kreative Vorschläge gemacht, über die sich trefflich diskutieren lässt.



**Herfried Münkler: Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.**  
Rowohlt, Berlin 2025; 431 S., 30,00 €

Sprache und Politik

# Was all die Phrasen wirklich bedeuten

Jörg Lau seziert das Vokabular der Außenpolitik

Von einem „Weckruf“ ist in Europa immer wieder nach einem schockartigen Ereignis die Rede. Dieses Sprachbild suggeriert, dass Regierende, die offenbar geschlafen haben, mit einem Schlag die Dringlichkeit einer politischen Neuorientierung klar wird. Dies hätte schon nach der ersten Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016 für Europa bedeutet, sich sicherheitspolitisch stärker auf eigene Beine zu stellen. Doch die Europäer setzten darauf, dass sie sich weiterhin auf die Sicherheitsgarantien Amerikas verlassen könnten, bis der „Trump-Spuk“ vorüber wäre. Die Europäer sind also nicht jäh in einer bösen Realität erwacht. Sie haben vielmehr in ihrer Politik bewusst „eine riskante Prioritätensetzung“ vorgenommen, urteilt Jörg Lau. So seziert der Autor Versatzstücke des außenpolitischen Vokabulars, die im öffentlichen Diskurs vielfach strapaziert werden.

**Floskeln verschleiern Gegensätze und verhüllen Interessen**

Der Außenpolitik-Experte schreibt eine Kolumne mit dem Titel „In 80 Phrasen um die Welt“. Jetzt hat er seine sprach- und ideologiekritischen Texte in einem Buch versammelt. Lau verweist darauf, dass in Deutschland seit Russlands Invasion in der Ukraine 2022 so viel und so heftig über Außenpolitik geredet wird wie noch nie. Aber die Debatte sei voller Floskeln, die Gegensätze verschleiern und Interessen verhüllen, statt die weltpolitische Wirklichkeit abzubilden. Stets pointiert und bisweilen polemisch rückt Lau daher Schlagworten wie „Eskalation“ oder „Flächenbrand“ zu Leibe. Er versteht sein Buch als ein Stück Aufklärung, aber auch als Anstoß zum Mitstreiten. Den Ruf nach einer „diplomatischen Lösung“ im aktuellen Konfliktfall quittiert Lau mit dem Hinweis darauf, dass Diplomatie nur im Zusammenspiel mit anderen Instrumenten staatlicher Machtausübung wirksam sei, insbesondere mit einer glaubhaften Androhung militärischer Gewalt. Bei den Hoffnungen auf ein „Einfrieren des Konflikts“ konstatiert Lau mit

Blick auf Russlands Verhalten in Georgien und der Ukraine kühl, dieser Begriff beschönige „die aggressive Strategie einer imperialen Macht, die ihre Einflusszone durch Einschüchterung ausdehnt“. In seinem Wörterbuch stellt der Autor auch die Konzepte auf den Prüfstand, die Deutschlands Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten bestimmt haben. Dies gilt etwa für den Versuch, unter dem Motto „Wandel durch Handel“ Russland mittels ökonomischer Verflechtung politisch einzubinden – bis die Regierenden erkennen mussten, dass die „Modernisierungspartnerschaft“ den Kreml keineswegs von einem neuen Kurs der Konfrontation abgehalten hat. Dies gilt ebenso für den Versuch, mit einem „kritischen Dialog“ Irans Machthaber innen- und außenpolitisch zu mäßigen – bis offenbar wurde, dass Teheran eine immer radikalere Politik betrieb. Von besonderem Wert sind Laus Betrachtungen, wenn er aufzeigt, dass hinter schön klingenden Formeln problematische Narrative stecken. Rein deskriptiv bezeichnet der Begriff „multipolare Weltordnung“ ein internationales System, in dem es, anders als in der bipolaren Ära des Kalten Krieges zwischen Ost und West, eine Vielzahl von Machtzentren gibt. Tatsächlich ist er zur verbalen Waffe globaler Rivalen geworden. In die internationale Politik eingeführt wurde der Begriff im Mai 1997 durch einen gemeinsamen Brief des russischen und des chinesischen Botschafters an die UN-Vollversammlung. Die Initiative richtete sich explizit gegen die „westliche Hegemonie“.

Helmut Müller



**Jörg Lau: Worte, die die Welt beherrschen. Was die Phrasen der Außenpolitik wirklich bedeuten.**  
Droemer, München 2025; 192 S., 18,00 €

Anzeige

## Die Kunst des Regierens

Wie Parlamente funktionieren und warum sie wichtig sind



Stefan Marschall  
**Parlamentarismus**  
Eine Einführung  
4., aktualisierte und erweiterte Auflage 2025, 303 S., brosch., 26,90 €  
ISBN 978-3-7560-0450-8  
E-Book 978-3-7489-3944-3  
(Studiengang Politikwissenschaft)

Die aktualisierte und erweiterte Neuauflage führt grundlegend und umfassend in den Parlamentarismus ein. Angesprochen werden seine Geschichte und theoretischen Wurzeln, die typische Arbeitsweise von Parlamenten, ihre Funktionen, die Kritik am Parlamentarismus und die Perspektiven für ein „neoparlamentarisches“ Zeitalter.



Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



## ORTSTERMIN: VOM PLENARSAAL BIS ZUR KUPPEL

## Ein Blick hinter die Kulissen des Bundestages

Bei einer Führung durch das Reichstagsgebäude können Besucher den Bundestag entdecken und viel über deutsche Geschichte lernen

Es ist Mittwochmittag, kurz vor zwölf Uhr. Im Eingangsbereich des Reichstags hat sich eine Gruppe von etwa zwanzig Menschen versammelt, die Englisch, Französisch oder Polnisch sprechen. Sie kommen aus verschiedenen Teilen der Welt: eine Familie aus Kalifornien, ein Paar aus Warschau und eine Frau aus London mit ihren beiden Töchtern. Was sie verbindet, ist die Neugier auf einen Ort, an dem Politik gemacht wird. Heute geht es für sie auf Englisch durch das Herz der deutschen Demokratie. Vor ihnen liegt der Plenarsaal. Drei Glastüren trennen die Besucherinnen und Besucher vom Raum, in dem während der Sitzungswochen über das politische Geschehen debattiert wird. Über den Eingangstüren zum Saal stehen die Worte „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“. Ein Detail, das für Irritation sorgt und gleich zu einer ersten Besonderheit des deutschen Parlaments führt, auf die die Besucherführerin Gabriele Schnurnberger hinweist: In Deutschland, so erklärt sie, stimmen die Abgeordneten meist per Handzeichen oder durch Aufstehen ab. Wenn das Ergebnis unklar ist, erfolgt eine sogenannte Auszählung per Hammelsprung. Die Abgeordneten verlassen den Plenarsaal und betreten ihn erneut – je nach Stimmverhalten durch eine der drei Türen. Dass in so einem modernen Parlament nicht elektronisch abgestimmt wird, hätte ich wirklich nicht erwartet“, sagt Annie Richards aus London. Sie war bereits mehrmals in Berlin, aber die Führungen durch den Bundestag waren bisher immer ausgebucht. Diesmal hat sie für sich und ihre zwei Töchter online frühzeitig Ti-



Die Kuppel des Reichstagsgebäudes ist 23 Meter hoch und 40 Meter breit – und für Besucher zugänglich.

© Deutscher Bundestag/Werner Schüring

ckets reserviert. Die Führungen im Reichstagsgebäude sind sehr gefragt: Jährlich kommen mehr als 600.000 Besucherinnen und Besucher – laut Besucherdienst zählt der Bundestag damit zu den meistfrequentierten Parlamenten der Welt. Eine der rund 50 Honorarkräfte, die diese Rundgänge leiten, ist Schnurnberger. Zusätzlich beschäftigt der Besucherdienst etwa 50 Festangestellte sowie rund 200 studentische Aushilfen. Seit 1999 ist Schnurnberger, die aus Baden-Württemberg stammt, im Bundestag in Berlin tätig. Neben Führungen hält sie auch Vorträge, moderiert Veranstaltungen und beglei-

tet das Planspiel, das Schulklassen den Parlamentsbetrieb näher bringt. „Langweilig wird es nie, jede Gruppe ist anders“, sagt sie. „Mal liegt der Fokus auf der Architektur, mal auf der Geschichte oder der Kunst im Bundestag.“

#### Wie funktioniert die Demokratie in Deutschland?

Heute geht es vor allem um Vergleiche zwischen den Parlamenten. Wie funktioniert die parlamentarische Demokratie in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern? Richards aus London findet, dass der Bundestag im Vergleich zu West-

minster riesig wirkt. Besonders aber interessiert sie sich für den Architekten Norman Foster, der das Innere des Reichstagsgebäudes nach der Wiedervereinigung umgestaltete und auch die berühmte Kuppel des Gebäudes entwarf.

Zunächst aber führt der Weg zum Andachtsraum, einem schlichten, lichtgedämpften Raum mit wenigen Holzstühlen und einem Altar aus Granit. Ein Ort der Stille, offen für alle Konfessionen, gedacht für Besinnung und Rückzug. Theoretisch jedenfalls. Praktisch drückt bereits die nächste Besuchergruppe die Tür auf. Der Moment der Ruhe endet abrupt. Schnurnberger nimmt es

mit Fassung und setzt den Weg fort. Auch auf der Besuchertribüne im Plenarsaal haben sich weitere Gäste mit ihrem Guide versammelt. Auf den Tribünen finden bis zu 220 Personen Platz.

Der Blick von dort fällt direkt auf das Rednerpult, die Fraktionsplätze und die Kanzlerbank. Ein britischer Besucher fragt: „Hat König Charles III. 2023 bei seinem Deutschlandbesuch dort unten gesprochen?“ Kurz darauf folgt die nächste Frage: „Und wie war sein Deutsch?“ Schnurnberger kennt diese Fragen nur zu gut. Sie beantwortet sie mit einem Lächeln: Ja, Charles III. habe dort gesprochen, und sein Deutsch sei sehr gut gewesen. Man merkt, sie tut das nicht zum ersten Mal.

Der Höhepunkt der Führung ist für viele der Aufstieg zur Kuppel. Und an diesem Tag haben die Gäste Glück: Der Himmel über Berlin zeigt sich in strahlendem Blau. Fast alle zücken ihre Handys, um Fotos zu machen. Der Blick reicht weit – vom Fernsehturm im Osten bis zum Kanzleramt im Westen.

Linn Moore aus Kalifornien ist zum ersten Mal in der Stadt. Sie ist beeindruckt von der Offenheit des Ortes, von der Architektur, von der Idee, politische Macht buchstäblich transparent zu machen. Die Amerikanerin interessiert sich besonders für die Geschichte der geteilten Stadt. Vom Dach des Reichstagsgebäudes aus fragt sie: „Wo genau verlief die Mauer?“ Ihr Sohn, der Berlin schon öfter besucht hat, zieht mit der Hand eine Linie in die Luft. Der letzte Schwung führt vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor. Der Bundestag, heute ein Symbol für Einheit und Demokratie, liegt genau in der Mitte. *Carolin Hasse*

### VOR 15 JAHREN

## Milliardenschwerer Rettungsschirm

**21.5.2010: Bundestag beschließt Stabilisierungspaket** „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, so legte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Mai 2010 fest. Damals befand sich der Euro-Raum in einer tiefen Krise: hohe Staatsschulden vieler Mitgliedsstaaten, Banken in Schieflage, eine schwächelnde Konjunktur. Die Lösung: ein umfassendes Stabilisierungspaket, der sogenannte Euro-Rettungsschirm, den der Bundestag am 21. Mai 2010 beschloss. Eine Maßnahme, die Merkel als „alternativlos“ bezeichnete.

„Wir entscheiden heute über sehr viel Geld“, stellte Peter Altmaier (CDU) zu Beginn der Debatte fest. Das internationale Euro-Rettungspaket umfasste Hilfen von bis zu 750 Milliarden Euro: 60 Milliarden an Soforthilfen aus dem EU-Haushalt, Kreditgarantien von Euro-Staaten über 440 Milliarden, dazu Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) über 250 Milliarden. Der deutsche Anteil sollte sich auf 123 Milliarden Euro belaufen, maximal auf 148 Milliarden, falls Länder ausfallen, weil ihnen selbst die Staatspleite droht. Letztlich sollte Deutschland 190 Milliarden Euro bereitstellen.

Im Bundestag wurde der Rettungsschirm kontrovers diskutiert. „Wir sind nicht gegen das Rettungspaket“, sagte etwa Sigmar Gabriel (SPD). Es müsse aber darum gehen, endlich eine andere Richtung in der Wirtschaftspolitik einzuschlagen und die wahren Schuldigen der Krise zur Kasse zu bitten. Die SPD forderte die schwarz-gelbe Bundesregierung in einem Entschließungsantrag daher auf, sich international für die Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Grüne und Sozialdemokraten kritisierten zudem, dass die Beteiligungsrechte des Bundestages nicht genügend geachtet worden seien. „Die Bundesregierung geht mit dem Parlament schäbig um“, sagte etwa Grünen-Fraktionsvize Fritz Kuhn mit Blick auf das Tempo, mit dem das Paket beschlossen werden sollte. Richtig sei, dass „wir schnell entscheiden mussten, weil die Märkte mehr auf Deutschland als auf Malta oder Zypern schauen“, betonte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Das sei wichtig, um für Vertrauen zu werben.

Gänzlich gegen den Rettungsschirm waren die Linken. „Wir sind für eine europäische Integration, aber für eine vernünftige“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi und forderte eine längst überfällige Regulierung der Finanzmärkte. Die Auflagen für Griechenland, dem die Staatspleite drohte, kritisierte Gysi als ungerecht, weil da-



Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nannte das Rettungspaket „alternativlos“.

© picture alliance / dpa / Maurizio Gambarini

mit der Sozialabbau vorangetrieben und die Wirtschaft gedrosselt werde. Der CDU-Abgeordnete Michael Meister appellierte indes, Deutschland solle „ein Vorbild sein“. Die Bundesrepublik habe „ab 2005 unseren Haushalt konsolidiert und dadurch dafür gesorgt, dass wir heute in der Lage sind, Antworten auf Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise geben zu können“. Andere Länder hätten „diese Anstrengungen nicht ganz in dem Umfang wie wir unternommen“. Jetzt gelte: „Solidarität mit anderen, ja, aber notwendigerweise verbunden mit der Forderung nach Solidarität, damit das Ganze nicht zu einer bedingungslosen Hilfsaktion wird“.

Letztlich wurde der Rettungsschirm bei 319 Ja- und 73 Nein-Stimmen verabschiedet, 195 Abgeordnete enthielten sich. *Benjamin Stahl*

### AUSBLICK ...

## So geht es weiter

Die nächste Sitzungswoche beginnt mit einem Abschied. Der letzte Bericht der Wehrbeauftragten Eva Högl (Foto) wird am Mittwochnachmittag im Plenum debattiert. Direkt im Anschluss steht die Wahl von Högl's Nachfolger an: Als Kandidat soll der Christdemokrat Henning Otte aus Niedersachsen in den Ring steigen. Ebenfalls am Mittwoch steht die Wahl der Mitglieder für die Richterwahlausschüsse an. Am selben Tag wollen sich zudem die 24 ständigen Ausschüsse des Bundestages konstituieren.

Am Donnerstag geht es unter anderem um zwei Bundeswehrmandate, die Bundesregierung legt dazu Anträge auf Verlängerung der jeweiligen Missionen vor. Die AfD-Fraktion will an dem Tag unter anderem über eine „Reform der Einbürgerungspolitik“ debattieren lassen, die Grünen wollen einen Antrag vorlegen, in dem die „Rückkehr zu Nord Stream Pipelines“ ausgeschlossen werden soll. Die Linke wiederum stellte ihren Entwurf eines Mietwuchergesetzes zur Debatte.

Am Freitag steht beispielsweise eine Vereinbarung zur Debatte zum Thema „75 Jahre Mitgliedschaft Deutschlands im Europarat“ auf der Tagesordnung des Plenums.



© Deutscher Bundestag / Inga Haar

### LIVE UND ZUM NACHSEHEN

**Topthemen vom 21. – 23.5.2025**

**Wahl des Wehrbeauftragten (Mi), Mitgliedschaft im Europarat (Fr)**

**Phoenix überträgt live ab 9 Uhr**

**www.bundestag.de/mediathek:**

**Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.**

leicht  
erklärt!

# Arbeits-Gruppen im Bundes-Tag

## Was machen Ausschüsse?



### Worum geht es?

Im Bundes-Tag arbeiten Politiker.

Sie vertreten dort die Bürger, von denen sie gewählt wurden.

Und sie treffen wichtige Entscheidungen.

Weil es so viele verschiedene Themen für Politik gibt, gibt es im Bundes-Tag das: Arbeits-Gruppen für wichtige Themen.

Diese Arbeits-Gruppen nennt man so: Ausschüsse.



Im Text werden diese Fragen beantwortet:

- Was sind Ausschüsse?



- Welche Ausschüsse gibt es?
- Wer sitzt in den Ausschüssen?
- Warum gibt es darüber Streit?
- Wie arbeiten Politiker in Ausschüssen?

### Was sind Ausschüsse?

Im Bundes-Tag arbeiten mehr als 600 Politiker.

Wenn jedes Gesetz und jede Entscheidung von allen Mitgliedern besprochen wird, dauert das viel zu lang.

Deswegen gibt es im Bundes-Tag die Ausschüsse.



Das sind kleinere Arbeits-Gruppen mit Mitgliedern vom Bundes-Tag.  
Sie können sich sehr genau mit einem Thema beschäftigen.  
Zum Beispiel mit einem Gesetz-Vorschlag.  
Oder mit einem Antrag.



Am Ende machen sie einen Vorschlag für die anderen Mitglieder vom Bundes-Tag.  
So können die anderen Mitglieder vom Bundes-Tag leichter eine Entscheidung treffen.  
Sehr viel Arbeit vom Bundes-Tag wird in diesen Arbeits-Gruppen erledigt.

### Welche Ausschüsse gibt es?

Im letzten Bundes-Tag gab es mehr als 20 Ausschüsse.

Jeder Ausschuss ist für ein bestimmtes Thema zuständig.

Es gibt zum Beispiel Ausschüsse zu folgenden Themen:

- Sport
- Land-Wirtschaft
- Familie
- Gesundheit
- Umwelt
- Arbeit

Jetzt nach der Wahl werden die Ausschüsse neu zusammen-gestellt.



Dabei überlegen die Politiker, welche Themen für die Politik in Deutschland besonders wichtig sind.

Einige Ausschüsse muss es immer geben.

Das steht im Grund-Gesetz.

Das ist das wichtigste Gesetz in Deutschland.

In ihm stehen die wichtigsten Regeln, wie Deutschland funktioniert.



Diese 4 Ausschüsse muss es geben:

#### 1. Ausschuss für den Kontakt mit anderen Ländern auf der ganzen Welt

Das Fach-Wort dafür heißt so: Auswärtige Angelegenheiten.

Dieser Ausschuss kümmert sich um alle Dinge, die mit anderen Ländern zu tun haben.

#### 2. Ausschuss für den Kontakt mit Ländern in der EU

Die Europäische Union ist eine Zusammen-Arbeit von mehreren Ländern in Europa.

Die Abkürzung dafür ist EU.

Der Ausschuss kümmert sich um alles, was mit der EU zu tun hat.

#### 3. Ausschuss für Verteidigung

Dieser Ausschuss beschäftigt sich mit allem, was mit der Bundes-Wehr und der Verteidigung von Deutschland gegen Angriffe zu tun hat.

#### 4. Ausschuss für Wünsche der Bürger

Bei diesem Ausschuss können Bürger Wünsche und Bitten einreichen.

Das Fach-Wort dafür ist so: Petitions-Ausschuss.



### Wer sitzt in den Ausschüssen?

In den Ausschüssen sitzen Politiker vom Bundes-Tag.

Jeder Ausschuss hat unterschiedlich viele Mitglieder.

Manchmal sind das nur 20 Politiker.

Es können aber auch mal 50 Politiker sein.

Die Anzahl der Mitglieder wird vom Bundes-Tag festgelegt.

Ausschüsse, die größere Themen bearbeiten, bekommen auch mehr Mitglieder.



### Wer bestimmt die Mitglieder?

Im Bundes-Tag gibt es Fraktionen.

Eine Fraktion ist eine Gruppe von Politikern im Bundes-Tag, die zusammen arbeiten.

Sie wollen ihre Ziele gemeinsam besser erreichen.

Meist gehören sie zu einer Partei.

Die Parteien CDU und CSU arbeiten aber zusammen in einer Fraktion.



Jede Fraktion darf Mitglieder in die Ausschüsse schicken.

Je größer eine Fraktion ist, desto mehr Mitglieder darf sie auch in einen Ausschuss schicken.

### Vorsitzender im Ausschuss

Jeder Ausschuss hat einen Vorsitzenden.

Das ist der Leiter vom Ausschuss.

Er hat verschiedene Aufgaben.

Zum Beispiel:



- Er bereitet die Treffen vom Ausschuss vor.
- Er lädt zu den Treffen ein.
- Er leitet die Treffen.

Der Vorsitzende gehört immer zu einer bestimmten Fraktion im Bundes-Tag.

Jede Fraktion hat das Recht, in einigen Ausschüssen den Vorsitz zu besetzen.

Je mehr Politiker eine Fraktion im Bundes-Tag hat, desto mehr Ausschüsse darf sie auch leiten.

Die Fraktionen können absprechen, wer welchen Ausschuss leitet.

Wenn sie sich nicht einig werden, dürfen sich die Fraktionen der Reihe nach einen Ausschuss aussuchen.

Die Reihenfolge wird aus den Stimmen bei der Wahl berechnet.

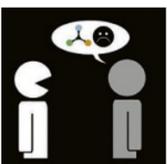
Die Fraktion, die auf Platz 1 dieser Reihenfolge steht, darf sich dann als erstes einen Ausschuss aussuchen.

Die Fraktion auf Platz 2 als zweites.

Und so weiter.

### Besondere Mitglieder im Ausschuss

Jede Fraktion bestimmt für jeden Ausschuss noch ein besonderes Mitglied.



Die Person ist die Verbindung zwischen dem Ausschuss und der Fraktion.

Sie sorgt dafür, dass die Meinungen der Fraktion im Ausschuss gehört werden.

Und sie erzählt der Fraktion, was im Ausschuss besprochen wird.

Das Fach-Wort für diese Personen ist so: Ob-Leute.

Es gibt Ob-Frauen und Ob-Männer.

### Warum gibt es Streit über die Ausschüsse?

Eigentlich hat jede Fraktion Politiker, die einen Ausschuss leiten dürfen.

Es gibt aber im letzten Bundes-Tag eine Ausnahme:

Kein Politiker von der Partei AFD leitet einen Ausschuss.

Das ist der Grund dafür:

Alle anderen Parteien wollen das nicht.

Denn sie sagen:

Die Politiker von der AFD gehören zu einer rechts-extremen Partei.

Sie wollen Sachen, die für viele Menschen sehr schlecht sind.

Vor allem für Ausländer.

Die Politiker von der AFD sind damit nicht einverstanden, dass sie keinen Ausschuss leiten dürfen.

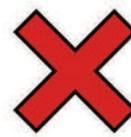
Doch ein Gericht hat schon gesagt:

Es darf sein, dass eine Fraktion keinen Ausschuss leitet.

Trotzdem gibt es darüber wieder Streit.

Denn manche Politiker sagen:

Man muss die AFD wie jede andere Partei behandeln.



### Wie arbeitet ein Ausschuss?

Der Bundes-Tag beschäftigt sich immer wieder mit Gesetz-Vorschlägen, Anträgen und anderen Entscheidungen.

Wenn zum Beispiel ein neuer Gesetz-Vorschlag gemacht wurde, spricht erst der Bundes-Tag darüber.

Nach diesem 1. Gespräch gibt der Bundes-Tag den Gesetz-Vorschlag dann an den Ausschuss, der sich mit diesem Thema beschäftigt.

Ein Ausschuss darf sich aber auch von sich aus mit einem Thema beschäftigen.

Es muss aber zu seinem Aufgaben-Bereich gehören.



### Gespräche im Ausschuss

Die Mitglieder vom Ausschuss reden über einen Gesetz-Vorschlag.

Sie sprechen zum Beispiel über unterschiedliche Meinungen dazu.

Außerdem darf ein Ausschuss Experten einladen.



Die können den Mitgliedern vom Ausschuss dann Infos zum Thema geben.

Und sie stehen für Gespräche zum Thema bereit.

Ein Ausschuss arbeitet auch mit anderen Ausschüssen zusammen.

Viele Gesetz-Vorschläge betreffen nämlich mehrere Ausschüsse.

Dann hat ein Ausschuss die Leitung.

Aber die anderen Ausschüsse können auch mitmachen.

### Vorschlag an den Bundes-Tag

Am Ende beschließen die Mitglieder vom Ausschuss einen Vorschlag für den Bundes-Tag.

Sie können zum Beispiel vorschlagen, das neue Gesetz abzulehnen.

Sie können auch vorschlagen, das Gesetz anzunehmen.

Oder sie können vorschlagen, dass erst Änderungen am Gesetz gemacht werden sollen.

Alle Mitglieder vom Bundes-Tag erhalten dann den Vorschlag vom Ausschuss.

Dann ist die Arbeit vom Ausschuss zu diesem Thema beendet.

### Kurz zusammengefasst



Im Bundes-Tag arbeiten mehr als 600 Politiker.

Nicht bei jedem Thema können immer alle mitarbeiten.

Deshalb gibt es im Bundes-Tag verschiedene Arbeits-Gruppen.

Das Fach-Wort dafür heißt so: Ausschüsse.

Manche Ausschüsse muss es geben, weil das im Grund-Gesetz steht.

Welche anderen Ausschüsse es noch gibt, entscheiden die Politiker vom Bundes-Tag.

In den Ausschüssen arbeiten Politiker von verschiedenen Parteien zusammen.

Dabei beschäftigt sich jeder Ausschuss mit ganz bestimmten Themen.

Am Ende macht der Ausschuss dem Bundes-Tag einen Vorschlag.

Zum Beispiel, ob er ein neues Gesetz annehmen soll oder nicht.

Jeder Ausschuss hat immer einen Leiter oder eine Leiterin.

Alle Parteien dürfen Leiter in Ausschüssen haben.

Nur die Partei AFD hat bisher keine Leitung bekommen.

Das wollen die anderen Parteien nicht.

Doch darüber gibt es immer wieder Streit.

So auch dieses Mal wieder.

Denn nach einer Wahl werden im Bundes-Tag die Ausschüsse neu zusammen-gestellt.



### Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom  
NachrichtenWerk  
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch  
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)  
Kontakt: Alexander Gies, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Christian Strunz,  
Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © Thomas Imo / photothek / Bundestag. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 21/2025  
Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Mai 2025.